

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Cuba Sí – Yanqui No!

Zu den ersten Amtshandlungen Donald Trumps im Januar vor einem Jahr gehörte die Anordnung, Kuba wieder auf die US-Liste der Länder zu setzen, die angeblich Terror unterstützen. „Begründung“: Kuba habe gute Beziehungen zu Venezuela und unterstütze dessen Präsident Nicolas Maduro. Sechs Tage zuvor hatte Trumps Amtsvorgänger Joseph Biden Kuba von dieser Liste gestrichen, weil es keine Beweise für den Vorwurf gebe. Trump hatte bereits 2021 – am Ende seiner ersten Amtszeit – Kuba auf diese Liste setzen lassen.

Diese Einstufung war eine Zäsur. Sie soll den Wirtschaftskrieg durch die Blockade tödlich machen. Sie sorgt dafür, daß sich wichtige Importe verteuern und Exporte verhindert werden, einschließlich der dringend benötigten Treibstofflieferungen. Internationale Abkommen zur medizinischen Zusammenarbeit werden behindert, der Zahlungsverkehr mit dem Ausland eingeschränkt. Das richtet sich unmittelbar gegen kubanische Familien, aber auch gegen alle, die den Sozialismus auf Kuba unterstützen. Indizien deuten zum Beispiel darauf hin, daß die deutsche GLS-Bank, die alle Konten der DKP kündigte, dies wegen Spendenaktionen für Kuba tat. Die Bank selbst verweigert eine Begründung.

Trump, das große Vorbild der deutschen AfD, ist ein rechter, ein imperialistischer Terrorist im höchsten Staatsamt der USA, eine Gefahr für den Weltfrieden. Er macht keine Anstalten, den am 5. Februar auslaufenden letzten Rüstungskontrollvertrag „New Start“ über Atomraketen mit Rußland zu verlängern. Zu den Ländern, die er im ersten Jahr seiner zweiten Präsidentschaft bombardieren ließ, zählen Iran, Irak, Syrien, Jemen, Nigeria und Venezuela. Die Attacke seiner Killerkommandos am 3. Januar auf Caracas war faschistisch geprägt. Trump sah sich das Morden in seinem Goldpalast in Florida live an – „wie eine Fernsehserie“. Begeistert vom „Erfolg“ nannte er anschließend weitere Länder, die er seiner Meinung nach ohne langen Krieg angreifen kann: Kolumbien, Nicaragua, Mexiko, Grönland, Iran. Auf die Frage nach Kuba kam die Antwort: „Sie sind

reif für den Zusammenbruch“, es sei nicht nötig einzutreten. Später forderte er die kubanische Führung auf, einen „Deal“ mit ihm zu schließen, „bevor es zu spät ist“. Bei dem Überfall am 3. Januar wurden 32 kubanische Kämpfer, die im Sicherheitsapparat Venezuelas im Einsatz waren, ermordet. Am 16. Januar versammelten sich in Havanna an der berühmten Uferstraße Malecón und in anderen Städten Kubas rund eine halbe Million Menschen, um sie zu ehren. Der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas und Präsident der Republik, Miguel Díaz-Canel, würdigte vor der US-Botschaft in der Hauptstadt die Genossen: „Sie verteidigten nicht nur die Souveränität Venezuelas, Präsident Nicolás Maduro und seine Frau Cilia Flores, sondern auch die Menschenwürde, den Frieden und die Ehre Kubas und Amerikas. Sie waren Schwert und Schild unserer Völker gegen den Vormarsch des Faschismus.“ Und weiter: „Kuba muß keine politischen Zugeständnisse machen, und dies wird auch nie auf dem Verhandlungstisch zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten liegen. Es ist wichtig, daß dies verstanden wird: Wir sind stets offen für einen Dialog und die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, jedoch auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Dies gilt seit über sechs Jahrzehnten. Die Geschichte wird sich auch jetzt nicht ändern! Dem Imperium, das uns bedroht, sagen wir: Kuba besteht aus Millionen! Wir sind ein Volk, das bereit ist, im Falle eines Angriffs mit derselben Einigkeit und Wildheit zu kämpfen wie die 32 Kubaner, die am 3. Januar gefallen sind.“

Selbst einem Trump scheint zu dämmern, daß das so ist. Der US-Präsident wiederholte im Januar mit Blick auf Kuba mehrfach: „Das sind harte Leute.“ Alle Vorhersagen für einen Zusammenbruch seien widerlegt worden. Ein Anflug von Realismus? Noch am 8. Januar sagte Trump der „New York Times“, als er nach Einschränkungen seiner Handlungsfreiheit etwa durch das Völkerrecht gefragt wurde: „Meine eigene Moral, mein eigener Verstand: das ist das Einzige, was mich aufhalten kann.“

Das ist imperialistischer Größenwahn. Der kubanische Staat und sein Volk setzen dem Grenzen. Das ist ein Glück für die Menschheit.

Setzen wir durch, daß die deutsche Regierung sich endlich von den Sanktionen Washingtons löst! Sorgen wir dafür, daß die Solidarität mit Kuba breiter wird! Helfen wir mit, daß Kuba seinen sozialistischen Weg fortsetzen kann. Cuba Sí, Yanqui No!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Hegemonialer US-Imperialismus	2
Rußland und China zur US-Intervention in Venezuela	4
Trump und Xi im Schlagabtausch	6
Frieden! Rußland ist nicht unser Feind	7
Ukraine und NATO unter Druck	8
Rechtsextreme in der Ukraine	10
Deutschland 2026 – Ein Wiederholungstäter?	10
Das Brüsseler Panoptikum	11
Finanzkrach voraus	12
DKP gegen Hochrüstung, US-Raketen und Wehrpflicht	13
Bürgerlicher Parlamentarismus in der Krise	13
Nicht euer Kanonenfutter	14
Liebknechts Erben	14
Die Waffen nicht erheben	17
Rosa Luxemburg in Zürich	17
Von Aufrüstung zur Zensur	19
Fälschung der Geschichte	20
Renten zu teuer	22
Hintergründe der Massenproteste in Bulgarien	24
Fritz Giga ist nicht vergessen	26
Der Kodex von Nürnberg	27
Grenzübergangsstelle Check-Point „Charlie“	29
Hintergründe zum Verlauf der „Wiedervereinigung“	32
Der große Schock	34
Ekelhafte Korruption	34
Die Dorfchullehrerin (Archiv)	35
Marxismus als umfassende Weltanschauung	36

Hegemonialer US-Imperialismus erhebt sich über Völkerrecht und UN-Charta

Seit August 2025 haben die USA ein mächtiges Militärpotential in der Karibik vor Venezuelas Küste konzentriert, darunter der weltgrößte Flugzeugträger, mehrere Fregatten, Amphibienfahrzeuge und Landungsboote, insgesamt ca. 15 000 Militärangehörige. Und das alles, um den Drogenschmuggel in die USA zu bekämpfen. So das Narrativ, mit dem das alles begleitet und begründet wurde. Entsprechend wurden unter hemmungsloser Mißachtung des internationalen Seerechts durch US-Streitkräfte in der Karibik sowie dem östlichen Pazifik bislang

Narrativ bedeutet Erzählung. Hier wurde nicht ein Geschehen geschildert, sondern eine Geschichte erzählt, ein Märchen. Daß dem so war, wurde in der Nacht vom 2. zum 3. Januar 2026 glasklar, als 150 Flugzeuge und Hubschrauber Caracas angriffen und Infrastrukturzentren zerstört, Militäreinrichtungen außer Gefecht gesetzt und in einer minutiös vorbereiteten Operation die Sicherheitskräfte um Präsident Nicolás Maduro ausgeschaltet und er nebst seiner Frau Cilia Flores gewalttätig entführt wurden, um sie vor ein Gericht in den USA zu bringen. Das alles unter flagranter Verlet-

werden müsse. Zuvor hatte die venezolanische Oppositionspolitikerin María Corina Machado US-Konzernen gigantische Gewinne in Aussicht gestellt, wenn sie nach einem Regierungswechsel in Venezuela investieren. Die Friedensnobelpreisträgerin, die in den hiesigen Medien als die Oppositionsführerin dargestellt wird, obwohl sie nur die Anführerin der minoritären extremen rechten, aber lautstärksten Opposition ist, unterstützte ausdrücklich Trumps militärische Drohkulisse. Trump rückte nun allerdings demonstrativ von ihr ab, weil Geheimdienstanalysen gezeigt hätten, daß sie im Land weder Rückhalt noch Autorität besitze. Daß der US-Präsident nun offenbar ohne sie plant, stellt die rechte Opposition Venezuelas ins Abseits. Statt dessen setzt Trump auf eine taktische Kooperation mit der venezolanischen Interimspräsidentin Delcy Rodríguez – unter Druck gesetzt durch ständige Androhung neuer Militärschläge, die schlimmer sein würden als der Schlag zuvor und sie einen höheren Preis als Maduro zu zahlen hätte.

Und damit beginnt das nächste Narrativ, die nächste Erzählung, das nächste Märchen, begleitet von Medienkampagnen voller Fake-News, um Verunsicherung zu stiften und falsche Fährten zu legen.

Denn es geht nicht nur um Venezuela und seine Bodenschätze. (Kleine geopolitische Abschweifung: Dem Bestreben, sich das Öl in Venezuela unter den Nagel zu reißen, liegt u.a. die Vorbereitung eines eventuellen Angriffs auf den Iran zugrunde, eine Notfallplanung für den Fall, daß die Straße von Hormus geschlossen werden könnte.

Venezuela soll als alternative Ölquelle dienen, falls der Persische Golf blockiert wird.) Die USA wollen darüber hinaus in ihrem Einflußbereich unter willkürlicher Anwendung von Gewalt Regierungen installieren und Rohstoffe unter ihre Kontrolle bringen. Mit dem Sturz Maduros will man dessen solidarische Unterstützung für Kuba ein Ende setzen, um auch dort mittels einer noch größeren Verschärfung der Versorgungslage und Energiesituation einen „regime change“ herbeizuführen. Damit soll der Kern einer fortschrittlichen lateinamerikanischen Integration getroffen werden, die die USA auf keinen Fall dulden wollen. Sie brauchen Lateinamerika mit allen seinen Ressourcen als sicheren Hinterhof, um die Auseinandersetzung mit dem systemischen Gegner China erfolgreich bestehen zu können. Mit dem Fall der Regierung Maduro sollen auch die engen Beziehungen Venezuelas mit China und Russland ein Ende finden. Trump



Am 17. Januar billigte die kubanische Führung in Anwesenheit von Raúl Castro Pläne für den „Übergang in den Kriegszustand“

mehr als 30 angebliche „Drogenboote“ versenkt und über 100 Personen getötet, ohne irgendwelche Beweise dafür vorzulegen, daß die Boote und Personen etwas mit dem Drogenhandel zu tun gehabt hätten, und ohne den geringsten Versuch, gemäß dem internationalen Seerecht zu handeln, d.h. die Boote zu stoppen und zu durchsuchen, ob sich der Verdacht bestätigt. Die US-Regierung bezeichnet die unbekannten Bootsinsassen einfach so als „Narcoterroristen“. Das reichte der Trump-Regierung als Rechtfertigung für die kaltblütigen außergerichtlichen Hinrichtungen, sprich Ermordungen. Dabei ist Venezuela lediglich ein vergleichsweise untergeordnetes Transitland für Kokain, das wegen dieser Geringfügigkeit nicht einmal mehr in den entsprechenden UNO-Berichten in den letzten Jahren auftaucht. Dessen ungeachtet wurde alles mit Venezuela gefördertem angeblichen Drogenschmuggel begründet.

zung des Völkerrechts und der UN-Charta. Das war dann kein Narrativ mehr, das war das wirkliche Geschehen. Die nächtliche Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro, die mehr als 80 Opfer forderte, macht unmissverständlich deutlich, wie die hemisphärische Politik von US-Präsident Trump das Völkerrecht zertrümmert. Die Entführung des venezolanischen Präsidenten zeugt vom von den USA praktizierten Staatsterrorismus. Aber Gewalt schafft keinen Frieden. Sie erzeugt lediglich neue Gewalt. Die Mißachtung des Völkerrechts und des humanitären Rechts, wie es durch die USA in Caracas geschehen ist, schafft eine Welt ohne Gesetze mit fortwährender Gewalt und andauerndem Chaos.

Und dann wurde die Katze aus dem Sack gelassen. Trump erklärte offen, daß es ihm um das venezolanische Erdöl gehe, das den USA gestohlen worden sei und nun den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben

will jedwede nichthemisphärische Macht aus Lateinamerika heraushalten. Das ist die Erweiterung der Monroe-Doktrin von 1823 durch Trump, wie es seiner neuen Sicherheitsstrategie zu entnehmen ist. Damals, 1823, ging es den USA darum, die europäischen Kolonialmächte aus Lateinamerika zu vertreiben. Jetzt hat das Trump auf alle extrakontinentalen Mächte ausgedehnt. Die Anwesenheit fremder Mächte in ihrem Hinterhof sehen die USA als Gefährdung der nationalen Sicherheit an. Und es gibt nichts Heiligeres für sie als die Sicherheit des eigenen Landes. So wurde 2015 die „außergewöhnliche und außerordentliche Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA durch Venezuela“ (Obamas Präsidialdekrete vom 8.3.2015, bekräftigt am 13.1.2016) als Begründung für einseitige völkerrechtswidrige Strafmaßnahmen gegen Venezuela ins Feld geführt.

Washington will seine alleinige Vorherrschaft auf dem amerikanischen Doppelkontinent wiederherstellen und duldet keine Regierungen, die sich seinen Interessen nicht vollständig unterwerfen. Das machte US-Außenminister Marco Rubio deutlich: „Wir werden nicht zulassen, daß die Ölindustrie in Venezuela von Gegnern der Vereinigten Staaten kontrolliert wird.“ Er nannte China, Rußland und Iran. „Die westliche Hemisphäre gehört uns, und niemand von außerhalb unserer Hemisphäre darf in Amerikas Hinterhof kommen“, fügte er hinzu. Die USA haben demonstriert, daß sie nicht davor zurückschrecken, einen Krieg anzuzetteln und ein gesamtes Land samt seinen Einwohnern ins Chaos zu stürzen. Diese Botschaft ist ganz explizit an Kuba gerichtet, aber auch an die Regierungen in Kolumbien und Mexiko. Wie Präsident Luiz Inácio Lula da Silva kurz nach dem Angriff und der Entführung Maduros sagte, handele es sich nicht um einen rein venezolanischen Konflikt, sondern um einen Angriff auf die internationale Gemeinschaft. Ob diese daraus politische Konsequenzen zieht, bleibt die entscheidende Frage. Die USA spielen einmal mehr den Weltpolizisten, indem sie ihre Gesetze extraterritorial anwenden und die Prinzipien der Souveränität, des Selbstbestimmungsrechts der Völker und das Nichteinmischungsprinzip völlig mißachten. Trump selber sagte, daß er kein Völkerrecht brauche, die Grenzen seines Handelns legen sein Gewissen und seine Moralauffassung fest. Bedarf es da noch weiterer Erklärungen? Trump verkörpert eine autoritäre und neofaschistische Phase eines Imperialismus in der Krise, der auf direkte Herrschaft und offene Ablehnung jeglicher rechtlicher oder politischer Grenzen setzt.

Das US-Vorgehen basiert auf der Anfang Dezember publizierten Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, die der westlichen Hemisphäre

– Lateinamerika, der Karibik und Grönland – besondere Bedeutung einräumt. Dazu werde man einflußreiche „Wettbewerber“ von außerhalb der Großregion in der Zukunft daran hindern, „Streitkräfte oder andere Bedrohungspotentiale“ in „unserer Hemisphäre zu stationieren“ oder dort „strategisch wichtige Güter zu kontrollieren“. Die Botschaft der Trump-Regierung in diesem Kontext ist ganz eindeutig: Lateinamerika gilt wieder als rechtsfreier Hinterhof. Das Völkerrecht hat in dieser Region keinerlei Rolle zu spielen. Dort herrscht allein der entgrenzte Wille des US-Präsidenten, der damit in der gesamten westlichen Hemisphäre die legislative, exekutive und judikative Macht in der Hand hält. Es handelt sich um einen imperialen Faschismus, der mit wirtschaftlichem Zwang, Finanzblockaden, diplomatischer Erpressung, Medienkrieg und militärischen Drohungen oder Aggressionen operiert. Sein strukturelles Merkmal ist die permanente Ausweitung der Herrschaft, um die Kontrolle über Ressourcen, strategische Routen und wichtige geopolitische Räume zu sichern. Es geht Trump aber offensichtlich auch darum, jegliche Ansätze souveräner lateinamerikanischer Politik zu unterbinden und seine Interessen selbst gegenüber lokalen Verbündeten, wie den Präsidenten Nayib Bukele in El Salvador oder Javier Milei in Argentinien, durchzusetzen. Dafür setzt Trump auf eine Mischung aus Drohungen und Anreizen und mischt sich über Kredit- und Unterstützungsversprechen aktiv in Wahlkämpfe ein. Nach der kürzlichen Abwahl der linken Regierungen in Bolivien, Honduras und Chile stehen dieses Jahr unter anderem in Kolumbien und Brasilien Präsidentschaftswahlen an. Daß es gegenüber den übrigen links regierten Ländern nur bei Drohungen bleibt, ist nicht ausgemacht. US-Außenminister Marco Rubio, der aus einer exilkubanischen Familie stammt, strebt als eines seiner Hauptziele auch in Kuba nicht einfach nur einen Regierungswechsel, sondern einen Wechsel des Gesellschaftssystems an. Die gewaltsame Entführung eines missliebigen, unbotsamen Präsidenten wie Maduro sendet eine Botschaft an alle Völker der Welt: Kein gewähltes Amt, keine Unterstützung durch das Volk und keine verfassungsmäßige Legalität bieten Schutz vor dem Willen des US-Imperiums. Also Macht, Zwang und Krieg als Mittel der Weltherrschaft, wie wir das schon einmal vom deutschen Faschismus kannten. Das wäre die Antwort eines taumelnden Imperiums, um seinen Fall zu verhindern. Machtrunkenheit als Flucht vor dem Untergang. Um diesen Untergang hinauszuzögern bzw. zu verhindern, schrekt man vor keinem noch so brutalen Verbrechen an der Menschheit zurück, gemäß der Losung, die

von Obama, Biden, Madeleine Albright und anderen maßgebenden US-Politikern in aller Öffentlichkeit verkündet wurde, ohne daß ein Sturm der Entrüstung losbrach: „Die USA sind die einzige unentbehrliche Nation in der Welt.“ Im Umkehrschluß bedeutet das: Alle anderen Nationen sind entbehrlich – soweit sie nicht den USA zu Diensten sind. Bei Trump lautet die Formel: Make America great again. Wo nötig, besorgen das die USA, wie im Falle von Venezuela, mit militärischer Macht, so wie sie es schon anderswo früher getan haben (Guatemala 1954, Grenada 1983, Panama 1989 u.a.) oder mit Wahlbetrug und milliardenschwerer Einmischung in den Wahlkampf (40 Milliarden in Argentinien, Ankündigung von Überweisungssperren in Honduras). In Ländern wie Argentinien, Bolivien und Chile macht man sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den progressiven Regierungen zunutze. Weil diese sich den herrschenden neoliberalen Verhältnissen anpaßten, konnten sie ihre sozialen Versprechungen nicht umsetzen. Es blieb bei rhetorischen Ankündigungen. Statt dem Neoliberalismus durch strukturelle Veränderungen den Kampf anzusagen, verwalteten sie ihn lediglich und nährten die Hoffnung, ihn sozialer gestalten zu können, was sich als Trugschluß herausstellte. Die enttäuschten Massen verloren ihre Hoffnung in solche Politiker und wählten dann rechts bis rechtsextrem und libertär, was dann solche Präsidenten hervorbrachte wie Javier Milei mit seiner sozialen Kettensäge in Argentinien, den Faschisten und Pinochetverehrer José Antonio Kast in Chile und Rodrigo Paz in Bolivien mit seinem Kapitalismus für alle. Auch wenn sich das alles scheinbar weit weg abspielt, sollte es eine Lehre für uns hier in Europa sein, wo die rechten Kräfte auch im Vormarsch sind. Ohne eine radikale strukturelle Veränderung der Gesellschaft führt auch hier linke sozialdemokratische Politik mit ihrer speziellen Form der Sozialpartnerschaft zu einer Enttäuschung der Menschen, wenn sie erleben müssen, daß wegen massiver, überproportionaler Aufrüstung aufgrund einer Bedrohungs- und Sicherheitslüge massiv Geld in den nimmersatten Rachen der Rüstungskonzerne geworfen wird, aber kein Geld da ist für Gesundheit, Bildung, Kultur und sonstige soziale Daseinsvorsorge, wie öffentlicher Verkehr, Energie und Wohnung. Statt die Lösungen der Rechten zu übernehmen und sie in der Praxis umzusetzen, in der Hoffnung, ihnen dadurch Stimmen zu entziehen, muß diese Politik grundsätzlich geändert werden, damit nicht das eintritt, was wir derzeit in Lateinamerika erleben. Nur dadurch kann dem Herrschaftsanspruch des Imperialismus, wie uns das jetzt in Venezuela vorgeführt wird, Einhalt geboten werden.

Gerhard Mertschenk

Wie reagieren Rußland und China auf die US-Intervention in Venezuela?

Die USA haben nach langjährigen Provokationen am 3.1.26 brutal wider das Völkerrecht und die UN-Charta Venezuela überfallen und den Präsidenten des Landes mit seiner Frau gekidnappt sowie gleichzeitig das dortige Öl als ihres proklamiert, was eindeutig eine Trumpsche staatsterroristische Operation darstellte, die der neuen US-Sicherheitsstrategie entsprach. Diese erste Phase der US-Operation wurde trotz des mit russischen Waffen ausgerüsteten Militärs Venezuelas sowie russischen Militärspezialisten und kubanischen Personenschützern ohne Verluste für die Angreifer siegreich gestaltet. Möglicherweise wurde das, wie sich später zeigte, vor

des Landes an. Rußland, welches die Schwerölindustrie Venezuelas über Jahre mit Milliarden Dollar subventionierte und sich die umfangreichen Waffenlieferungen mit Petrodollars aus dem China-Geschäft bezahlen ließ, sah seine Felle davonschwimmen, verstärkte sein schlagkräftiges militärisches Kontingent und stellte die Einsatzbereitschaft der gemeinsamen Truppen vor Ort her. Die USA, die meinten, das Land bereits zu beherrschen, sahen sich aber plötzlich den ihr Land verteidigenden venezolanischen und russischen Truppen gegenüber. Der Wind, der Trump in den USA parlamentarisch, durch Proteste der Bevölke-

auch Hyperschall-Flugkörper), moderne Jagdflugzeuge sowie LV-Komplexe S-400 u.a., modernste Mittel des funkelektronischen Kampfes und 100 000 Elite-Soldaten nach Venezuela bringen. Sollten die USA weiterhin nicht einlenken und nicht zu diplomatischen Konfliktlösungen bereit sein, würde die RF zusätzlich zu den bereits in Kuba basierten Atom-U-Booten mit interkontinentalen ballistischen Raketen (IBR), Hyperschall-Raketen, Mittel des funkelektronischen Kampfes, auch Fernbomber stationieren. Die RF ist dabei, Kuba wieder als voll funktionsfähige Basis für russische Waffensysteme, so wie dieses die USA jahrelang in Europa gegen Rußland taten und tun, aufzubauen, damit es hier ebenfalls zu einer unmittelbar abschreckenden Bedrohung des US-Hegemons kommt.

Bei dem nach der US-Venezuela-Intervention stattgefundenen Gespräch zwischen Putin und Trump soll der russische Präsident Klartext gesprochen und Trump darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Russische Föderation eine ausreichende Anzahl von Atom-U-Booten im Westen des Atlantischen Ozeans basiert hat, die zu jeder Zeit vernichtende Tsunami-Wellen (ca. 100 m Höhe) auf die US-Ostküste schicken können. Die RF kann für den Fall, daß die USA nicht bereit sind, die entstandene Krise diplomatisch zu lösen, Maduro freizugeben und die russischen und chinesischen Eigentumswerte unangetastet zu lassen, auf Kuba zusätzlich Oreschnik-Raketen (Geschwindigkeit 13 000 km/h) basieren, um den Druck auf Trump zu erhöhen. Durch den möglichen Einsatz der angeführten russischen und chinesischen neuesten Raketenwaffen (10- 27 Mach) würden sich die Reaktionszeiten von Venezuela aus nach Florida auf 4 bis 5 Minuten und bis nach Washington von 30 auf 8,5 Minuten verringern (von Kuba aus noch geringer), was die Abwehr von Hyperschall-Raketen und von Interkontinental-Gleitern (Burewestnik u. a. IBR) für die USA unmöglich machen.

Durch diese revolutionären militärischen Möglichkeiten zweier Atomkräfte an den US-Grenzen sieht sich der Aggressor gezwungen, seine gesamte kosmische und Luftverteidigung (auch die Absicht, Grönland zu erwerben, gehört dazu) so umzubauen, daß er seinen Luftraum wieder vollständig gegenüber China und Rußland verteidigen kann. Das ist ein teurer Prozeß, den Trump u. a. mit der exorbitant Erhöhung der so schon hohen Verteidigungsausgaben auf 1,5 Billionen Dollar lösen will, aber den Senat und den



Mehr als eine halbe Million Menschen gedachten am 16. Januar in Havanna der in Venezuela vom US-Imperialismus ermordeten Genossen

allem durch Verrat von Regierungsmitgliedern, hohen korrupten Militärs, aber auch durch faule Deals mit den tonangebenden US-Eliten.

Ein Teil der Verräter wurde, um Unruhen unter der Bevölkerung zu vermeiden, durch die schnell ernannte Interims-Präsidentin festgesetzt. Die venezolanischen Militärs ließen die von Rußland gelieferten Waffen (besonders die hoch effektiven Fla-Raketen-Komplexe S-300 und 5000, schultergestützte Mittel der Luftabwehr) verrotten oder verkauften diese an „kriminelle Strukturen“ in Südamerika. Da Rußland zur Zeit der US-Operation keine militärischen Führungsfunktionen innehatte, konnten die bereits in Venezuela stationierten Wagner-Militärs nicht sofort eingreifen. Erst zwei Tagen später änderte sich die Situation. Die Interims-Präsidentin Delcy Rodriguez, die durch Trump ständig bedroht wird, ordnete dennoch die Mobilmachung

gegen einen Krieg in Venezuela und durch den militärischen Gegenschlag ins Gesicht schlug, nahm sogar noch zu, als bekannt wurde, daß die RF eine teure und geheime US-Basis zur Kontrolle Venezuelas mit Drohnen, ballistischen und Hyperschallraketen total vernichtete. Das potenzierte sich, als bekannt wurde, daß die US-Öl-Blockade von Rußland und China durchbrochen wurde.

Rußland und China, die durch die Festsetzung und Deportierung des Präsidenten Maduro vor allem ihre Anteile – Schulden für Waffenlieferungen und Lieferverträge im Umfang von vielen Milliarden Dollar (China über 60 Milliarden) – verlieren würden, haben sich mit Venezuela noch stärker verbunden. Sie und Iran forderten von den USA die sofortige Freilassung von Maduro. Sollte das nicht geschehen, würden China, Rußland und Iran 5000 unterschiedliche Raketenmodelle (darunter

Kongreß dabei gegen sich hat. Es wird Jahre dauern, diese militär-technische Lücke zu schließen.

Während Rußland nach der Festsetzung von zwei russischen Tankern in offenen Gewässern des Atlantischen Ozeans als Antwort darauf sieben US-Schiffe durch 80 Spezialtorpedos vernichtete (Mearsheimer am 8.1.26), verbrachte China gut organisierte Öltanker in die Häfen Venezuelas und entwickelte ein alternatives und erfolgreich agierendes Öl-Transportsystem, blockierte den Panama-Kanal und kündigte alle Flüssiggas-Lieferverträge mit den USA auf, wodurch die USA nun nicht die erwarteten Einnahmen in Venezuela generieren können, sich aber jede Menge Ausgaben zur Wiederherstellung der maroden Ölinfrastruktur abzeichnen, wofür es bisher keine Investoren, auch keine aus den USA gibt. So mit hat sich der Traum der USA, der größte Ölanbieter der Welt zu werden, zunächst in Luft aufgelöst.

Die RF hat ebenfalls eine Methode entwickelt, wodurch mittels spezieller Unterwasserdrohnen Versorgungsgüter an Venezuela geliefert werden können und auch seine Tankerflotte wieder in Richtung China und Asien startet, ohne daß es die USA verhindern konnten. Damit ist die Wiederbelebung der Monroe-Doktrin gescheitert und das Diktat der USA auf dem

Atlantik hat seine einschränkende Wirkung für andere Staaten weitestgehend verloren.

Obwohl die USA auf Bergen von Waffen sitzen und an die tausend Stützpunkte in der Welt (geheime und offene) unterhalten und Rußland sowie China nur über einige Militärbasen an neuralgischen Punkten der Welt verfügen, gleichen beide Länder das Kräfteverhältnis mit ihren neuen technologisch überlegenen Waffensystemen mehr als nur aus, was sich auch in Venezuela zeigt. Das gerade in der Ukraine erfolgreich ersteingesetzte neue System des funkelektronischen Kampfes „Alabuga“ der RF sei hier angeführt, welches in einem begrenzten Gefechtsfeld alle mit elektronischen Bauelementen ausgerüsteten Waffen mit elektromagnetischen Impulsen – bei Erhalt der personellen Ressourcen – funktionsuntüchtig machen kann.

Trotz der gespaltenen Reaktionen der lateinamerikanischen Länder, zeigte der Teil von ihnen, der die US-Willkür über Jahrzehnte zu spüren bekamen, den Willen, diesen reaktionären Entwicklungen entgegenzuwirken. Sie gründeten unter Führung von Brasiliens Präsident Lula eine lateinamerikanische militärische Allianz. Brasilien schloß mit Rußland einen Militärpakt und bleibt damit militärisch in Venezuela, in Kuba und nun auch im

Süden Lateinamerikas präsent. Die USA müssen das akzeptieren, wenn sie keine militärische Konfrontation mit Rußland wollen.

Im Moment zeichnet sich ab, daß sich der in den USA bejubelte anfängliche Blitzergoß in Venezuela immer stärker aus ökonomischen sowie aus innen- und außenpolitischen Gründen verkleinert, so daß Trump am 10.1.26 gegenüber Rußland, das er für alles verantwortlich macht, einen vollen Boykott auf politischem, ökonomischem und Handelsgebiet erklärte und dazu auch seine strategischen Partner verpflichtete.

Die führenden EU-Länder, die die Situation und besonders die Rolle der USA in Venezuela aufmerksam verfolgten und dabei zu kritischen Schlußfolgerungen kamen, suchen nach Alternativen, um der Mißachtung des internationalen Seerechts durch die USA auf dem Atlantik zu entgehen.

Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen dafür, daß es den in diesem Konflikt konzentriert auftretenden Großmächten Rußland und China, die mit vielen gleichgesinnten Staaten der bereits multipolar handelnden Welt verbunden sind sowie mit Venezuelas schnellem Agieren gelingt, die Situation zu deeskalieren.

Oberst a.D. Gerhard Giese

ALBA unterstützt Kuba in seiner gerechten Verteidigung der Souveränität und Unabhängigkeit

Kommuniqué der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas (ALBA)

Kubas gerechte Verteidigung seiner „Souveränität und Unabhängigkeit, basierend auf der legitimen Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und der Aufnahme freundschaftlicher und kooperativer Beziehungen zu allen Regierungen und Völkern der Welt im Rahmen gegenseitigen Respekts, souveräner Gleichheit und der Einhaltung des Völkerrechts“, erhielt am 13. Januar die Solidarität der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas (ALBA). In einer Erklärung bekundete dieses regionale Integrationsbündnis seine entschlossenste Unterstützung und Solidarität mit dem kubanischen Volk und der kubanischen Regierung, General Raúl Castro Ruz, sowie dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsidenten der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez. Das Dokument bekräftigt außerdem, daß

„die Charta der Vereinten Nationen die wesentliche Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Staaten bildet, indem sie universelle Grundsätze wie die souveräne Gleichheit der Staaten, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, das Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unverletztheit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und das unveräußerliche Recht jedes Volkes, über sein eigenes politisches, wirtschaftliches und soziales Projekt zu entscheiden, verankert.“ Die Erklärung betont, daß die Allianz die historische Entwicklung der kubanischen Außenpolitik anerkennt und wertschätzt, die auf der Doktrin der Unabhängigkeit, der nationalen Würde und einem tiefen Bekenntnis zum Multilateralismus beruht. Sie erinnert zudem an das anhaltende Engagement der Insel für internationale

Zusammenarbeit, Solidarität zwischen den Völkern und die Achtung des Völkerrechts, wodurch sie beständig zu Verständigung, Frieden und kollektivem Wohlergehen, insbesondere zum Wohle der Länder des Globalen Südens, beiträgt. Abschließend appelliert die Erklärung an die internationale Gemeinschaft und die multilateralen Organisationen, ihre feste und unerschütterliche Unterstützung für die Republik Kuba gemäß den Resolutionen der Vereinten Nationen, die wiederholt und mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurden und die Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade fordern, aufrechtzuerhalten und verantwortungsvoll zu Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit in Lateinamerika und der Karibik beizutragen.

ALBA-TCP

Quelle: internet@granma.cu, 14.1.2026

Trump und Xi im Schlagabtausch

Am 2. Januar konnte man bei YouTube einen geheim stattgefundenen Schlagabtausch zwischen Trump und Xi verfolgen, bei dem die gegensätzliche Positionsbestimmung beider Seiten klar erkennbar war. Während Trump auf seinem „Faustrecht“ bestand, betonte Xi, verlässlicher Garant der neuen multipolaren Ordnung zu sein. Dazu in gekürzter Form Aussagen von Trump und Xi zu einigen ausgewählten Fragestellungen:

Benötigt die Welt ein Machtzentrum?

Für **Trump** ist eine multipolare globale Ordnung nur Chaos. Sie benötige eine zentrale Ordnungsmacht, welche die Staaten der Welt zusammenhält und deren Entwicklung lenkt. Ohne eine solche Macht gäbe es nur Krisen und Zerfall.

Xi sieht in Veränderungen ein enormes Entwicklungspotential, da die Welt gewachsen sei. Nur ein Zentrum halte die anderen Staaten in Abhängigkeit und Angst vor ökonomischer, finanzieller sowie militärischer Bedrohung durch die USA, wie es die Vereinigten Staaten über Jahrzehnte praktizierten. Immer klarer werde, daß die Mehrzahl der Länder ihre Entwicklung selber bestimmen und gleichberechtigte Partner und keine Abhängigen oder Vasallen sein wollen. Die USA sind es, die davor und vor einer neuen Weltordnung Angst haben. Die Welt wird zusammengehalten durch die Wahrnehmung der Verantwortung der gleichberechtigten Staaten der Welt bei der Erreichung ihrer angestrebten Ziele. Die USA müssen sich in die neue Weltordnung eingliedern und könnten als eine der großen Mächte auch Führungsaufgaben ausüben, aber nur als ein Gleichberechtigter.

Rußland (RF) sei für die neue Ordnung, weil es genau wie China für eine unabhängige Entwicklung und für die Wiederherstellung der Balance unter den gleichberechtigten Völkern in einer multipolaren Welt steht. Letztere sei auch ohne Zwangsmaßnahmen und „Ratschläge“ der Unipolaren lebens- und Entwicklungsfähig. China und Russland sowie mehr als die Hälfte der Völker wollen keine Welt mit nur einem Machtzentrum in ihr.

Ist Russland der Aggressor und Unruhestifter in der Welt?

Trump sieht Russland als Aggressor und Unruhestifter, das Länder militärisch bedrohe, darunter auch die USA und EU-Staaten, das – wie in der Ukraine – Kriege entfachte und das seine Rohstoffe und Energieträger als Waffen und Erpressungsmittel einsetze. China tue nichts dagegen und unterstütze die RF noch dabei.

Xi konterte: Wieviel Kriege und Konflikte mit unermeßlichen Zerstörungen und Opfern entfalteten und führten denn die USA, über wieviele Stützpunkte und Basen verfügten sie rund um die Welt, wie viele Sanktionen mit ihren vernichtenden Wirkungen haben die USA überall verfügt und wie viele Handelskriege im Vergleich zur RF geführt? Erpressung der Länder durch den Dollar als Zwangszahlungsmittel gehöre seit Jahrzehnten zum Druck- und Profitmittel US-amerikanischer Politik. Der Hauptaggressor und Erpresser in der Welt sind die USA und nicht die RF, sagte Xi. Russland gehöre zu jenen Ländern, die sich gegen die aggressive Politik der USA wehren. Dieses Land, welches niemals Kolonialmacht war, suche Gleichgesinnte in der Welt und verteidige dabei die nationale Unabhängigkeit der unterdrückten Völker in Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten. Für den Ukraine-Konflikt tragen die USA, die NATO-Staaten und die ukrainischen Nazis sowie die Ultranationalisten mit dem Maidan, dem nachfolgenden Regime-Change, mit der Aufrüstung der ukrainischen Armee, mit den brutalen Unterdrückungsaktionen der sich bildenden Selektionsbewegungen und mit den Sanktionsmaßnahmen die Hauptverantwortung. Viele, meist russischsprachliche Ukrainer, wollten nicht in einem nazistischen Staat leben, der durch die militärische Hilfe der USA und des Westens (bis hin zur Bereitstellung und Genehmigung des Einsatzes von weitreichenden Waffen auf russisches Territorium, d. A.) gestützt wird. Es sei unrealistisch, Russland, welches ein Sechstel der Welt umfaßt, das große Teile der Welt mit Getreide und Düngemitteln sowie mit Rohstoffen und Energieträgern versorgt, vielen Staaten Entwicklungshilfe und Schutz gewährt und eine führende zivile und militärische Atom- und kosmische Macht ist, isolieren zu wollen.

Trump: Warum unterstützt China Russland im Ukraine-Konflikt und warum sieht China die RF nicht als Gegner an?

Xi: Die Sowjetunion hat die Entwicklung Chinas zu über 50 % erst möglich gemacht. So entstanden die Grundlagen für die chinesische Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ausbildung von Spezialisten, den Aufbau von Betrieben, die Einführung neuer Technologien und die Lösung von Verteidigungsaufgaben u. v. m. leistete die Sowjetunion. Und „das werden wir“, betonte Xi, „nicht vergessen, denn trotz der Gründung eines neuen Staates bleibt es doch das gleiche russische Volk. Letzteres ist deshalb kein Gegner Chinas, weil beide Länder keine

Kolonialmächte waren, gegeneinander kein Diktat ausübten und sich untereinander nichts vorschreiben. Wir vertreten ein fast identisches Geschichtsbild. Wir sehen, daß die USA im Ukraine-Konflikt gegenüber der RF eine aggressive Politik betreiben und leisten deshalb unsere Hilfe in Form der Kompensation dieser falschen, weil feindlichen, Aktivitäten der USA gegenüber der RF. Wenn wir Russland nicht helfen würden, würden wir uns selber verleugnen, denn die Völker der RF sind Teil unserer Geschichte. Wir werden uns nicht von der RF trennen, wir werden im Gegenteil näher mit ihr zusammenrücken, aber nicht gegen die USA, sondern für unsere nachhaltige Entwicklung, weil wir an uns glauben.

Was bewirken die Sanktionen von USA und EU?

Xi: Die Sanktionen (bereits über 20 000) der angeführten Länder haben nicht zur Schwächung der RF, sondern zu deren ökonomischen und militärischen Stärkung geführt. Die gut ausgebildeten Wissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter schafften auf vielen Schlüsselgebieten (neueste Waffen und kosmische Systeme, modernste Triebwerke und Turbinen, friedliche und militärische Atomtechnologien, Verbundwerkstoffe, effektive Landtechnik sowie durch Technologieaustausch mit China und anderen Ländern, d. A.) Durchbrüche, die zu einem höheren Wirtschaftswachstum als der im Westen führte. Der Öl- und Gaskrieg mit den USA und EU-Europa führten dort zu Energiemangel, Preiserhöhungen, zu Betriebsschließungen in der Industrie, zur Verringerung des Lebensstandards, zur Erhöhung der Verschuldung. Auch China war gezwungen, auf Sanktionen (Chip-Technologien) zu reagieren und technologische Lücken eine nach der anderen zu schließen, was erfolgreich gelang. Sanktionen sind Waffen der alten Weltordnung, die in der neuen Weltordnung überwunden werden.

Endaussagen:

Trump: Auch wir wollen uns verändern, aber werden dies nur tun, wenn sich China von der RF trennt oder zumindest die Zusammenarbeit mit der RF verringert.

Xi: China strebt keinen Block an, sondern will wieder eine Balance erreichen, die eine gleichberechtigte Partnerschaft der Länder ohne die bisherige Angst gestattet. China handelt bereits im Rahmen der neuen Weltordnung.

Xi hatte bei diesem Schlagabtausch die überzeugenderen Argumente.

Frieden! Rußland ist nicht unser Feind



Rußland soll unser Feind sein. Dieser politischen und medialen Vorgabe widersprechen wir.

Feinddenken macht dumm und vereist das Herz. Wie immer einzelne die aktuelle russische Politik bewerten: Rußland ist unser europäischer Nachbar und wird es immer bleiben. Wir wollen in Frieden gut mit ihm zusammenleben.

Vor 85 Jahren, am 22. Juni 1941, hat Deutschland die Sowjetunion überfallen, Wehrmacht und SS haben dort barbarisch gewütet. Dieses Kapitel der deutschen Geschichte wird weitgehend mit Schweigen übergangen. Wir schauen hin, wir vergessen nicht.

Heute soll Deutschland wieder kriegstüchtig werden – gegen Rußland. Auf Rußland zielen auch die US-amerikanischen Mittelstreckenraketen, die auf deutschem Boden stationiert werden sollen.

Ob ein möglicher Krieg mit ihnen oder mit deutschen Soldaten geführt wird, unter dem Dach der NATO oder von einer Koalition der Willigen: Er wäre ein erneutes Menschheitsverbrechen; dieses Mal mit der Gefahr, uns alle zu vernichten. Dagegen leisten wir Widerstand.

Wir wollen den Reichtum und die Schönheit in Geschichte und Kultur unseres Kontinents erhalten und leben. Dafür sparen wir nicht Anmut noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand.

Unterschriften

Name, Zusatz (Funktion und/oder Ort), für Kontakt bitte möglichst mit (Mail-)Adresse

Kriegstüchtig? Nicht in unserem Namen!

Viele Menschen, Gruppen und Initiativen sagen bereits: Kriegstüchtig gegen Rußland? Nicht in unserem Namen! Laßt uns bundesweit unter dem Dach einer gemeinsame website und mit einer deutsch-russischen Politik- und Kulturdokumentation sichtbar machen: Wir sind viele!

Unterstützt diese Initiative mit Eurer Unterschrift und macht sie bekannt, berichtet auf der website (s.u.) von Euren Aktivitäten, laßt Euch durch Hinweise auf Filme, Texte, Vorträge anregen, initiiert Diskussionen zu Fragen, die Euch bewegen. Dafür möchten wir eine Plattform bieten:

www.Russlandistnichtunserfeind.de,
mailto: kontakt@Russlandistnichtunserfeind.de

Kriegsgarantie

Bundeswehr soll Ukraine sichern

Am 8. Januar sagte Friedrich Merz zum Abschluß der CSU-Landesgruppentagung, in der Ukraine stehe ein Waffenstillstand nach wie vor nicht auf der Tagesordnung, Rußland wolle ihn offenbar nicht. Und weiter: „Wir werden deshalb den Preis für diesen Krieg weiter erhöhen müssen. Rußland muß erkennen, daß es keinen Sinn hat, ihn fortzusetzen.“

Das ist die Fortsetzung des NATO-Verses „Rußland hat keine Sicherheitsinteressen zu haben“. Die Handlungsmaxime ist von Größenwahn, Spekulation auf Rußlands Zerfall und dem selbstmörderischen Willen, eine der beiden großen Atommächte in ihrer Existenz zu gefährden, gespeist. Sie begleitete die Ausdehnung der Einflusssphäre des Paktes bis

kurz vor Moskau und St. Petersburg seit Mitte der 90er Jahre. Der Satz wurde höhnisch geträllert, als Rußland im Herbst 2021 angesichts der faktischen Ukraine-Mitgliedschaft in der NATO Sicherheitsgarantien für sich orderte. Er ertönte, als Großbritannien im Frühjahr 2022 das Waffenstillstandsabkommen zwischen Rußland und Ukraine zerstörte. Er ist der Hintergrund, warum in Westeuropa seit 1991 kein Gedanke an eine diplomatische Initiative aufkam. Das Ergebnis ist katastrophal – für die Ukraine, für Rußland und für die EU-Bevölkerung, der die angestrebte Kriegstüchtigkeit unter deutscher Führung noch nie gesehene finanzielle Lasten auferlegt. Das spitzt die wirtschaftliche Krise zu, die soziale folgt bereits.

Die Sicherheitsstrategie Trumps hält den Abstieg der EU für ausgemacht.

Das soll nach dem Willen von Merz so weitergehen, die SPD macht mit. Wer den „Preis für den Krieg“ weiter erhöhen will, garantiert dessen Fortsetzung. Denn das Preistreiben besteht allein im Entsenden der Bundeswehr. Moskau erklärte am 8. Januar erneut, NATO-Truppen und deren militärische Infrastruktur in einer nicht blockfreien Ukraine seien „legitime Ziele“ seiner Streitkräfte. Die Kriegsverlierer in Westeuropa werden das ignorieren – gewohnheitsmäßig. Nur Rußland, so Merz, „muß“ etwas erkennen. Der hat nie etwas gelernt.

Arnold Schöbel
junge Welt, 9.1.2026

Selenskyj und Willige unter Druck – Es geht um die Wurst

Das Verhandlungskarussell ist aus dem Rhythmus gekommen

Trump gab Vollgas, um schnellstens zu Verhandlungen über die Beendigung des Ukraine-Konflikts zu kommen, was die Neocons zu hintertreiben suchen. Im Kern geht es um die 28 Friedensvorschläge, die über den Bevollmächtigten Witkoff mit Putin und Dimitrijew verhandelt wurden. Nach Witkoffs Rücksprachen mit Putin informierte dieser Selenskyj direkt, der die Trumpschen Friedensvorschläge auf 20 Punkte kürzte, was zum erneuten Rauswurf Selenskyjs aus den Verhandlungen mit dem US-Präsidenten führte. Obwohl nach dem Treffen in Florida mitgeteilt wurde, daß ca. 97 % der Punkte abgestimmt wären, führten die restlichen 3 % unabgestimmter Fragen dazu, daß Rußland jede weitere Verhandlung wegen Unzumutbarkeit und unrealistischem Herangehen – keine territorialen Zugeständnisse, weiteres Anstreben der NATO-Mitgliedschaft, keine gleichberechtigte russische Sprache u.a. – ablehnte. Die sich immer wieder in die von Trump organisierten Verhandlungen hineindrängenden west-europäischen Leader brachten eigene „Friedensvorschläge“ ins Spiel, die aber in Wirklichkeit

noch unrealistischer als die von Trump mit Selenskyj waren. Damit soll suggeriert werden, daß sie von einem Sieg über die Atomsupermacht Rußlands ausgehen und nur noch etwas Zeit brauchen, um diesen mit neuen westlichen Waffen, zusätzlichem NATO-Personal und viel Geld zu erreichen. Insbesondere Deutschland torpedierte die Friedensverhandlungen, indem es nach Merz-Zusagen ca. 100 „Taurus“-Raketen – angeblich auf geheimen und verlustgeschützten Wegen – in die Ukraine brachte. Viele von ihnen erreichten ihre Einsatzorte nicht, denn sie sollten auf den Transportrouten an die rumänischen, russischen und polnischen Grenzen angeliefert und von dort gegen fernere Ziele (bis 700 km) in Rußland eingesetzt werden, was aber nicht stattfand, da sie durch die gut vorbereiteten Streitkräfte Rußlands (RF SK) mit deren Hyperschall- und ballistischen Raketen-Komplexen außer Funktion gebracht wurden. Vier der übriggebliebenen und zu kriegsentscheidenden Wunderwaffen hochgejubelten „Taurus“-Marschflugkörper wurden gegen die für die RF

(Russische Föderation) als „prestigeträchtiges“ Ziel angesehene Krimbrücke eingesetzt. Letztere wurde durch die neuen luftkosmischen Verteidigungskomplexe der RF großer Reichweite S-500 und durch die hochmodernisierten LV-Komplexe geringer Reichweite „Panzir“ mit deren unwahrscheinlichen neuen militärtechnischen Fähigkeiten vom völlig überraschten Gegner vom Himmel geholt. Ähnlich handelten die US-Amerikaner mit ihren ATACMS u. a. Typen, die Briten und die Franzosen mit ihren massenhaft gelieferten und bereits häufig gegen Rußland eingesetzten

kann, und die drohende Loslösung der Ukraine vom Schwarzen Meer legen das Ende von Selenskyjs Präsidentschaft nahe. Auch die Nichteinhaltung der vielen von ihm gemachten Versprechen sowie die Vernichtung oder das Wegsperren der Opposition, die energetische Ablehnung von Wahlen, aber auch die Korruption des Regimes (über 100 Milliarden Finanzhilfe an die Ukraine sollen verschwunden sein) dürften die Ablösung des bereits nicht mehr bestätigten Präsidenten beschleunigen, was ein immer größerer Teil der Bevölkerung auf der Straße einfordert. Es gibt klare Anzeichen dafür, daß die USA

und einige führende europäische Partner in der Ukraine einen Führungswechsel anstreben. Dafür sprechen der Rückzug der USA aus dem Hauptteil der früher geleisteten US-Militär- und Finanzhilfe, der Rausschmiss Selenskyjs durch Trump aus den Verhandlungen in Florida, die militärische Erfolglosigkeit der ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK), die durchgeföhrten, aber meist nur eingeschränkt wirksamen, Terrorangriffe auf für den Staat wertvolle Ziele in der RF (die Residenz Putins eingeschlossen), aber auch der „Ungehorsam“ Selenskyjs gegenüber den USA und das verletzende Lügen, Intrigieren und Erpressen der Ukraineunterstützer,

sind klare Anzeichen dafür, daß die Tage Selenskyjs gezählt sein dürfen. Zu betonen ist allerdings, daß die Bereitstellung von Leistungen der US-Geheimdienste und von satellitengestützten Daten für die in der Ukraine handelnden ukrainischen und NATO-Truppen erhalten bleiben, da sonst der Krieg schon lange beendet wäre.

Reaktionen der RF auf die Bedrohungen durch Ukraine und NATO

Rußland reagiert im Rahmen der auslaufenden russischen Spezialoperation auf die unrealistischen „Friedensvorschläge“ der europäischen Partner mit veränderter Taktik innerhalb der militärischen Schwerpunkte Odessa, Saporischschija, Sumy, Charkow sowie Kupjansk, Pokrowsk u. a. Als sehr erfolgreiche Kampfformen- und -mittel der RF haben sich Kessel und Halbkessel erwiesen sowie der Einsatz von Überlegenheitswaffen: selbstlenkende Gleitbomben, modernste Geran-Drohnen, Hyperschall (Oreschnik-, Kinschal-, Zirkon-Raketen) und ballistische (Iskander-M) Raketen, aber auch von Mitteln des elektronischen



Startfahrzeug für S-500-Flugabwehraketten. Zum Schutz der Brücke von Kertsch wurde 2024 ein S-500-System auf der Krim stationiert.

weitreichenden Waffen-Systemen „Storm Shadow“ sowie „Skalp“-Waffensystemen, die aber in Fragen der Feuerleitung und des Waffeneinsatzes nur von den NATO-Partnern bedient werden durften, kamen aber zu 80 % nicht in die Nähe der Front. Mit der Entscheidung, all diese Waffensysteme in die Ukraine zu liefern und sie gegen Rußland einzusetzen zu wollen, demonstrieren NATO und die USA, daß sie für die Fortsetzung des Ukraine-Konflikts und nicht für den Frieden eintreten.

Selenskyjs letzte Zuckungen

Die unvorstellbaren Verluste an Personal und Material über die letzten zwei Jahre (der Schweizer Militär- und Geheimdienstexperte J. Baut beziffert die westlichen Totalverluste mit über zwei Millionen Ukrainern, NATO-Soldaten und Söldnern aus der ganzen Welt), die Vernichtung von über 80 % der angelieferten westlichen Waffen, die Zerstörungen der Wirtschaft, der kritischen Infrastruktur und der Energiesysteme (60–70 %), der Verlust von nun bereits weit über 20 % des Territoriums, welcher noch größer werden

Kampfes (Alabuga u.a.). Damit gelang es nicht nur, einen Kessel nach dem anderen „aufzulösen“, sondern auch die jahrelang ausgebauten und verstärkten Festungen sowie Verteidigungslinien unbrauchbar zu machen und die Fläche der eroberten Territorien bedeutend zu vergrößern.

Die Kämpfe in und um Kupjansk haben sich durch die dorthin in Marsch gesetzten Interventionsstreitkräfte der NATO (Polen 15 000, USA und Rumänien je 10 000, Frankreich 8000, GB 7000 und durch die Ukraine 15 000 Mann) verschärft. Bei dieser Operation wurden durch die „Standard“-Ausrüstung der RF in den ersten 24 Stunden bis 1200 Soldaten der Westlichen getötet, bis 3000 verwundet und bis zu 500 Stück an Militärtechnik zerstört. Die RF setzte sich neue Ziele, die in der Befreiung von 10 und neuerdings sogar von 12 Gebieten, statt bisher vier, die in die RF aufgenommen werden sollen, bestehen, so Putin Anfang Januar.

Die SK der RF machten nach der Veränderung ihrer Strategie keinen Halt mehr vor der Vernichtung der energetischen und kritischen Infrastruktur in der Ukraine, aber auch nicht vor den Anlieferbasen und -trassen in Polen, der Slowakei und Rumänien. So sollen z.B. alle Hafenanlagen rund um Odessa und an der Donau sowie NATO-Basen in allen Regionen der Ukraine, darunter auch geheime sowie ausländische Stützpunkte der NATO und der USA mit Kinschal-, Zirkon- und Kalibra-Raketen funktionsunfähig gemacht worden sein. Bei diesen Operationen soll es viele der dort dienenden NATO-Führungsoffiziere, Waffenspezialisten, Spezialtruppen und westliche Söldner getroffen haben. Über diese Fakten will man durch den Transport von Schwerverletzten in die Krankenhäuser von beteiligten NATO-Staaten erfahren haben.

Neueste Beispiele:

- In der Berichterstattung von Youtube vom 16. bis 20.1. gab es die Information über einen Angriff auf den von Deutschland nach Kiew auf den Weg gebrachten Zug mit 100 überarbeiteten Leopard A2 6 in der ersten Dekade Januar (Kostenpunkt ca. 1 Milliarde Euro), der bei voller Fahrt auf polnischen Lieferrassen mit weitreichenden Kalibra-Raketen vernichtet worden sein soll. Die Zieldaten dafür sollen die Spezialisten der Streitkräfte der RF dabei von der modernisierten kosmischen Aufklärung erhalten haben. Dazu soll es nicht nur Proteste von Rumänien und Polen in den NATO-Gremien gegeben haben, sondern auch die Forderung beider Länder, den Artikel V des NATO-Vertrages anzuwenden, was aber von den anderen NATO-Mitgliedern nicht mitgetragen wurde.
- Der russischen Armee ist es gelungen, Odessa trotz der militärischen Unterstützung der ukrainischen Verteidiger aus Frankreich und GB von der Außenwelt zu isolieren und die Abtrennung des Landes vom Schwarzen Meer einzuleiten.

- Putin bestätigte offiziell den Austritt der RF aus dem 2+4-Vertrag, da dieser von Deutschland durch Rußland als nicht erfüllt angesehen wird. Die den Deutschen auferlegte Friedenspflicht wurde, wie es der Ukraine-Konflikt beweist, durch aggressive Handlungen mehrfach schwer verletzt. Angriffswaffen wurden trotz vertraglichen Verbots (Panzer und Raketen) in das Konfliktgebiet Ukraine geliefert und dort gegen Dritte eingesetzt (Taurus auf die Krim). Ostdeutschland sollte NATO-frei sein, weil es so vertraglich vereinbart war. Es geht aber auch um Probleme, die mit Reparationsleistungen und Militärbasen (nach dem Beispiel USA und GB in Deutschland) im Zusammenhang stehen.
- Seit neuestem sind von Bundeskanzler Merz Töne zu hören, die überraschen. Auf dem Neujahrsempfang der IHK am 14. Januar in Halle sagte er, daß man im Verhältnis zu Rußland von der Konfrontation wegkommen und hin zu normalen Beziehungen kommen müsse. Das ist eine um 180 Grad vollzogene Wende, die offensichtlich von der drastisch veränderten Lage diktiert wird. Ähnliche Signale kommen aus Frankreich und Italien. Ohne Rußland könne es keinen Frieden in Europa geben, denn der Weg dahin gehe nur über Putin, ist zu hören. Die Verhandlungen über die Bedingungen, die sich aus dem aufgekündigten 2+4-Vertrag ergeben werden, könnten Deutschland auf den Weg in eine wirklich friedliche Entwicklung bringen.
- Der am 8.1.2026 erfolgte zweite Einsatz einer modernisierten Mittelstreckenrakete „Oreschnik“ ohne ihre 36 selbstgelenkten Gefechtsblöcke, nur mit kinetischer Energie, 70 km vor der polnischen Grenze, wurde nach der Festsetzung eines russischen Tankers im offenen Atlantik durch die USA zu einem Signal der Russischen Föderation an die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Verbündeten. US-amerikanisches Eigentum und solches der EU sowie der Ukraine sind nicht nur in ihren Ländern nicht mehr sicher, sondern überall, auch dort nicht, wo deren Streitkräfte mit ihren jetzigen Waffen stehen (Militärbasen), weil dieser Raketentyp derzeit nicht und auch nicht in absehbarer Zeit durch die NATO- und US-Abwehrsysteme abgefangen werden kann. Übrigens sei vermerkt, daß das angeflogene Hauptziel nicht, wie in der westlichen Propaganda verkündet, der größte Gasspeicher der Ukraine war, sondern ein Flugzeug-Reparaturwerk, welches auch tatsächlich vollständig vernichtet wurde.
- Als Beispiel für die dargelegten Fakten kann ein US-Ölverarbeitungsbetrieb mit einem Wert von 2 Milliarden Dollar in Kriwoi-Rog dienen, der lt. Youtube am 8. Januar zerstört worden sein soll.
- Mehrfach wurde bisher über die Zerstörung der Lieferkanäle des Westens, darunter auch der von den USA bisher genutzte

Karpatentunnel, berichtet. Bei der letzten Operation der RF zur Außerkraftsetzung des Tunnels sollen mit einem Schlag acht neue Patriot-Blöcke vernichtet worden sein.

Wichtiges vom Gefechtsfeld

Die SK der Ukraine sollen durch ihre Verstärkung mittels NATO-Soldaten und Söldnern aus aller Welt eine Million Mann betragen, darunter große Teile schlecht ausgebildeter und ausgerüsteter sowie zum Dienst gezwungener Rekruten. Die RF soll in der Ukraine nur ca. 700 000 gut vorbereitete Soldaten, darunter 30 000 Koreaner aus der DVRK und 5 000 aus Kuba einsetzen können. Dennoch nehmen ihre Bodengewinne sowie die Anzahl der Desertationen der Ukrainer nach Meinung der westlichen Militärexerten J. Baud und S. Ritter zu.

Trotz der Verstärkung der eingesetzten ukrainischen Truppen mit NATO-Einheiten erweitern sich die Möglichkeiten der RF für Durchbrüche in die Tiefe bei Pokrowsk und Kupjansk, neuerdings auch in die Richtungen Kiew, Charkow, Odessa und Saporischtschija. Die SK der RF vernichteten nun schon zum wiederholten Male mit ihren immer moderneren Luftangriffsmitteln quasi die gesamte Luftverteidigung der Ukraine. So wurden in den letzten Jahren mehr als 20 „Patriot“-Basis-Blöcke (für je eine Milliarde Dollar) und weitere NATO-Luftabwehrkomplexe sowie F-16-Kampfflugzeuge durch modernisierte und massenhaft eingesetzte Geran-Drohnen, durch Iskander M- und Hyperschall-Raketen, Kinschal- und Zirkon-Raketen vernichtet oder funktionsunfähig gemacht. Zum Einsatz kamen auch neueste Mittel des funk-elektronischen Kampfes, wodurch sich die Bewegungsfreiheit der SK der RF auf dem Gefechtsfeld im Rahmen der laufenden Offensive Rußlands bedeutend erhöhte. Wenngleich die SK der RF durch ihre modernen Waffensysteme die Überlegenheit auf dem ukrainischen Territorium demonstrieren, geben die SK der Ukraine die Verteidigung des Landes noch nicht vollständig auf, da der Westen weiterhin große Mengen an Waffen liefert und auch mit immer mehr Personal bei Odessa (Franzosen und Briten), bei Charkow (Polen, Briten u.a.) einsteigt. Doch die Verluste sind so hoch, daß die politischen Führer ihre Absichten an die politische Realität werden anpassen müssen.

Ausblick

Einerseits scheint es, daß der Krieg bis zum letzten Ukrainer und dem Einsatz einer bedeutenden Anzahl von US-Amerikanern und EU-Europäern sowie von Russen weitergeht, bis eine der Seiten des Konfliktes ihre Ressourcen verschlissen hat.

Andererseits zeichnet sich ein kleines Fenster für eine Friedenslösung und eine neue Sicherheitsordnung ab. Auf die Nutzung dieser Chance sollten sich alle Friedensbewegten konzentrieren.

Rechtsextreme in der Ukraine

Der Krieg hat der extremen Rechten in der Ukraine eine goldene Ära beschert. Akuter Personalmangel – insbesondere im vierten Kriegsjahr – hat rechtsextreme Formationen an die Spitze der Front gegen Rußland gebracht. Einst an den politischen Rand gedrängt und verwurzelt in Fußball-Hooliganismus, subkulturellen Jugendmilieus und halbkriminellen Netzwerken, wurden sie zu Nationalhelden und „Verteidigern Europas“ stilisiert. Unter dem Deckmantel militärischer Notwendigkeit erhielten sie weitreichende Freiheiten: die Aufstellung eigener Kampfeinheiten, Zugang zu modernen NATO-Waffensystemen sowie Ausbildung an westlichen Militärstandorten. Personen, die früher als untragbar galten, werden heute als Redner von renommierten westlichen Universitäten und Thinktanks empfangen. Diese Entwicklung vollzog sich nicht von selbst. Sie wurde durch eine systematische Beschönigung ermöglicht – betrieben von Politikern, Journalisten, Intellektuellen und Aktivisten, die bereit waren, unbequeme Tatsachen zu verschweigen. Ein Beispiel ist der Gebrauch von NS- und Haßsymbolen in ukrainischen Militäreinheiten. Obwohl sowohl die

Ukraine als auch Deutschland NS-Symbolik offiziell unter Strafe stellen, hat eine Untergruppe der 3. Sturmbrigade – gegründet von Asow-Veteranen – eine modifizierte Version des Abzeichens der berüchtigten SS-Sondereinheit Dirlewanger übernommen.

Auch SS-Runen, Reichsadler und keltische Kreuze haben eine Hochphase im ukrainischen Militär.

Noch verstörender als die Symbolik ist die Ideologie der etablierten extremen Rechten in der Ukraine. Sie wurzelt in der Verherrlichung von OUN und UPA – Organisationen, die in den Holocaust, die ethnischen Säuberungen an Polen im Zweiten Weltkrieg sowie in politischen Terror verwickelt waren. In Asow-nahen Jugendzentren wie „Centuria“ werden Stepan Bandera und Roman Schuchewytsch als moralische und politische Vorbilder verehrt.

Die Asow-Bewegung, die bestorganisierte und einflußreichste rechtsextreme Kraft des Landes, propagiert offen ein autoritäres Weltbild: Führerkult und Gewaltverherrlichung, Ablehnung der Demokratie, rassischer und ethnischer Nationalismus, Antisemitismus, Anti-Islamismus und

Homophobie. Ihre Ideologen äußern offene Verachtung für Europa, das sie als dekadent, schwach und degeneriert darstellen – zu tolerant, zu hedonistisch und zu fixiert auf Menschenrechte. Migration gilt als zivilisatorischer Selbstmord, der zur „Islamisierung Europas“ und zum Aussterben der „weißen Bevölkerung“ führe. (...) Die Europäer würden die russische Bedrohung erkennen, an Kompromissen mit dem Kreml festhalten und die Ukraine durch verspätete Waffenlieferungen, unzureichende Finanzierung und wirkungslose Sanktionen sabotieren. (...) Und Niederlagen verlangen Schuldige. Die im Krieg geschürte Wut könnte sich leicht gegen Europa richten. Europäische Eliten sollten sich daher einer unbequemen Realität stellen: Wie läßt sich verhindern, selbst zum Ziel jener Kräfte zu werden, die man bewaffnet, ausgebildet, legitimiert und finanziert hat? Die Geschichte liefert eine düstere Warnung. Die heute gefeierten „Freiheitskämpfer“ könnten morgen als „Terroristen“ zurückkehren.

Redaktionell gekürzt

Quelle: www.berliner-zeitung.de

Deutschland 2026 – Ein Wiederholungstäter?

„Deutschland ist wieder zurück auf der internationalen Bühne“ ist die frohe Botschaft von Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner jüngsten Regierungserklärung. Wer auf der Bühne mitspielt, muß bühnenreif sein. Ist Deutschland „bühnenreif“? Im Allgemeinen ist „bühnenreif“, wer hohe Qualität mit positiver Ausstrahlung liefert. Global gesehen hieße das, Deutschland müßte das Beispiel eines friedlichen, demokratischen und sozialen Landes geben. Trifft das auf das Deutschland des Jahres 2025/26 zu? Und was heißt „wieder zurück“? In der jüngeren Geschichte kann man von einem bühnenreifen Land Deutschland, das Gutes in die Welt ausstrahlt, nicht sprechen. Solange zwei deutsche Staaten bestanden, hat die Bundesrepublik als Fortsetzung des Deutschen Reiches mit reaktionären und faschistischen Staaten und als NATO-Mitglied paktiert, im Kalten Krieg und in heißen Konflikten. Und es hat alles getan, um das friedliche Deutschland, die DDR, zu schädigen und zu beseitigen. Und nach 1990 nachträglich zu delegitimieren. Und wie verbrecherisch das Deutschland des 20. Jahrhunderts auf der Weltbühne agiert hat, sollte allen bekannt sein. Mit der Hauptschuld an zwei Weltkriegen, mehr als 100 Millionen Toten, Elend und Zerstörung. Mit dem „Zurück“ hat Merz allerdings recht. Die Politik der Gegenwart und die Absichten

und Ziele des staatlich vereinten Deutschlands wecken Erinnerungen an das Deutschland des vorigen Jahrhunderts, vor allem der 30er Jahre. Die von Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ und die „Staatsräson“ bedeuten ein Zurück in die Vergangenheit. Und die neuen Machthaber unter Merz beschleunigen das noch. Das gesamte öffentliche Leben wird auf Krieg getrimmt. Kein Bereich bleibt ausgespart. Unbegrenzte Mittel stehen dafür zur Verfügung, hunderte Milliarden von EURO. Rüstungsindustrie und Rüstungsexport boomen, werden zur „Jobmaschine“. „Die Trennung zwischen Rüstungs- und ziviler Industrie macht keinen Sinn“, meint Kriegsminister Pistorius. Wahrheit läßt sich so besonders gut verschleiern.

Die Militarisierung schreitet in deutschem Eittempo voran. Die Bundeswehr soll stärkste Armee Europas werden. Und die Heimatfront aus Jung und Alt wird zum sicheren Hinterland aufgebaut. Die Bevölkerung wird zur Kriegstüchtigkeit dressiert, um siegfähig zu sein. Ein Teil hat sich schon dem Kriegstauz hingeggeben. Für Geld, Posten, scheinbare Sicherheit, auch aus Angst vor persönlichen und beruflichen Nachteilen. Wer nicht spurt, wird diszipliniert und bestraft. Recht und Rechtsstaat sind zunehmend völliger Willkür unterworfen. Es wird gemeinsam mit der reaktionären EU sanktioniert. Und das Wichtigste aus der Vergangenheit: Rußland

ist wieder der Feind. Der deutsche Imperialismus setzt zum wiederholten Versuch an, den Nachbarn im Osten zu vernichten. Dieses Mal nicht in einem Zweifrontenkrieg, sondern zusammen mit westlichen NATO-Spießgesellen. Natürlich sind Argumente und Methoden der Zeit angepaßt. Neue Medien, Elektronik und Technik sowie Globalisierung ermöglichen nicht nur veränderte Kriegsführung, sie erleichtern auch massenhafte Beeinflussung, sprich Verdummung der Menschen. Soll dies die Aussicht auf das gerade begonnene Jahr 2026 sein? Die Perspektive für die Zukunft? Die Bühne, auf der Deutschland agieren will?

Das darf und kann nicht sein.

Wesentlicher Bestandteil der verfassungsmäßigen Ordnung im Grundgesetz ist das Friedensgebot. Die Deutschen Machthaber verletzen es entgegen ihrem Amtseid in schwerwiegender Weise. Dagegen ist Widerstand geboten, auch in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz (Art. 20). Laßt uns danach handeln. Um eine Wiederholung der Verbrechen des vorigen Jahrhunderts mit noch schlimmeren Folgen zu verhindern.

Hans Bauer

Aus: *grh Mitteilungen* 1/26

Hans Bauer ist Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.

Das Brüsseler Panoptikum

Nicht, daß die Brüsseler EU-Zentrale jeden Zirkus übertrifft, nein, sie hat auch mit von der Leyen und Kaja Kallas auch ausgemachte Clowns an der Spitze, gefolgt von hörigen und gut bezahlten Höflingen aus den Herkunfts ländern, die man von dort nach Brüssel entsorgt hat. Die EU war einst geschaffen, um unter Berücksichtigung der Souveränität der Mitgliedsstaaten gemeinsam Dinge zu tun, die den Völkern zugutekommen sollten. Daraus ist inzwischen ein finanzmittelfressendes, kriegstreiberisches und die Völker knechtendes Konstrukt geworden, das sich jeden Tag selbst mehr in Frage stellt. Die Kriegsbesessenheit der EU kennt keine Grenzen. Wieso und warum können deren Hilfspolitiker in ihren Mitgliedstaaten bar jeden gesunden Menschenverstands zuungunsten ihrer Bevölkerung der Rüstungsindustrie hunderte Milliarden Euro in den Rachen werfen? Die Zurverfügungstellung von 90 Mrd. Euro „Hilfen“ aus EU-Mitteln für die Ukraine, während dem eigenen Volk die Daumenschrauben ange setzt werden, sind der Gipfel von eiskaltem Machtkalkül um jeden Preis. Es geht nicht um Frieden oder Demokratiehalt, sondern um maximales Gewinn- und Renditestreben. Deutschland spielt hierbei eine Vorreiterrolle. Warum erkennen das so viele nicht? Weil westlich der Elbe die Ursachen für den 2. Weltkrieg nicht beseitigt wurden. Die Slawen- und Russophobie wurde nach 1945 unterbrechunglos bis in die Gegenwart der BRD weitergeführt.

Es ist nicht die angebliche Bedrohung Rußlands, sondern es sind die zyklischen Krisen des Kapitalismus, die seit Bestehen dieser Gesellschaftsordnung regelmäßig auftreten. Kapitalgetriebene maßlose, schuldenbasierte und renditeorientierte

Überproduktion führt zu Konsumtions- und Absatzproblemen, ergo, zu sich verschlechternden Kapitalverwertungs bedingungen. Daraus entsteht für das Kapital, z.B. Black Rock und Vanguard, die Frage, wo und wofür soll man renditeorientiert investieren? In Ländern, in denen der Westen seinen Einfluß zusehends verliert, in Ländern, auf die sie keinen direkten Zugriff haben und die mit Sanktionen belegt wurden? Es bleibt demzufolge nur die kriegerische Inbesitznahme von ihnen nicht gehörenden Reichtümern in der Ukraine, Syrien, Venezuela etc., zur Erhaltung und Ausdehnung des eigenen Machtbereiches. Expansion ist die Triebkraft des Kapitals. Erst wenn auf der Erde genügend Tod und Verwüstung geschaffen wird, ist es zufrieden, weil sich ungeahnte Investitionsmöglichkeiten unter seiner Herrschaft ergeben.

So war und ist der Gang der Geschichte des Kapitalismus. Es ist immer das gleiche trügerische Spiel. Zuerst schafft man mit den staatlich gelenkten NGO Unruhen in den ins Blickfeld des Westens geratenen Ländern, um dann Regierungen unter Druck zu setzen oder nötigenfalls zu stürzen, wie gegenwärtig im Iran.

Oder es werden andere fiktive Gründe erdacht, um eigene aggressive Handlungen zu begründen, siehe Venezuela. Die USA entführen in einer Nacht- und Nebelaktion einfach mal den Präsidenten eines souveränen Staates und bezichtigen ihn krimineller Handlungen. Eine Lüge neben der anderen – und dieser US-Präsident will den Friedensnobelpreis umgehängt bekommen. Der Friedensnobelpreis ist bereits nach seiner Vergabe an Obama zur Farce geworden. Sollte Trump diesen Preis tatsächlich erhalten, sollte sich das Vergabegremium in Oslo schämen.

Warum sollte sich Maduro mit dem Handel von Rauschgiften beschäftigen? Das gilt, wie bewiesen, für die CIA. Maduro hatte wahrlich genug damit zu tun, um die Auswirkungen der niederträchtigen Sanktionen für die Bevölkerung abzuschwächen und erträglich zu machen. Das, was die USA sich leisten, ist finstres Banditentum. Sie haben sich damit vollends vor den Ländern und Völkern der Welt demaskiert. Solche Aktionen können auch andere Länder betreffen, sofern sie von den USA als Einflußbereich auserkoren wurden. Für die USA gelten keine Gesetze, die sie nicht selbst gemacht haben. Allein die Stärke ist entscheidend. Die BRICS-Staaten sollten sich nicht auf das Geschwätz des Westens verlassen. Wo bleibt der Aufschrei der EU, die doch Menschenrechte, Freiheit und Demokratie auf einem Tablett der Welt servieren? EUweites Schweigen lässt grüßen. Wenn es um die Ukraine und die Politik von Trump geht, unterstellt man dem US-Präsidenten eine Zusammenarbeit mit dem Kreml, gleichzeitig traut man sich nicht, seine gegenwärtigen Handlungen in Venezuela zu verurteilen. Doppelbödigkeit und reden mit gespaltener Zunge ist das Hauptmerkmal westlicher Politik. Welch ein himmelschreiender Wiedersinn! In Zeiten des kalten Krieges wahrte der Westen zumindest halbwegs Etikette. Dieser Mantel wurde nun für alle Welt ersichtlich abgelegt, ein Zeichen dafür, daß der Westen seinen Niedergang fühlt, aber nicht zugeben möchte. Die UNO schweigt ebenso. Es wird noch Jahrzehnte und mehr dauern, bis die Völker diese Verlogenheit des Westens erkennen, sofern sie dank grenzenloser Verdummung und Manipulation mittels KI dazu noch in der Lage sind.

Reiner Neubert



Ursula von der Leyen und Kaja Kalas ...

FERSENGELD-EMPFREHLUNG

Dem Sensenmann auf und davon,
So schön auch Englein sangen.
Egal ob Sprint, ob Marathon,
Gewitternacht am Rubikon,
Gefahr, falls mitgegangen.

Dass Deutschland stets dabei sein muss -
Es ist ein altes Leiden
Mit Garantie zum Weltverdruss -
Ein Lob darum der alten Nuss,
Konflikte zu vermeiden.

Lutz Jahoda

Finanzkrach voraus?

Rainer Rupp hat in einem Onlinekommentar im Dezember 2025*) darauf hingewiesen, daß das Frühwarnsystem der Finanzmärkte seit einiger Zeit eine äußerst bedrohliche Situation signalisiert. Um zu verdeutlichen, wie ernst das ganze ist, erinnerte er an das Alarmsystem im mittelalterlichen Bergbau. Damals nahmen die Bergleute Vögel mit in den Schacht. Solange die sangen, war alles in Ordnung. Hörten sie plötzlich damit auf, war die Gaskonzentration im Stollen so hoch, daß man sofort hinaus mußte, sollte einem nicht das ganze Bergwerk um die Ohren fliegen. Die Bergleute reagierten dann sofort.

Der Finanzmarkt heute tut weitgehend weiter so, als gäbe es die Sirenen töne nicht, die aus dem sogenannten Repo-Markt bereits gellend erschallen. Auf dem Repo-Markt leihen sich die Banken kurzfristig gegenseitig Geld. Das erleichtert ihnen die fristgerechte Begleichung von Verbindlichkeiten in Momenten enorm, in denen sie gerade selbst nicht richtig flüssig sind. Das passiert bei der geringen Eigenkapitalquote, über die meisten Banken weltweit verfügen, relativ oft. Es ist schon seit langem nicht mehr so, daß Banken erst Geld bei ihren Anlegern einsammeln, bevor sie welches verleihen. Man hat sich in diesem Geschäft darauf spezialisiert, auch Geld zu verleihen, über das man gar nicht verfügt. Dieses hochgefährliche Verfahren nennt sich Geldschöpfung.**) Müssen nun Banken kurzfristig Zahlungen leisten, für die sie gerade kein Geld haben, nehmen sie nicht etwa einen der umständlich zu erlangenden normalen Kredite auf, sondern sie können sich das Geld quasi über Nacht bei einer anderen Bank leihen. Als Sicherheit überschreiben sie (ebenfalls nur über Nacht) etwas Wertvolles von jenen Wertpapieren, die bei ihnen lagern. Ziemlich oft handelt es sich dabei um Anteile an „sicheren“ Staatsanleihen. Am nächsten Tag können sie diese Papiere dann unkompliziert, natürlich für einen leicht höheren Preis zurückkaufen. So sichern sich die Banken gegenseitig jene Liquidität, die bei fortlaufenden Geldgeschäften immer vorhanden sein muß. Stockt die Liquidität der Banken, dann stottert sofort der ganze Finanzmarkt. Kein Wunder also, daß der Repo-Markt als das Frühwarnsystem des Finanzmarktes gilt. Wenn hier etwas nicht mehr rundläuft – zum Beispiel, wenn Banken einander mißtrauen und plötzlich höhere Zinsen als sonst verlangen oder gar kein Geld mehr verleihen –, signalisiert das größere Probleme in der Finanzwirtschaft und der Wirtschaft im allgemeinen.

Genau das aber passiert seit einigen Monaten auf dem Repo-Markt. Geldgeber wie Fonds sind vorsichtig und fordern höhere Zinsen, weil sie Risiken wittern. Deshalb umgehen

aktuell auch US-Großbanken, die direkten Zugang zur US-Zentralbank haben, den Repo-Markt und greifen immer öfter auf deren Notfallkredite zurück – ein klares Zeichen für wachsendes Mißtrauen in den Repo-Markt. Da auf dem Repo-Markt heute am Tag bis zu 12 Billionen Dollar Geld hin und her wechseln, wären die Erschütterungen unermeßlich groß, die dort ausgelöst werden können. Warum aber wittern die großen Geldhäuser so deutlich eine herannahende Gefahr? Eine Gefahr, die wohl noch deutlich größer sein würde, als während der verheerenden Banken Krisen von 2007/2008 oder 2019/2020, als die Nationalstaaten den totalen Zusammenbruch des Bankensystems gerade so mit Ach und Krach noch abwenden konnten. Die Sache ist die, daß die bisher so hoch geschätzten US-Staatsanleihen von den Finanzkreisen als immer risikoreicher eingestuft werden. Wie 2007 bei den Immobilienkrediten in den USA könnten sie sich nämlich auch vorwiegend als Ansammlung heißer Luft entpuppen. Die USA haben sich über die Jahrzehnte daran gewöhnt, über ihre Verhältnisse zu leben. Das hat stets riesige Defizite im Staatshaushalt produziert, die mit immer neuen Schuldanleihen mühsam gestopft wurden. Nicht zu unrecht gehen viele Banker davon aus, daß diese Anleihepapiere sich eines guten Tages als genauso faul erweisen könnten, wie die wertlosen Immobilienpakte, die die Bankenkrise 2007/2008 ausgelöst hatten. Der Economist spricht bereits davon, daß sich der US-Haushalt in einem desaströsen Zustand befindet. Im nächsten Jahr müßte die Regierung eigentlich Schulden in Höhe von rund 9 Billionen Dollar tilgen. Das ist eine Summe von etwa einem Drittel des dann produzierten jährlichen Bruttoinlandsproduktes der USA, also einfach nicht ohne neue Schulden zu stemmen. Kein Wunder, daß bei solchen Zahlen die Märkte nervös werden. Schon im Jahr 2024 haben die USA allein für Zinszahlungen mehr Geld aufbringen müssen, als für ihren überaus aufgeblähten Militärhaushalt von fast einer Billion Dollar jährlich.

Bisher gelang es den USA immer, die entstehenden Löcher mit immer neuen Staatsanleihen zu stopfen. Aber der Markt signalisiert zunehmend, daß er denen immer weniger traut. Galten US-Staatsanleihen über viele Jahrzehnte als sichere Bank, gelten sie heute immer öfter als unsichere Kantonisten. Was aber passiert, wenn die Banken diese riesigen Mengen an Sicherheiten gegenseitig nicht mehr als sicher genug akzeptieren und der Repo-Markt urplötzlich völlig austrocknet? In der Bankenkrise 2007/2008 kostete dieses Phänomen sogar einen solchen Finanzgiganten wie Lehman Brothers seine Existenz, obwohl

die Staaten damals hunderte von Milliarden in die löchrige gewordenen Finanzsysteme der Welt gepumpt hatten.

Der plötzliche Rückgang der liquiden Finanzmittel führte auch 2019/2020 zu einer unerhörten Panik an den Finanzmärkten, die lediglich durch die Coronakrise etwas verdeckt wurde. Die Möglichkeiten, solche Krisen in Zukunft noch abwenden zu können, verringern sich weiter dramatisch: Die Haushalte der entscheidenden Industriestaaten des Westens sind bereits ausgenommen bis zum letzten, die Schuldverschreibungen der Staaten verlieren dramatisch an Akzeptanz und krisenhafte Prozesse verstärken die Ängste der Banker weiter. Daß der Wert eines Dollars gegenüber dem Gold seit Beginn des vergangenen Jahres um fast 36 Prozent gefallen ist und weiter fällt, signalisiert die enorme Größe der Gefahr. Keiner weiß, wann der große Krach kommt. Aber daß er kommen wird, ist so sicher wie das plötzliche Schweigen der Vögel in den Bergwerken das Anzeichen einer unausweichlichen Explosion war. Eingestürzte Bergwerke waren nie so große Katastrophen, wie es ein kollabierendes Finanzsystem im Kapitalismus. Bei dem bräche eine ganze Welt zusammen. Und eines ist klar: Die Wucht der Explosion würde vor allem diejenigen treffen, die daran völlig unschuldig sind: Die arbeitenden Menschen auf aller Welt.

Achim Seider

*) Rainer Rupp „Droht wieder Chaos im westlichen Finanzsystem?“, Onlinekommentar 13.12.2025

**) Zu diesem Thema gibt es einen gut recherchierten Bericht, der unter dem Titel „Oeconomia“ in der Mediathek der ARD abrufbar ist.

Frieden braucht den Plan - alternativlos communis -

Wär das Leben doch ein Fest,
Feste feiern übers Jahr!
Ob in Nord, Süd, Ost und West
Söllt es Arbeit sein sogar.

Arbeit, um sich gut zu rüsten
Ohne Waffen für den Frieden.
Nimmermehr von Kriegsgelüsten
Sei die Erde uns beschieden.

Liebe um des Nächsten Leben
Gäbe Sinn fürs Wohlergeh'n,
Hätt' die Menschheit Friedenswehn.

Die Geburt zum Glück erheben,
Sozialismus sei auf Erden
Mit dem Plan, sozial zu werden!

E.Rasmus

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, zum Kampf gegen Hochrüstung, US-Raketen und Wehrpflicht

Drei Aufgaben

Wut und Empörung über den dreckigen, völkerrechtswidrigen Überfall der USA auf Venezuela und die Verschleppung eines Staatsoberhaupts aus dem Territorium des von ihm regierten souveränen Staates. Kopfschütteln über Kanzler Merz, für den das Ganze zu komplex ist, um den Bruch des Völkerrechts auch so zu nennen. Unsere Wut treibt uns zum Handeln.

Es geht um Venezuela und sein Öl. Es geht auch um Kuba, das durch den US-Zugriff auf das venezolanische Öl in die Knie gezwungen werden soll. Es geht gegen Rußland und China und darum, der gesamten Welt zu demonstrieren, daß die USA den Verlust ihrer Hegemonie mit wirklich allen Mitteln verhindern wollen.

Die Merzsche „Komplexität“ hat nichts mit Beschränktheit zu tun. Sie entspringt dem Wissen, daß die Ambitionen des deutschen Imperialismus bei einem Hegemonieverlust von USA, G7 und NATO nicht zu verwirklichen sind. Deswegen folgt er dem Auftrag des dominierenden Teils des deutschen Monopolkapitals, den USA nicht auf die Füße zu treten. Unsere Aufgabe ist es, alles dafür zu tun, dem deutschen Imperialismus seinen derzeitigen Kriegskurs so schwer wie möglich zu machen. Im Jahr 2026 gibt es drei Schwerpunkte im Friedenskampf.

Das ist der Kampf gegen Hochrüstung. In diesem Jahr wird sie (ohne die EU-Milliarden für die Ukraine) weit über 100 Milliarden Euro verschlingen. Sie hat sich damit in zehn Jahren mehr als verdreifacht. Diese Hochrüstung ist überall sichtbar: in kaputter Infrastruktur, in einem kaputten Gesundheitswesen, in dem nur noch in Kriegstüchtigkeit investiert wird, in einem kaputten Bildungswesen, in dem die Vorbereitung zum Dienst als Kanonenfutter zentraler Inhalt ist. Wir müssen den Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Daseinsvorsorge und der Hochrüstung ins Bewusstsein der Menschen rücken. Gemeinsam mit der Friedensbewegung fragen wir: Wo bleiben die Milliarden?

Das ist der Kampf gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen, die in diesem Jahr beginnen soll. Es handelt sich um Erstschlagswaffen gegen Rußland. Wir kämpfen weiter gegen diese Raketen, wir sammeln weiter Unterschriften unter den Berliner Appell. Wir wissen, daß nicht nur der US-Luftwaffenstützpunkt in Büchel blockiert werden kann. Wenn Raketen stationiert werden, ist Widerstand Pflicht. Der Kampf gegen Mittelstreckenraketen wird sich über Jahre ziehen – auch weil weiter über die Entwicklung eigener Mittelstreckenraketen von

EU-Staaten inklusive Deutschland und deutsche Atomwaffen diskutiert wird.

Das ist der Kampf gegen die neue Wehrpflicht. In diesen Tagen werden Jugendliche die ersten Fragebogen zur „Wehrfassung“ erhalten. Der großartige Streiktag der Schülerinnen und Schüler am 5. Dezember war ein Mutmacher. Überall müssen wir jetzt helfen, daß der zweite bundesweite Streiktag am 5. März diesen Erfolg weiterentwickelt – hin zu einer antimilitaristischen Jugendbewegung.

Manchmal lähmen uns die Übermacht des Gegners und sein reaktionär-militaristischer Gesellschaftsumbau. Seine Übermacht ergibt sich aus der derzeit weitgehenden Integration der Arbeiterbewegung in seinen Kurs. Das ist aber zugleich seine Achillesferse. Es gilt, die guten Ansätze gewerkschaftlicher Friedensarbeit der letzten Jahre weiterzuentwickeln. Ein erster wichtiger Meilenstein ist die laufende Tarifrunde der Länder, denn hier liegt der Zusammenhang von Hochrüstung und Lüge von den leeren Kassen ganz offen auf dem Tisch.

2026 hat mit einem blutigen Schlag des Imperialismus begonnen. Tragen wir das Unsere bei zur Stärkung der antiimperialistischen Kräfte in aller Welt.

UZ, 9.1.2016

Bürgerlicher Parlamentarismus in der Krise

Der promovierte Jurist Maximilian Oehl hat unter anderem als Berater eines Bundestagsabgeordneten gearbeitet. So hatte er die Möglichkeit, die Arbeitsweise der Parlamentarier und Parteien von innen heraus kennenzulernen. Über seine Erfahrungen und Erlebnisse hat er dieses Buch geschrieben.

Schon in seinem Vorwort diagnostizierte er, daß es „der Patientin Demokratie“ nicht gutgeht. Dies liege daran, daß diese „Demokratie“ sich in den letzten 70 Jahren „viele ungesunde Gewohnheiten zugelegt“ habe, unter anderem glaubt sie selbst „nur noch bedingt an ihre eigenen Versprechen“. Die einfachen Abgeordneten dürfen nur abnicken, was von oben vorgelegt wird. In der parlamentarischen Arbeit seien sie „nur für ein paar wenige Themen als sogenannte Berichterstatter zuständig“. Die wichtigen Entscheidungskompetenzen haben der Fraktionsvorstand, die Minister und Staatssekretäre inne. Nach außen sei jedoch das parlamentarische Fußvolk gezwungen, Gesetze und Beschlüsse zu vertreten bzw. zu verteidigen, die es gar nicht ausgehandelt hat. Dazu kommt noch, daß die Abgeordneten unter Druck der Wirtschafts-Lobbyisten stünden, die die Parlamentarier entweder in

ihren Büros „besuchen“ oder in den Nächten – dem sogenannten Gala-Empfang – deren Vorschriften anhören dürfen. Zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern, vor allem den Menschen, die auf der Straße dafür protestieren, daß unser Planet auch für die künftigen Generationen bewohnbar bleibt, gebe es kaum oder gar keinen Kontakt. „Wenn die jetzt da draußen demonstrieren, was bringt mir das hier drinnen?“, sagten manche „Volksvertreter“ – eine Haltung, die der Autor „eine seltsame Mischung aus Abkoppelung und Resignation“ nennt.

Nach Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes gilt der Grundsatz des „freien Mandats“, und danach sollten die Abgeordneten „Vertreter des ganzen Volkes“ und an „Aufträge und Weisungen nicht gebunden“, sondern „nur ihrem Gewissen unterworfen“ seien. Aber bekanntlich ist Papier geduldig. Die Realität der parlamentarischen Arbeitsweise steht im Widerspruch zu den Buchstaben des Grundgesetzes. Die Parlamentarier stehen unter dem Kommando des „Fraktionszwangs“. Das Volk habe längst das Vertrauen in dieses System verloren. Nach einer Umfrage vom Herbst 2024 haben „nur 32 Prozent der Deutschen“ Vertrauen in diese politischen

Parteien. Politik wird in der Regel nur in kleinen Kreisen von fünf bis sechs Personen am Stammtisch, häufig abends spät zwischen 22 oder 23 Uhr, gemacht. Hier könne man einen echten Einblick in das Innenleben sowie die Machtstrukturen dieser Parteien, ihre „unsichtbaren Netzwerke und persönlichen Abhängigkeiten gewinnen“, meint Maximilian Oehl.

Um sich in den parlamentarisch politischen Strukturen zu etablieren, häufen die Abgeordneten regelrecht viele Ämter und Funktionen an, vom Stadtverordneten über Landtagsabgeordneten bis zum gut dotierten und prestigeträchtigen Bundestagmandat. Der Autor plädiert für eine lebendige, Zukunftsgerichteten Demokratie. Ob sie im Rahmen dieses Systems im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung umzustalten ist, sei dahingestellt. Eher haben wir es damit zu tun, daß das Versagen der systemtragenden Parteien den Weg für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) an die Spitze der Regierung ebnet.

Matin Baraki

Maximilian Oehl: *brand new bundestag*, Goldmann-Verlag, München 2025, 192 S., 18 €.

Nicht euer Kanonenfutter

Manches Zukünftige steht fest. Ab Januar verschickt das Kriegsministerium Fragebögen an 18jährige Frauen und Männer; Männer müssen sie beantworten. Das Ministerium will wissen, ob sie kriegsdiensttauglich sind. Es handelt sich um Durchleuchtungsbriefe. Die sollen später nicht mehr nötig sein, dann wird ungefragt rekrutiert. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Thomas Röwekamp von der CDU, hat soeben erklärt, daß er noch im Laufe dieser Legislaturperiode dahin kommen will. Manchen geht es nie schnell genug, andere aufs Schlachtfeld zu schicken. Aber da Rußland „immer Feind“ bleibt, wie Johann Wadephul von der CDU sagte, bevor er Außenminister wurde, und sich als Minister daran hält, muß das sein. Das sehen nicht wenige, die sich von Geschichte und Geographie nicht beeindrucken lassen oder beides in der Schule unzureichend hatten, auch so. Zumal der Kanzler sie jüngst motivierte, gegen Rußland gehe es um Antifaschismus, weil Putin Hitler sei.

Das wird denen entgegengehalten, die nicht Kanonenfutter sein wollen: Sie begünstigen Faschismus. Faschisten sind nicht die in Kiew Mitregierenden, die zwar seit 1991 den Geburtstag des Schlächters von Juden, Polen, Russen und Kommunisten, Stepan Bandera, offiziell feiern, aber davon haben CDU, SPD und Grüne nie gehört. Die AfD ist noch mit Selbstverharmlosung befaßt. Sie will 2026 mindestens einen Ministerpräsidenten in einem der fünf Bundesländer stellen, in denen gewählt wird. Von den Zehntausenden jungen Leuten, die in der Bundesrepublik am 5. Dezember gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht protestierten, kannten vermutlich nur wenige das Gedicht von Peter Hacks aus dem Jahr 1990: „Diesem Vaterland nicht meine Knochen.“ Die Zeile ist aber die richtige Handlungsmaxime während des gesamten Jahres 2026. Wieder einmal. Auch wegen einer solchen Scheufligkeit wie der AfD, von deren Kommen einer wie Hacks bereits wußte. Keine BRD ohne Partei für

Faschisten. Hacks sprach nicht für den Weltgeist, wie er meinte, es reichte, daß er den deutschen Imperialismus kannte, den Weltkrieg und die Sofortwiederaufrüstung in der alten BRD, der Heimstatt alter, höherer Nazis und ihrer Sponsoren in Industrie und Bankwesen.

Die setzen mit der neuen Bundesregierung wieder auf Rüstung und rhetorisch schon immer auf Angriff. In der Praxis geübt haben sie ihn spätestens seit 1999 – Jugoslawien, Afghanistan, Nahost, Westafrika usw. Was anderes als Angriff soll „Kriegstüchtigkeit“ bedeuten? Angegriffen werden? Bei mehrfacher wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit? Die Antwort liefern sie selbst: Sie spielen mit dem Atomkrieg! Wenn 2026 neue US-Raketen hier stationiert werden, wovon Friedrich Merz jüngst noch ausging, ist klar, warum Kriegsfragebögen verschickt werden.

Arnold Schölzel

Aus: *junge Welt*, 31.12.2025

Über die Jugend und den Kampf gegen den Militarismus gestern und heute Liebknechts Erben

Einer der beiden Namensgeber für die große Antikriegsmanifestation der deutschen Linken am 11.1.2026 in Berlin ist Karl Liebknecht. Sein viel zu kurzes Leben und sein Werk haben in diesem Jahr aus vier miteinander verwobenen Gründen eine besondere Aktualität.

Zum einen hat er sein ganzes Wirken als Kampf gegen den seit den 1890er Jahren sichtbaren Militarismus und die Gefahr eines ganz Europa verschlingenden und die ganze Welt in seinen Strudel ziehenden Krieges gestaltet. Zum zweiten hat er dies – zum Beispiel 1904 auf einem SPD-Parteitag mit einer Rede zum Thema „Die Jugend und der Kampf gegen den Militarismus“ – mit dem Ziel verbunden, vor allem die Jugend zu gewinnen, sich diesem drohenden Krieg entgegenzustellen.

Zum dritten hat er diesen Kampf als junger Mann in der deutschen Sozialdemokratie begonnen, die – Ende des 19. Jahrhunderts noch von Karl Marx und Friedrich Engels wesentlich geprägt – für ihn Hoffnung zu bieten schien, diesen Kampf anzuführen. Als Reichstagsabgeordneter der SPD mußte er sich der für ihn – wie auch für Rosa Luxemburg – bitteren Einsicht beugen, daß diese Partei trotz verbaler Friedensbekenntnisse längst Teil der Kriegstreiber

geworden war. Einsam stimmte er als einziger im Reichstag gegen die Kriegskredite, ohne die das Morden nicht hätte beginnen können. Von der SPD-Führung an den Rand gedrängt und in die Schützengräben abkommandiert, trieb er die Bildung der Kommunistischen Partei Deutschlands voran. Dies verweist auf den vierten und vielleicht wichtigsten Aspekt seiner heutigen Aktualität. Einer der Gründe des damals notwendigen Bruchs mit der SPD war seine Erkenntnis, daß die Kriegs- und die Systemfrage zusammenrücken. Wer den Kapitalismus nicht überwinden will, wird dieser Welt keine dauerhafte Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben bieten können. Die Friedensfrage unter Vermeidung der Systemfrage zu beantworten ist entweder eine Lüge oder eine Illusion. Auch wegen seiner Unbeugsamkeit, beide Fragen miteinander zu verbinden, wurde er auf Befehl von Gustav Noske (SPD) am 15. Januar 1919 zusammen mit Rosa Luxemburg ermordet. Sein Vermächtnis aber bleibt gültig bis heute – wie der Aufsatz, den er 1906, acht Jahre vor dem großen Morden, in der „Jungen Garde“ unter der Überschrift „Gegen den Militarismus“ schrieb: „Die Stunde der Aushebung hat geschlagen. Bald kommt der Gestellungsbefehl und das Beste, was ... im deutschen

Volk gewachsen ist, muß sein Bündel schnüren und Eltern, Geschwister, Kollegen und Freunde, oft selbst Frau und Kind verlassen. Muß! Da gibt's kein Zerren und Sträuben; Gefängnismauern drohen dem Widerstreben. „Das Vaterland ruft! Erbärmlich, wer sich seinem Dienst nicht freudig weiht!“ So heißt es in den Schulen, so ruft es von den Kanzeln, so steht's in allen wohlanständigen und „angesehenen“ Büchern und Zeitungen.“ Auf die Straße also – im Sinne von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stehen heute und auch im Frühjahr hoffentlich zehntausende junger und auch älterer Menschen auf, um gegen die drohende Wehrpflicht zu kämpfen, die nur in einem dritten und dann wahrscheinlich letzten von Deutschland ausgehenden Völkergemetzel und Inferno enden kann. In diesem Kampf verbreitet sich dann hoffentlich auch die weitere Erkenntnis von Liebknecht aus demselben Artikel, die da lautet: „Das ist nicht euer Vaterland; das ist nicht das einzige deutsche Vaterland. Das ist nur die Vertretung einer Klasse des deutschen Volkes, die euch, seitdem ihr lebt ... feindlich ist bis aufs Blut, die euch ... ausbeutet und unterdrückt!“

Manfred Sohn

UZ, 9.1.2026

Ihr wollt Wehrpflicht? Zieht euch warm an!

Junge Leute setzten auf der 31. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz Akzente. Und sie stellten die Mehrheit der Teilnehmer

Die SDAJ hat an 40 Schulen gefragt: Was hältet Ihr von der Wehrpflicht? Das Ergebnis: 80 bis 90 Prozent der Schüler sind dagegen. Das berichtete Marco Blum, der die Organisation auf dem Jugendpodium der 31. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz vertrat, am 3. Januar in Berlin. Die Runde war sich einig: Der nächste Aktionstag gegen die Wehrpflicht am 5. März muß gemeinsam von linken Jugendorganisationen und Gewerkschaftern, aber auch mit Eltern und Großeltern vorbereitet werden, um den Erfolg des Schulstreiks vom 5. Dezember zu übertreffen. Marco riet den Herrschenden: „Zieht Euch warm an!“

Jubelnde Zustimmung im fast vollbesetzten Saal, der mit mehr als 2000 Plätzen neue Dimensionen hat. Erneut stellten Jüngere die Mehrheit der Zuhörer. Mehr als 3700

schafften es trotz Bahnchaos nach Berlin-Wilhelmsruh, rund 700 konnten ihre schon bezahlten Karten nicht verwenden – ein neuer Verkaufsrekord. Auch die rund 29 000, die das Geschehen am Bildschirm verfolgten, sind ein neuer Spitzenwert.

Der große Zuspruch hatte aktuelle Gründe – Solidarität mit Venezuela, mit Palästina, mit Kuba – und zeigte das Bedürfnis, Analysen, Argumente für Protest und Widerstand zu hören. Beides bestimmte diese Konferenz, die von der Sängerin und Schauspielerin Gina Pietsch moderiert wurde, und kulminierte am Nachmittag in der Manifestation „Solidarität mit den Opfern imperialistischer Raubzüge“. Und schon den Auftakt mit Manu Pineda (KP Spaniens): Die Einstufung Kubas als „Terrorstaat“ durch Trump ist eine neue Zäsur beim Versuch, die Revolution zu erwürgen. jW-Chefredakteur Nick Brauns teilt mit: Den Rosa-Luxemburg-Preis dieser Zeitung erhält am 11. April Aleida Guevara. Die folgende Ehrung für Rolf Becker ist

bestimmt von seinem Engagement für Lateinamerika. Zum Nachlesen empfohlen sei das Referat des Wirtschaftswissenschaftlers Jörg Goldberg über den Zusammenhang von Krise und Übergang zu allgemeiner Gewaltförmigkeit in den internationalen Beziehungen. Der Filmmacher Dror Dayan, der Jake Romm (USA) befragt, illustriert das mit seinen Berichten über Gaza und die Westbank. Pablo Iglesias per Video und Irene Zugasti Hervás (beide Spanien) untersuchen die Kriegsmedien. Die Gewerkschafterin Cinzia Della Porta (Italien) schildert, wie es Hafenarbeiter gelingt, Waffenlieferungen an Israel oder die Ukraine zu verhindern. UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese geißelt per Livevideo Israels Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung. Wer dabei war, hat Klarheit und Wärme für Protest und Widerstand getankt.

A.S.

junge Welt, 12.1.2026

Luxemburg-Liebknecht-Demonstration „Nie wieder kriegstüchtig!“

Mehr als zehntausend Teilnehmer auf der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration. Besonders die Jugend ist stark vertreten

Kein Kommunist wird je vergessen, wofür Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht standen. Tausende Demonstranten ließen sich deshalb am 11.1. in Berlin auch von Eis und Kälte nicht davon abbringen, der beiden Revolutionäre zu gedenken. Der in diesem Jahr vor allem in Opposition zur deutschen Hochrüstung und zur internationalen Kriegstreiberei begangene Protestmarsch erreichte trotz kleiner Nervvereien der Polizei die Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde, um dort rote Nelken niederzulegen.

Laut Demoleitung nahmen weit über zehntausend Protestierende am Gedenken teil, im Laufe des Tages dürften es am Friedhof noch deutlich mehr gewesen sein. Die Polizei will zu Anfang nur rund 5000 Personen gezählt haben. Unter die wie in den vergangenen Jahren stark präsenten Nationalfarben Palästinas mischten sich dieses Mal einige venezolanische Fahnen. Augenscheinlich noch stärker als in den Vorjahren vertreten waren die Blocks der verschiedenen, vorwiegend aus jungen Kommunisten bestehenden roten Gruppen, die

allein wohl rund ein Drittel des Demonstrationszuges stellten.

Symbole von Die Linke und dem BSW waren indes nur vereinzelt zu sehen. Die Linkspartei organisiert traditionell das stille Gedenken auf dem Friedhof selbst. In einem gemeinsamen Block liefen allerdings die Linksjugend Solid und der Linke-Hochschulverband SDS mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. „Wir kämpfen gemeinsam gegen die Wehrpflicht und gegen die Imperialisten dieses Landes“, sagte Asya Şenyüz, Solid-Jugendkandidatin für die Berliner Abgeordnetenhauswahl im September, gegenüber jW. Viele Gründe dafür, warum „der Kampf von Luxemburg und Liebknecht heutzutage noch hochaktuell ist“, sah Lena vom Vorstand des Internationalen Jugendverbands. „Die Aufrüstung in Deutschland wird von einem Sozialabbau begleitet, der uns als Jugend besonders betrifft, auch in Form von Angriffen auf die Arbeiterklasse“, führte sie gegenüber jW aus.

Eine Vorankündigung entsprechender Angriffe lieferte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) laut *Bild am Sonntag*. „Zurückschlagen“ will er gegen jene „Linksextremisten“, die laut seiner eigenen Propaganda für den Stromausfall in Berlin verantwortlich sind. „Wir glauben

eure Geschichten nicht mehr“, entgegnete ein Redner am Lautsprecherwagen der DKP. „Jeder, der Marx verstanden hat, weiß, daß die Idee erst dann zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift“, sagte er. Der Anschlag auf das Stromnetz erreichte das Gegenteil.

Ungeachtet dessen machten sich einige Beamte am U-Bahnhof Lichtenberg in Eigenregie an die Umsetzung der von Dobrindt verbreiteten Devise. Ein Teil der Demo wollte abreisen, aber Polizisten hätten „sofort überreagiert und im Bahnhof Pfefferspray eingesetzt und die Leute zurückgedrängt“, sagte ein Teilnehmer gegenüber jW. Es habe einzelne Verletzte gegeben. Offenbar mußten Kollegen zur Ordnung gerufen werden. jW wurde Zeuge, wie ein Polizist einen anderen daran erinnerte, daß es keine Order gegeben habe, die Protestierenden aufzuhalten.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 von präfaschistischen Freikorps ermordet. Führende Sozialdemokraten, wie Gustav Noske und Friedrich Ebert, deckten die Täter. Die damalige SPD war Teil der Konterrevolution. Dagegen im letzten Block der Demo eine Warnung: „Kriege werden gemacht, Revolutionen auch.“

Max Grigutsch
junge Welt, 12.1.2026

Eindrücke von der diesjährigen Liebknecht-Luxemburg-Demo in Berlin (Fotos aus jW, 12.1.2026)



Die Waffen nicht erheben

Wird die Wehrpflicht wieder eingeführt, ist es Zeit, an zwei Reden Rosa Luxemburgs zu erinnern, in denen sie 1913 Soldaten im Kriegsfall zu Ungehorsam aufforderte.

Am 30. Juni 1913 stimmte die SPD-Fraktion im Deutschen Reichstag gegen den Widerstand von 37 Abgeordneten, die sich aber der Fraktionsdisziplin beugten, für die Rüstungsfinanzierung durch einen einmaligen „Wehrbeitrag“. Das war das Vorspiel zum 4. August 1914, als die Fraktion die Kriegskredite billigte. Der Grundsatz August Bebels und Wilhelm Liebknechts – „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ – war bereits im Sommer 1913 gebrochen worden. Rosa Luxemburg verstärkte daraufhin ihre Antikriegsagitation. Im September 1913 fand in Jena ein SPD-Parteitag statt, auf dem sie den Delegierten zurief: „Wenn Sie sich nun auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, daß Sie dann folgerichtig für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten. Das ist eine schiefen Ebene, (...) auf der es keinen Halt mehr gibt.“

Am 25. und am 26. September 1913 hielt sie in Bockenheim und in Fechenheim bei Frankfurt am Main eine Antikriegsrede auf Volksversammlungen. An die Ansprache in Bockenheim erinnert heute eine Gedenktafel (Basaltstraße 23). Wegen Aufrufs zur Kriegsdienstverweigerung wurde ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet. Der Wortlaut der Reden ist zwar nicht überliefert, am 20. Februar 1914 fand aber in Frankfurt am Main der Prozeß gegen Rosa Luxemburg statt, dessen Protokoll erhalten blieb. Das Gericht verurteilte sie zu einem Jahr Gefängnis. Das Urteil wurde im Oktober 1914 rechtskräftig. Am 15. Januar 1915 wurde Rosa Luxemburg verhaftet und verließ das Gefängnis bis zur Novemberrevolution nicht mehr. Ihre Auseinandersetzung mit dem Staatsanwalt kann noch heute als Vorlage für Verfahren, die sich aus möglichem Widerspruch gegen die Wehrpflicht ergeben, dienen. Der Anklagevertreter führte unter anderem aus: „In beiden Reden hat die Angeklagte in einer maßlosen Weise die Massen aufgehetzt und die Leidenschaften aufgepeitscht. Sie hat zum Massenstreik aufgefordert. Sie weiß genau, welche namenlosen Folgen ein konsequent und strikt durchgeführter Massenstreik haben würden. Sie weiß, daß das die Revolution und

den Bürgerkrieg mit seinen namenlosen Folgen von Blut und Jammer bedeuten würde. Trotzdem hat sich die Angeklagte nicht gescheut, diesen Gedanken den Massen zu empfehlen. Sie hat weiter auf militärischem Gebiete in den Versammlungen gesagt, es müsse so sein, daß jeder Mann die Waffe mit nach Hause bekäme, selbst

Das war der Höhepunkt ihrer Rede. Ihre ganze Rede war derart angelegt, daß sie sich bis zu diesem Höhepunkt langsam fortentwickelte. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Tosender, starker, andauernder Beifall folgte den Worten, so daß die Angeklagte ihre Rede unterbrechen mußte, derart elementar hat diese Bemerkung gewirkt.“

In ihrer Verteidigungsrede hielt Rosa Luxemburg dem unter anderem entgegen: „Der Herr Staatsanwalt hat mehrmals wiederholt, daß ich die Tausende meiner Zuhörer, schon bevor jene inkriminierte Äußerung gefallen ist, die den Höhepunkt meiner Rede gebildet haben soll, ‚maßlos aufgehetzte‘ hätte. Darauf erkläre ich: Herr Staatsanwalt, wir Sozialdemokraten hetzen überhaupt nicht auf! Denn was heißt hetzen? Habe ich etwa den Versammelten einzuschärfen versucht: Wenn ihr im Kriege als Deutsche in Feindesland, zum Beispiel nach China, kommt, dann haust so, daß kein Chinese nach hundert Jahren wagt, einen Deutschen mit scheelen Blicken anzusehen? (So äußerte sich Kaiser Wilhelm II. in seiner sogenannten Hunnenrede 1900 vor deutschen Soldaten, A. S.) (...) Aber so sprach ich nicht und so spricht nie ein geschulter Sozialdemokrat. Was ich in jenen Frankfurter Versammlungen tat, und was wir Sozialdemokraten stets in Wort und Schrift tun, das ist: Aufklärung verbreiten, den arbeitenden Massen ihre Klasseninteressen und ihre geschichtlichen Aufgaben zum Bewußtsein bringen.“ Zum angeblichen Höhepunkt ihrer Rede erklärte sie: „Wenn, sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind die Kriege unmöglich geworden – und mag zunächst der Soldat noch den Befehlen der Obrigkeit Gehorsam leisten! Nach der Auffassung des Staatsanwalts ist die Armee die kriegsführende Partei, nach unserer Auffassung ist es das gesamte Volk. Dieses hat zu entscheiden, ob Kriege zustande kommen oder nicht.“

Arnold Schölzel

Rosa Luxemburg (1871-1919)

wenn es dann einmal passieren sollte, daß die Waffe eine Richtung nähme, die den Herrschenden nicht paßt. Damit hat die Angeklagte den Offiziersmord, den Vorgesetztenmord, überhaupt den Mord an ihren bürgerlichen Gegnern empfohlen, namentlich, nachdem sie vorher erklärt hatte, daß es in der holländischen Kolonialarmee üblich sei, daß die mißhandelnden Offiziere von den Soldaten totgeschlagen würden. Die Angeklagte hat weiter gesagt, ein Weltkrieg werde und müsse kommen, man wolle sich aber den Weltkrieg nicht ungestraft gefallen lassen. (...) Vor allem der Ausdruck ‚nicht ungestraft‘ kann nichts anderes bedeuten, als mit Gewalt auf einen nicht vom Parteivorstand genehmigten Krieg zu reagieren. Schließlich hat die Angeklagte gesagt: ‚Wenn uns zugemutet wird, auf unsere französischen Brüder die Mordwaffe zu erheben, dann antworten wir mit einem entschiedenen Nein.‘

Rosa Luxemburgs Verteidigungsrede ist enthalten in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 3, Dietz-Verlag, Berlin 1973, S. 395-406.

Die Rede des Staatsanwalts und weitere Materialien sind enthalten in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Rosa Luxemburg im Kampf gegen den deutschen Militarismus. Prozeßberichte und Materialien aus den Jahren 1913 bis 1915, Dietz-Verlag, Berlin 1960

Rosa Luxemburg in Zürich

Am 10. Juli 2019 richteten David García Nuñez und Ezgi Akyol, beide Mitglieder der Alternativen Liste Zürich, eine Eingabe an den Stadtrat Zürich, einen Zürcher Park nach dem Namen Rosa Luxemburg (*5. März 1871, Zamość / Russisch-Polen, ermordet am 15. Januar 1919, Berlin) zu benennen. (...)

Der Zürcher Stadtrat war mehrheitlich bemüht, diese Forderung auf die lange Bank zu schieben, um sie schließlich ganz abschreiben zu können. Es bedurfte eines nicht nachlassenden Interesses und parlamentarischen Auftritts der Vertretung der Alternativen Liste Zürich, bis Ende Oktober 2025 ein Park an der Hohlstraße in Altstetten (Zürich) offiziell benannt wurde. (...)

Rosa Luxemburg ist in einer gebildeten jüdischen, 1873 nach Warschau übersiedelten, an Assimilation orientierten und mit dem Antisemitismus konfrontierten Kaufmannsfamilie aufgewachsen und hat dort das Mädchengymnasium besucht. (...) Sie entschied sich Anfang Februar 1889, zum Studium nach Zürich zu übersiedeln und an die dortige Universität zu gehen, welche dem Frauenstudium offener als die zudem von Antisemitismus beherrschte Wiener Universität gegenübergestanden ist. Zuerst für Naturwissenschaften inskribiert, wechselte sie zur Nationalökonomie und Staatswissenschaften und schloß dieses Studium mit ihrer Dissertation über „Die industrielle Entwicklung Polens“ im Mai 1897 ab. Der ihr gewogene Doktorvater war der aus Österreich kommende Wirtschaftsprofessor Julius Wolf (1862–1937), der die Schriften von Karl Marx (1818–1883) vulgärökonomisch interpretieren wollte, was ihm Friedrich Engels (1820–1895) zornig anmerkte. Zürich war in den Jahren des Aufenthaltes von Rosa Luxemburg noch jenes selbstzufriedene „Seldwyla“, das von Gottfried Keller (1819–1899) in seinem zum größeren Teil in Berlin verfaßten Novellenzyklus beschrieben ist. In seinem im Zürcher Schauspielhaus 1968 uraufgeführten Theaterstück „Biografie. Ein Spiel“ läßt Max Frisch einen Wissenschaftler sagen: „Ein Mitglied der Kommunistischen Partei wird nicht Professor hierzulande. Das ist unmöglich.“ Max Frisch denkt dabei an den aus einer alten Zürcher Familie kommenden und in Luzern geborenen Konrad Farner (1903–1974), der trotz brillanter wissenschaftlicher Publikationen zeitlebens in prekären Verhältnissen leben mußte. Für Konrad Farner war Rosa Luxemburg zeitlebens ein Vorbild für einen kritisch-lebendigen und undogmatischen Marxismus, vor allem sei ihre Grundthese „die Stabilisierung des Spätkapitalismus mit Barbarei und Unmenschlichkeit“ von unheimlicher Aktualität.^[1] Nichts muß an dieser Einschätzung von Rosa Luxemburg

im Heute gemildert werden. Vor seinem von ihm selbst erwarteten Ableben hat Konrad Farner in einem Rundbrief an seine Freunde geschrieben: „Aber wie immer in meinem Leben halte ich es mit Rosa Luxemburgs „Trotz alledem!“.^[2]

1898 verließ die promovierte 27jährige Rosa Luxemburg die Schweiz, auch ihren seit 1890 dort Asyl suchenden und sehr nahe stehenden Genossen Leo Jogiches („Goldchen“) und war seit 16. Mai 1897 in Berlin, wo sie das Aufkommen des Imperialismus beobachtete und nach Ausbruch des Weltkrieges unter dem Pseudonym „Junius“ in Zürich ihre Broschüre über „Die Krise der Sozialdemokratie“ veröffentlichte.^[3] Es gelte, so Rosa Luxemburg, „einander brüderlich die Hand (zu) reichen und den bestialischen Chorus der imperialistischen Kriegshetzer wie den heiseren Schrei der kapitalistischen Hyänen durch den alten mächtigen Schlachtruf der Arbeit (zu) überdonnern: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“^[4]

In ihren Schweizer Jahren hat Rosa Luxemburg ihren Weg ohne Abzweigung gefunden und in der internationalen politischen Auseinandersetzung überprüft, sie hat ihre eigene Fackel entzündet. In Zürich schuf Rosa Luxemburg das Fundament ihrer Radikalität im Geiste von Karl Marx, indem sie die menschlichen Fragen radikal stellte und beantwortete.

Als Rosa Luxemburg die Schweiz in Richtung Berlin verlassen hat, war Wladimir I. Lenin (1870–1924) noch in der Verbannung in Sibirien (1897–1900) und hat zu Beginn der Kriegsjahre mit seiner Partnerin Nadeschda Krupskaja (1869–1939) zuerst in Bern, dann ab April 1916 in Zürich Asyl erhalten. Die notwendige Bürgschaft hat ihnen im Namen der Bürgschaftskommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Fritz Platten (1883–1942), Sekretär des Zürcher Volkshauses, gegeben. Lenin und Krupskaja wohnten in der Zürcher Spiegelgasse 14 – eine Gedenktafel an diesem Haus erinnert daran – bis zu ihrer Abreise in das Rußland der Februarrevolution, von deren Sieg in Zürich am 15. März 1917 die Medien berichteten. Der Schweizer Staatsbürger Albert Einstein (1879–1955), der in Bern über die Relativitätstheorie nachgedacht hat, sah in Lenin einen „Hüter und Erneuerer des Gewissens der Menschheit“.^[5] Den Kindern eines deutschen Erziehungsheimes, die ihn zum 50. Geburtstag beglückwünscht haben, hat Albert Einstein die schon gedruckt vorliegenden Briefe von Rosa Luxemburg empfohlen, mit der in der Illustrierten Justiz-Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands abgedruckten Aufforderung: „Lasset Euch führen durch die Besten“.^[6] Karl Liebknecht (*13. August 1871, Leipzig, ermordet 15. Januar in Berlin) und Rosa

Luxemburg unterstützten sich gegenseitig im Kampf gegen die Sozialchauvinisten. Beide wurden von den militaristischen Söldlingen des Finanzkapitals als unmittelbare bolschewistische Bedrohung wahrgenommen und deshalb ermordet. Noch am Tag zuvor hat Karl Liebknecht in der Überschrift zu einem mit „Trotz alledem!“ überschriebenen Artikel geschrieben: „Es gibt Niederlagen, die Siege sind, und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen“. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren bereit, sich um anderer willen zu opfern.

Rosa Luxemburg bekannte sich wie Karl Liebknecht aufgrund ihrer Klassenposition zur Oktoberrevolution. Sie sahen mit Wladimir I. Lenin in der Frage der Macht den Kern des Klassenkampfes. Die von ihr verfaßte und in „Die Rote Fahne“ am 14. Dezember 1918 veröffentlichte Programmschrift „Was will der Spartakusbund?“ ist ein „Weckruf“: „Die Arbeitsmittel müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein, sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und Ausgebeuteten mehr! Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit. Abschaffung wie der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist. [...] Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft entwurzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. [...] Über den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Menetekel die Worte des Kommunistischen Manifests: Sozialismus oder Untergang in die Barbarei!“.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 3.11.2025

[1] In: Kurt Fassmann u. a. (Hg.), *Die Großen der Weltgeschichte*. Band 9, Zürich Kindler 1970, S. 747–759, hier S. 756

[2] Nachlaß Farner, Handschriftenabteilung der Zentralbibliothek Zürich.

[3] Verlagsdruckerei Union, Zürich 1916. *Gesammelte Werke*, Band 4, S. 49–164.

[4] Ebenda S. 164.

[5] Grundmann, Einsteins Akte, S. 326; Rosa Luxemburg: *Gesammelte Briefe*. Hg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Dietz Verlag Berlin, Band 1–5, 1982–1984.

[6] Karl Liebknecht: *Ausgewählte Reden und Schriften*. Dietz Verlag Berlin 1952, S. 505–520; vgl. Hermann Klenner: *Trotz alledem! Freigesprochener, nachträglich erweiterter Beitrag auf dem Kolloquium der Leibniz-Sozietät*, am 20. April 2023: 06_05_Hermann-Klenner-Trotzalledem.pdf

Im Jahr 2026 sollen zahlreiche Gesetze für den reaktionär-militaristischen Umbau beschlossen werden. Eine Übersicht

Von Aufrüstung bis Zensur

Das neue Jahr steht im Zeichen des reaktionär-militaristischen Gesellschaftsumbaus, weiterer Milliarden für die Hochrüstung und überlanger Gesetzesstiel. Der Bundestag wird am 15. Januar über den im vergangenen Juli vorgelegten Gesetzentwurf des „Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetzes“ (BwPBBG) abstimmen. Es handelt sich um das zentrale Regelungspaket, mit dem die Beschleunigung der Bundeswehr-Infrastruktur in den kommenden zwei Jahren vorangetrieben werden soll. Sein Vorgänger, das seit 2022 geltende „Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz“ (BwBBG), hatte bereits für eine immense Freisetzung der Aufträge an die Rüstungsindustrie gesorgt. Entsprechend der Zielvorgabe des Operationsplans Deutschland, 800 000 Soldaten und 200 000 Fahrzeuge binnen sechs Monaten durch Deutschland an die NATO-Ostflanke zu verlegen, läuft die Waffen- und Fahrzeugproduktion bei Rheinmetall & Co. seit Sommer vergangenen Jahres auf

Hochtouren. Über 50 Prozent der in dieser Zeit vergebenen Auftragsvolumina gingen an deutsche Rüstungskonzerne, lediglich 8 Prozent an US-amerikanische Produzenten. Rheinmetall und Diehl Defence profitieren seit Juni 2025 von einem Rahmenvertrag über Artilleriemunition im Volumen von 15 Milliarden Euro. Zudem hat sich Rheinmetall den Auftrag für 200 Puma-Schützenpanzer (4,2 Milliarden Euro) und einen 4-Milliarden-Euro-Rahmenvertrag über Panzermunition für den „Leopard 2“ gesichert.

Nicht zu vergessen: Der Auftrag zur Produktion von 222 Radschützenpanzern Schakal (3 Milliarden Euro) und von 300 Kamikazdrohnen des Typs FV-014 (300 Millionen Euro). In die USA gingen Aufträge für 60 Chinook-Transporthubschrauber (Boeing). Am 18. Dezember wurden 5000 (!) Funktionsfahrzeuge des Typs EAGLE V 4 × 4 sowie EAGLE V 6 × 6 (Mannschafts- und Sanitätstransporter) bei General Dynamics geordert (Gesamtwert: etwa 5,5 Milliarden Euro).

Damit die Umstellung auf die Kriegswirtschaft nicht nur in der Waffenproduktion, sondern in der Transport-, Bau- und Wegeinfrastruktur reibungslos vonstatten

geht, wird im Frühjahr das „Vergabebeschleunigungsgesetz“ im Bundestag abgestimmt. Aus Paragraph 10 des Entwurfs ist ersichtlich, daß Finanzierungsvorbehalte im Bereich der Aufrüstung keine Rolle mehr spielen: „Bei Vorliegen besonderer Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen kann der Auftraggeber ein Vergabeverfahren einleiten, ohne daß dessen Finanzierung gesichert ist.“ Es vereinfacht insbesondere die Vergabe militärdienlicher Bau- und Wegeaufträge und wird begleitet vom „Infrastruktur-Zukunfts-



Verladung von Panzerhaubitzen auf Züge – die Bundesregierung will kriegstüchtige Infrastruktur, massive Hochrüstung und Ruhe an der Heimatfront (Foto: Bundeswehr / Marco Dorow)

gesetz“, das gezielt militärische Großprojekte (Radaranlagen, Logistiknetze) im Visier hat.

In den Bundesländern, wie zum Beispiel Baden-Württemberg, das im Dezember 2025 ein neues Gesetz zum beschleunigten Bau militärischer Anlagen beschlossen hat, wird bereits der kommunale Boden hierfür bereitstellt. Der Grünen-Ministerpräsident Winfried Kretschmann dazu: „Wo immer möglich, soll es einen Vorrang für Verteidigung geben.“

Getreu den auf NATO-Ebene entwickelten Konzepten zum „Cognitive Warfare“ ist den NATO-Mitgliedern zudem auferlegt, jeglicher „Desinformation“ und „Delegitimierung“ der Kriegsvorbereitung schon präventiv einen Riegel vorzuschieben, sprich, den Meinungskorridor auf Krieg auszurichten. Beginnend mit den bereits laufenden Reformen zum Kompetenzausbau des Bundesnachrichtendiensts (BND), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Verfassungsschutzes (BfV) steht unter der Überschrift der Bekämpfung jeglichen Zweifels an „Institutionen wie der NATO und der Bundeswehr“ der Ausbau der flächendeckenden Kontrolle von „gefälschten Medieninhalten“ und aus Rußland oder

China „gelenkten Social-Media-Kampagnen und Einflußoperationen“ an.

Kurz vor Jahresende hat die Regierung eines der umstrittensten Ermittlungsinstrumente der letzten Jahrzehnte neu aufgewärmt und unter Federführung von SPD-Bundesjustizministerin Stefanie Hubig einen 60-seitigen Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung vorgelegt. Inhalt: die Verpflichtung von Online-Diensten zur anlaßlosen Speicherung von Daten aller Internet-Nutzer, sprich, der Sicherung von IP-Adressen im E-Mail-Verkehr, bei Messenger-Einträgen und der Nutzung von Kommunikations-Apps, wie zum Beispiel WhatsApp. Wer mit wem von welchem Ort aus Daten austauscht, ist nach Datum und sekundengenauer Uhrzeit feststellbar. Die Daten sollen auf Vorrat drei Monate gespeichert werden und auf Abruf den Ermittlern zur Verfügung stehen.

Nach Anläufen in den Jahren 2008 und 2015 ist das der dritte Versuch, eine Totalkontrolle der Internetkommunikation einzuführen. Das Ganze ist Teil der vom Bundesinnenministerium ausgerufen „Sicherheitsoffen-

sive“. Mit den Worten des Innenministers Alexander Dobrindt (CSU): „2026 steht für Sicherheit, Stabilität und Schutz.“

Begleitend zur Einführung der Wehrpflicht und des hiergegen bereits aufgeflammteten Widerstands, wird 2026 auch das Jahr sein, das den Aufwuchs der Pistorius-Truppe unter besonderen Schutzstellen wird. Für die Ruhe an der Heimatfront gibt es bereits den – bisher weitgehend ungenutzten – Paragraphen 109d Strafgesetzbuch, der die „Störpropaganda gegen die Bundeswehr“ unter Strafe stellt. Möglichst alles, was am Frieden subversiv sein kann, soll erfaßt werden: „Prägend ist die Eignung der Handlung, die Auftragserfüllung der Bundeswehr spürbar zu beeinträchtigen. Dazu zählt insbesondere die Unterminderung von Einsatzbereitschaft, innerer Ordnung und Kohäsion, die gezielte Verunsicherung von Dienstleistenden oder potenziellen Bewerben sowie die Beeinträchtigung der öffentlichen Unterstützung zentraler Verteidigungsaufgaben. Eine konkrete Störung muß nicht zwingend eingetreten sein.“

Ralf Hohmann

Die Fälschung der Geschichte und die Bedeutung der Kultur

Wenn wir in die Geschichtsbücher schauen, erfahren wir zumeist nur das, was wir erfahren dürfen und wissen sollen. Ein jüngeres Beispiel dafür ist die Darstellung des Ukraine-Konflikts. Angeblich hat er im Februar 2022 begonnen, als die russische Armee in das Nachbarland einmarschierte. Die Vorgeschichte wird verschwiegen, nach vorherrschender Meinung handelt es sich um einen unprovozierten „brutalen Angriffskrieg“, einen Überfall auf ein souveränes, demokratisch regiertes Land. Nur beiläufig wird ein „Regierungswechsel“ erwähnt, der 2014 stattfand. In Wikipedia heißt es dazu: „Im Februar 2014 brach infolge der Annexion der Krim durch Russland und des Krieges im Donbass ein bis heute andauernder Konflikt zwischen beiden Ländern aus. Die Krim und Teile des Donbass befinden sich seither unter russischer Kontrolle. (...) Am 24. Februar 2022 begann der Überfall auf die Ukraine...“

Daß es sich 2014 in Wirklichkeit um einen von ausländischen Kräften organisierten, lange vorbereiteten blutigen Putsch gehandelt hat, erfährt der Geschichtsbeflissene bestens aus geächteten Büchern sowie den sogenannten alternativen Medien und deren Berichterstattung im Internet und bei YouTube, soweit das nicht als „Desinformation“ oder „Fakenews“ gelöscht wird. KI wird in erheblichem Maße dazu beitragen, die Weltgeschichte im Sinne fanatisch vertretener Meinungen und Ideologien zu fälschen.

Die imperiale Langzeitstrategie der USA

Fast überall, wo Kriege stattfinden, so auch in der Ukraine, lassen sich bei näherem Hinschauen die USA mit ihren Diensten, insbesondere der CIA, als Urheber identifizieren. Seit etwa 200 Jahren ging und geht es letztlich immer um die globale Vorherrschaft der USA und um deren Ausbeutung anderer Länder. Wenn man das weiß, lassen sich fast alle Krisen und Kriege der letzten Zeit erklären, auch der Ukraine-Krieg und die Bedrohungslage für Deutschland und Europa, die nicht nur von den USA, sondern paradoxalement auch von den Staaten der Europäischen Union, allerdings unter der Ägide der USA, herbeigeführt worden ist. Nichts daran ist zufällig, alles ist geplant, oft über lange Zeiträume.

An den Prinzipien dieser Imperialpolitik hielten alle Präsidenten der Vergangenheit bis in die Gegenwart fest, und zwar entsprechend den Instruktionen der im Hintergrund agierenden jeweiligen Schattenregierung (auch „Tiefer Staat“ / „Deep State“ genannt), also insbesondere der Wirtschafts- und Finanzeliten sowie des Militärisch-Industriellen Komplexes. Das gilt auch für Donald

Trump mit seinem Anspruch „America first“. Mit seiner unberechenbaren Zoll- und Sanktionspolitik, seinen „Deals“ und Interventionen versucht er offenbar, einen drohenden Zusammenbruch des US-amerikanischen Wirtschafts- und Finanzsystems zu verschleieren bzw. zu verhindern. In diesem Zusammenhang ist auch der völkerrechtswidrige Angriff vom 3. Januar 2026 auf Venezuela zu sehen, bei dem es um den Zugriff auf Öl, Gas und andere Ressourcen des Landes geht.

Die Ära des US-Imperiums neigt sich deutlich sichtbar ihrem Ende zu. Seit die USA um die vorletzte Jahrhundertwende die britische Weltherrschaft abgelöst haben, beanspruchen sie für sich, eine „exzeptionelle und unverzichtbare“ Nation zu sein, ein auserwähltes Volk: „God's own Country“. Und nach Auffassung ihrer Machteliten sind die Vereinigten Staaten von Amerika „the land of the free and the home of the brave“, wie es auch die Nationalhymne verkündet, dazu berufen, die Welt zu beherrschen.

Zu diesem Selbstverständnis trägt wesentlich bei, daß die US-amerikanische Gesellschaft in weiten Teilen und bis in den Kongreß hinein religiös-fundamentalisch fanatisiert ist. Bis in die Gegenwart ist hier die Wahlverwandtschaft zwischen Puritanismus und Kapitalismus, eine „ökonomische Prädestinationslehre“ – wen Gott liebt, den läßt er reich werden – tief verwurzelt. Zur Durchsetzung ihres unipolaren Anspruchs haben die USA seit dem 19. Jahrhundert eine Langzeitstrategie entwickelt, wozu die Aufrechterhaltung einer übermäßig hochgerüsteten Armee und die Einrichtung von etwa 1000 Militärstützpunkten in aller Welt gehören. Außerdem haben sie die ganze Welt mit einem Netz ihrer Thinktanks und „Nichtregierungsorganisationen“ überzogen, die im Interesse der USA hinter den Kulissen wirksam sind. Hinzu kommt eine der US-Gesellschaft inhärente kulturelle Dimension, ein Charakteristikum, dem allgemein zu wenig Bedeutung beigemessen wird. Während sich die europäische Kultur seit der Epoche der Aufklärung in ihren Grundzügen in der Vernunft (Ratio), Selbstfindung und Entwicklung des Individuums in einer humanen Gesellschaft verortet, spricht eine in den USA entwickelte „Unterhaltungs-Kultur“ mehr die Instinkte und Begierden an und ist insofern in ihrer Oberflächlichkeit leichter zu konsumieren. Hollywood und Disneyland haben sich über die ganze Welt ausgebreitet. Sie sind in die Wohnzimmer eingedrungen, haben die Jugend geprägt und in den Köpfen der Erwachsenen Fuß gefaßt. Diese Hauptströmung in der US-amerikanischen Gesellschaft gründet sich auf dem Selbstbewußtsein einer Eroberer-„Kultur“,

die seit jeher über Leichen ging und sich skrupellos an allem bediente, was andere Nationen zu bieten hatten. Bezeichnend, daß sie ihre Raketen nach einem griechischen Gott (Apollo) nannten, und ihre Autos nach einem Indianerhäuptling (Pontiac), den sie ermordet haben. Es entstand ein Kulturimperium, in dem es um Äußerlichkeiten und Profit geht. Der Ausweg wäre das Verlassen dieses Irrwegs, der in die Sackgasse eines inneren Infantilismus führt.

Die anderen USA

Dwight D. Eisenhower sagte 1953: „Jede produzierte Waffe, jedes auslaufende Kriegsschiff, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztendlich einen Diebstahl an denen, die hungern und man gibt ihnen kein Essen, an denen, die frieren und keine Kleidung erhalten. Diese waffenstarrende Welt verschwendet nicht nur Geld, sie opfert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, das Genie ihrer Wissenschaftler, die Hoffnungen ihrer Kinder.“

Das sagte ein nicht unkritisch zu sehender US-Präsident im Ruhestand, im Stadium vielleicht der Altersweisheit. Daß aber die Politik der USA seit etwa zweihundert Jahren die „waffenstarrende Welt“, von der Eisenhower sprach, repräsentierte, geht aus den Stellungnahmen zweier berühmter amerikanischer Schriftsteller hervor. James Fenimore Cooper, Autor der Lederstrumpf-Geschichten und bedeutender historischer Romane, schrieb vor fast zweihundert Jahren über die puritanischen Yankees, die er „Heuschrecken des Westens“ nannte: „Sie schicken ihre Schiffe in alle Welt, um für ihre Ziele Krieg zu führen.“ Und Herman Melville (1819–1891), weltbekannt geworden durch seinen Roman „Moby Dick“, war der Meinung: „Piraten sind's, der Erdball ihre Beute, / Grau und verlogen, Mammons Leute ...“

Ihre Kritik bezahlten Cooper und Melville mit Boykott und Isolation. Coopers Werke wurden in seiner Heimatstadt Cooperstown, die sein Vater gegründet hatte, öffentlich verbrannt; Melville mußte später seinen Lebensunterhalt als Zollinspektor im New Yorker Hafen verdienen, nachdem niemand mehr seine Bücher kaufen wollte. Das „Imperium“ strafte sie ab. Die Diskreditierung Andersdenkender ist also keine Neuerscheinung, das hat es immer schon gegeben, ebenso wie Militarismus und Kriege. Eisenhower stellte die Frage, die sich gerade heute jeder Politiker stellen sollte: „Gibt es keine andere Art zu leben?“ Ja, die gibt es selbstverständlich. Es könnte schön und gut und friedlich sein, die materiellen und mentalen Voraussetzungen sind

seit langem vorhanden. Statt dessen herrschen Chaos, Konflikte und Krieg. Aber es gibt kaum Widerstand. Unbehelligt forcieren die britische, französische und deutsche Regierung den Krieg in der Ukraine unter Aufgabe des Wohlstands ihrer Bevölkerungen ohne Rückendeckung der Trump-Regierung, die weiter ihren imperialistischen Kurs verfolgt. Rußland soll besiegt werden, und viele der Politiker und Politikerinnen, die durch Patronage der US-Vorgängerregierungen und deren einflußreiche Organisationen Führungspositionen erlangt haben, betreiben diese existenzgefährdende Politik rücksichtslos weiter.

Deutschland vor wirtschaftlichem Ruin und Dekadenz

Deutschland rüstet gegen Rußland auf, und Bundeskanzler Friedrich Merz nennt Wladimir Putin, den Präsidenten der Atommach Rußland, „den vielleicht schwersten Kriegsverbrecher unserer Zeit“. Nachgiebigkeit sei deshalb fehl am Platz, sagt Merz. Er habe „keine Veranlassung, Putin an irgendeiner Stelle Glauben zu schenken“.[1] Was ist das für eine Politik? Kann denn Putin den westlichen Politikern Glauben schenken, nachdem die Friedensvereinbarungen von Minsk lediglich dazu dienten, Rußland zu täuschen und die Ukraine auf den Krieg gegen Rußland vorzubereiten? Angela Merkel, François Hollande und Petro Poroschenko haben das öffentlich zugegeben.

Diese brandgefährliche Verlogenheit, die hier zu Tage tritt, die mit einer Täuschung und Indoktrination der Bevölkerung einhergeht, an der die Medien maßgeblich beteiligt sind, kennt keine Grenzen mehr. Sie sticht auch ins Auge, wenn im Sozialatlas Deutschlands um jede Position gefeilscht wird, aber zum Beispiel Friedrich Merz beim Bürgergeld fünf Milliarden einsparen wollte, während zugleich Lars Klingbeil der Ukraine 7,2 Milliarden zusagte.

Deutschland soll „kriegstüchtig“ werden, und die Berliner Regierung hat astronomische Ausgaben für die Aufrüstung bereitgestellt. Warum dieser Aderlaß? Angeblich will Rußland nach der Ukraine Westeuropa erobern. Aber dafür gibt es keinerlei Belege. Putin hat solche Absichten niemals geäußert, obwohl er ständig provoziert wird. Trotzdem wird in einem Maße hochgerüsst, daß inzwischen ein dritter Weltkrieg nicht mehr auszuschließen ist. Die Frage, was zu dieser gegenwärtigen hochbrisanten Lage geführt hat, bleibt offen. Hat denn Rußland durch den Einmarsch in die Ukraine tatsächlich die „friedliche europäische Sicherheitsarchitektur“ zerstört, wie behauptet wird?

Unterstellungen, Verschleierung und Lügen, Verletzungen des Völkerrechts, Mißachtung jeglicher Humanität. Um in diese auf den ersten Blick völlig undurchsichtige Politik Licht zu bringen, ist der Blick auf die geopolitischen Zusammenhänge zu richten, mit denen wir es zu tun haben. Ein großer

Teil der Menschheit leidet unter den gegenwärtigen Verhältnissen, ohne zu begreifen, was sich wirklich abspielt.

Zwei Systeme und die Chance für Europa

Global gesehen, stehen wir vor dem Ende der imperialen regelbasierten Ordnung und vor der Realisierung neuer gesellschaftspolitischer Vorstellungen, die auf Humanität und der Gleichberechtigung von Menschen und Völkern beruhen, mit anderen Worten: auf den in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebenen Grundsätzen. Wie auch immer die Politik der US-Regierung unter Trump weitergeht: Viele Staaten des Globalen Südens einschließlich China und Indien, aber auch Rußland, lassen sich – unabhängig von der jeweiligen Präsidentschaft – eine Bevormundung und Unterdrückung durch die USA nicht mehr gefallen, und das ist die große Mehrheit der Weltbevölkerung. Es kristallisiert sich immer mehr heraus, daß die Zukunft bei BRICS und der Belt-and-Road-Initiative liegt. Die Präsidenten Obama und Biden trieben die militärische Konfrontation mit Rußland in der Ukraine auf die Spitze. Trump dagegen will Deals mit denselben Intentionen, nämlich Rußland wirtschaftlich und strategisch zu vereinnahmen und damit eine zweite Front gegen China zu bilden. Europa ist dadurch ins Abseits geraten, es ist wirtschaftlich, militärisch und kulturell im Niedergang begriffen. Aber gerade in dieser Situation bestünde die Chance, sich aus der Vasallenschaft sowie der militärischen und kulturellen Umklammerung der USA zu lösen und zu den eigenen kulturellen Wurzeln zurückzufinden. Insofern stellt sich die Ukraine-Krise im weitesten Sinne auch als Auseinandersetzung zwischen zwei Kulturkreisen dar: der in die Dekadenz abgleitenden US-amerikanisch dominierten westlichen Kultur und einer historisch gewachsenen konservativen europäisch Kultur. (...)

Es scheint so, daß in Rußland, dem größten Land Europas, trotz der Aggressions- und Kriegspolitik des Westens und trotz vieler Probleme versucht wird, eine europäische Kultur der Bewußtheit, Spiritualität und Humanität zu bewahren, wie immer man dazu stehen mag. Darauf deutet eine Äußerung des russischen Präsidenten Wladimir Putin hin. Bei einem Treffen mit Kulturschaffenden im März 2024 sagte er: „Dort, in der europäischen Kultur, gibt es heute viel Gutes, aber auch viele Probleme. So haben wir die einmalige Gelegenheit zu sehen, was in der postindustriellen Gesellschaft und in der Welt geschieht, und angemessen sowie rechtzeitig darauf zu reagieren.“[2] Was sich an Haß und Hetze gegen Rußland abspielt und von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung hingenommen und von Teilen der Gesellschaft sogar mitgetragen wird, ist ungeheuerlich. Es wird unter diesen Bedingungen schwierig sein, mit Rußland in absehbarer Zeit wieder zu einem vertrauensvollen Miteinander

zurückzufinden, was aber erforderlich wäre, um wirtschaftlich wieder zu gesunden und die europäische Kultur vor den destruktiven, politisch zu bewertenden US-amerikanischen Einflüssen zu bewahren. Doch in Deutschland, dessen Bevölkerung sich in eine Vorkriegssituation treiben läßt, wird vieles, was mit Verbindungen nach Rußland und mit russischer Kultur zu tun hat, eliminiert. Und Staatsanwaltschaft und Gerichte gehen gegen alles vor, was als Kritik an den Verantwortlichen für die unhaltbaren Zustände angesehen wird. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, bedürfte es einer starken und bewußten Zivilgesellschaft. Daher muß Aufklärung der Bevölkerung abseits der Systemmedien ein Hauptanliegen aller Friedenskräfte sein.

Ausblick

Wie könnten Deutschland und Europa stehen, wenn die vielfältigen Verbindungen zu Rußland nicht unterbrochen worden wären? Gerade für Deutschland hatten sich mit Rußland für beide Seiten besonders vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen entwickelt. Daran gälte es wieder anzuknüpfen, und zwar solange Wladimir Putin noch Präsident ist. Er hat bekanntlich eine deutschfreundliche Einstellung und trotz der massiven persönlichen Anfeindungen bis in die jüngste Zeit mehrmals ein freundliches Miteinander angeboten.

Zur Herbeiführung eines solchen Politikwechsels bedürfte es einer grundlegenden Neuorientierung. Dabei kann es nicht darum gehen, die transatlantischen Beziehungen aufzugeben. Vielmehr müßte sich ein neutrales Deutschland sowohl nach Übersee als auch nach Osten offenhalten. Zudem gälte es, die von Donald Trump in die Wege geleitete Annäherung an Rußland sowie die zentrifugalen Tendenzen in der EU zu nutzen, solange dieses Fenster noch offensteht, um die Anmaßungen der Vertragsorganisation EU zu beenden und zu einem Europa souveräner Staaten, dem sogenannten Europa der Vaterländer, zurückzukehren, ohne dabei die Kooperation untereinander in Frage zu stellen.

Dr. Wolfgang Bittner

Redaktionell gekürzt

Übernommen von globalbridge.ch, 13.1.2026

Quellen

1. Vgl. www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/ukraine-krieg-friedrich-merz-wladimir-putin-kriegsverbrecher-russland-wirtschaftschwaechen

2. Vgl. <https://rtde.org/kurzclips/video/200901-ist-unmoeglich-putin-ueber-abschaffung-der-russischen-kultur/>

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. Zuletzt erschien im Verlag Hintergrund sein Buch „Geopolitik im Überblick. Deutschland-USA-EU-Rußland“, Berlin 2025.

Sind die Renten immer zu teuer – egal wie billig sie sind ...?

Wer würde eine solche Umfrage bezahlen: „Sind Sie dafür, daß die Renten bis 2040 um 6 Prozent statt 4 Prozent gesenkt werden?“ Denn darum geht der Streit zwischen Junger Union & Co. und der schwarz-roten Regierung. Die Einigkeit der Streitenden hinter dem medialen Getöse besteht darin: Die Renten müssen unbedingt weiter gekürzt werden. Die Ergebnisse derartiger Umfragen sind bis jetzt eindeutig. Deshalb werden sie tunlichst vermieden.

Bereits seit sechs Jahren gehen die „Babyboomer“ in Rente. Mehrbelastung bei den Kosten? Null! Und das bleibt auch bis 2028 so! Die seit 2019 geltende „Haltelinie“ beim Rentenniveau von 48 Prozent hat bis jetzt

Auch die letzten Hinterbänkler von ihnen werden in Zeitungen zu Helden erkoren. Denn sie stemmen sich gegen das unverantwortliche Rentenpaket der Bundesregierung. Unverantwortlich, weil es nicht finanzierbar und vor allem die Jungen ausbeutend sei.

Die Unterstützung der jungen Helden ist nicht nur medial nahezu einzigartig. Etliche Unionsabgeordnete springen ihnen bei, Ministerpräsident Daniel Günther findet deren Argumente vernünftig, Regierungsmitglied Reiche unterstützt ihre Kritik (und rudert zurück), Regierungsmitglied Pries ist für die Verschiebung des Gesetzes (und rudert zurück), Michael Hüther vom neoliberalen arbeitge-

Deutschen Rentenversicherung (DRV), Alexander Gunkel, kündigte im November an, daß im Jahr 2028 der Rentenversicherungsbeitrag das erste Mal seit 2007 wieder erhöht werden müßte. Das ist stark untertrieben. Denn die Beiträge sind seit dann 22 Jahren nicht nur nicht gestiegen, sie sind von 19,9 Prozent im Jahr 2007 auf 18,6 Prozent im Jahr 2018 gesunken. Da verharren sie bis 2028. Die 1,3 Prozent weniger Beiträge machen eine Entlastung der Renten-Kosten von 6,5 Prozent aus.

Wer wird mit dieser Kostensenkung finanziert? Die bittere Antwort: Es müssen damit 1,2 Millionen Rentner mehr unterhalten werden. Die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner stieg von 20,2 Millionen im Jahr 2007 auf 21,4 Millionen im Jahr 2024. Das ist ein Mehr von 6 Prozent.

Die Wahrheit ist also: Die Kosten sind immer mehr gesunken (um 6,5 Prozent), obwohl die Anzahl der Rentner immer mehr gestiegen ist (um 6 Prozent). Im Jahr 2028 sollen die Beiträge auf voraussichtlich 19,8 Prozent hoch „explodieren“ (BILD). Dann sind allerdings etwa 22 Millionen Rentner, also 10 Prozent mehr gegenüber 2007, zu versorgen. Zugespitzt kann man also behaupten: „Nie waren Rentner so billig wie heute“, das bleibt auch nach der Beitragserhöhung 2028 so.

„Wer soll das alles noch bezahlen?“

Prototypisch das Mitglied der Jungen Union Ronja Kemmer (36) zur BILD:

„Die Rechnung ist simpel: weniger Beitragszahler bei gleichbleibendem Rentenniveau bedeutet zukünftig höhere Beiträge für alle. Das ist nicht generationengerecht und kann auch nicht durch dauernd steigende Steuerrückschlüsse in die Rente ausgeglichen werden... Es braucht eine große Reform, ... die Eigenverantwortung stärkt und auch dafür sorgt, daß die jüngere Generation von ihrer Arbeit leben kann und nicht in Zukunft in der Altersarmut landet.“

So simpel wie die Rechnung, so simpel sind die geschichtlichen Erfahrungen. Seit Einführung der Rentenversicherung vor 135 Jahren ist die Anzahl der Rentner gegenüber den Beitragszahldern ständig gestiegen. Die Beiträge wurden um über das 10-fache erhöht (von 1,7 Prozent auf maximal 20,3 Prozent im Jahr 1998).

Daß die Jungen angeblich überlastet werden, entdeckte man trotz dieser positiven Erfahrungen vor etwa 35 Jahren. Seitdem ist die Erzählung in der Welt: Es ist notwendig, daß weniger für die gesetzliche Rente ausgegeben wird und mehr privat



Altersarmut steigt von Jahr zu Jahr

staatliche Zusatzbeträge erfordert von?: Null! Und auch das bleibt bis 2028 so! Beichterstattung über diesen Sachverhalt in den Medien? Null Komma Null! Statt dessen wird in Presse, Funk und Fernsehen seit Wochen intensiv hierüber berichtet: 18 Junge-Union-Abgeordnete wagen den Aufstand gegen den Chef. Kanzler Merz wird ultimativ aufgefordert, das Rentenpaket, vor allem die darin enthaltene Haltelinie von 48 Prozent, zurückzunehmen. Die Koalitionsmehrheit besteht aus 12 Abgeordneten, ohne ihre 18 Stimmen würden sie die Koalition bei der Rente zum Scheitern bringen. Die „Junge Gruppe“, wie sie sich selbst nennt, wird von den Medien zu mutigen Rebellen hochgelobt.

berfinanzierten Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und Marcel Fratzscher vom neoklassischen Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) loben in seltener Einmütigkeit den Widerstand der Jungen und ganze 32 Wirtschaftsverbände, von denen die BILD-Zeitung weiß, daß sie für 20 Millionen Beschäftigte stehen, fordern unisono den Stopp des Gesetzespakets. Und der seit 25 Jahren bei Rentenkürzungen führende Bert Rürup ist voll des Lobes für die Junge Garde der Konterreform.

Die „Kosten steigen immer mehr“?

Tatsächlich sind die Kosten dramatisch gesunken. Der Vorsitzende der

vorgesorgt wird. In die Welt gesetzt wurden diese Behauptungen von Finanzkonzernen und Arbeitgeberverbänden. Sie sind krasse Verdrehungen der Wirklichkeit. Wer geringen Lohn erhält, kann nicht sparen. Eine Absenkung des Rentenniveaus wird die Altersarmut im Land weiter beschleunigen. Menschen, die in der Lage sind, für die private Rente Lohnanteile abzugeben, zahlen doppelt. Sie zahlen die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung und zusätzlich mindestens 4 Prozent (das wegen Schleichwerbung verurteilte Online-Portal Finanztip empfiehlt 15 Prozent und mehr!) ihres Einkommens für Privatvorsorge. Was da eine Entlastung sein soll, wissen wohl nicht einmal die Götter. Sicher ist nur die Unsicherheit, was in drei, vier oder fünf Jahrzehnten an Rente rauskommt. Die behaupteten „ständig steigenden Steuerzuschüsse“ sind auch so eine der üblichen Halbblügen. Der Anteil der Bundesmittel für Renten am Gesamthaushalt ist seit 20 Jahren ständig gesunken, von 31,0 Prozent im Jahr 2004 auf 24,8 Prozent im Jahr 2024. Das wird auch daran deutlich, daß die Bundesregierungen sich ständig weigern, die nicht beitragsgedeckten (versicherungsfremden) Leistungen vollständig zu finanzieren. Die Unterdeckung betrug hier allein im Jahr 2023 unglaubliche 40 Milliarden Euro.

Das „Renten-Drama!“

... ist ein Drama der politischen Verhältnisse in Deutschland. Wenn faktenfrei und wahrheitswidrig die Interessen von fast einem Viertel der Bevölkerung in den Dreck geschrieben werden können und die wahren Verhältnisse in der Berichterstattung nicht mehr vorkommen, ist das keine Bagatelle. Tiefpunkte sind dabei, wenn junge Politiker, die mit den wahren Lebensbedingungen ihrer Wähler nichts mehr am Hut haben (Generation Kreissaal-Hörsaal-Plenarsaal), zu Interessenvertretern der „Jungen“ hochgelabt werden.

Die ganze mediale Debatte findet unter Ausschluß der Betroffenen statt. Höchstbezahlte „Experten“, die mit horrenden Schmiergeldern (für „Beratung“, „Untersuchungen“ oder Vorträge) oder mit üppigsten Beamtengehältern honoriert werden, bestimmen Nachrichten, Talk-Runden und Zeitungsseiten. Im Fadenkreuz stehen immer die Rentnerinnen und Rentner. Beamte, Politiker, gutverdienende Selbstständige, hochbezahlte Berufsstände kommen erst gar nicht vor. Die Pressefreiheit wird zur Freiheit der Mächtigen, ihre Meinung – besser gesagt: ihre Interessen – durchzusetzen.

Politiker, die sich dem widersetzen, werden ins Abseits gekickt. Parteidisziplin, Mediengewogenheit, seilschaftsabhängige Listenplätze zu Wahlen und „Anschlußwendungen“ tun das Ihrige.

Eine Lösung des „Dramas“ ist nur vorstellbar, wenn so grundlegende Fragen

wie die Altenversorgung in direkten Volksabstimmungen entschieden werden. Dazu sind gründliche gesellschaftliche Debatten mit soliden Informationen erforderlich. Die Schweiz machte es vor. Große Mehrheiten bestimmten im März 2024 dort: Zahlung einer 13. Monatsrente und keine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67!

Ein ganz bescheidener Anfang auf den Weg dahin könnte ja sein, daß Gewerkschaften oder Sozialverbände die eingangs gestellte Frage (6 Prozent oder 4 Prozent Rentensenkung) zur Finanzierung einer Umfrage mit einem „wir“ beantworten.

Fakten, die keine Rolle spielen, weil sie die Faktenfreiheit stören, sehen zum Beispiel so aus:

„Es ist allgemeiner Konsens, daß das gesetzliche Rentensystem an seine Grenzen kommt. Es ist müßig, hier die gewaltige Zahl der Babyboomer zu erwähnen, die bald in Rente gehen werden, was das System noch weiter ins Wanken bringen wird. Die Rente ist sicher, aber für viele wird sie in Zukunft nicht mehr reichen. Diese Wahrheit sollte die Bundesregierung aussprechen. Mündige Bürgerinnen und Bürger vertragen das.“ (Handelsblatt 19.11.2025)

Man beachte die Wertungen „allgemeiner Konsens“, „müßig ... zu erwähnen“, „mündige ... vertragen das“ – womit ja auch behauptet wird, daß diejenigen, die das nicht vertragen/akzeptieren, unmündig sind.

Zur Faktenlage:

Wie bereits erwähnt, gehen die „Babyboomer“ schon seit sechs Jahren in Rente und nicht wie immer behauptet „bald“ oder „demnächst“. Die Zunahme der geburtenstarken Jahrgänge erreicht in vier Jahren (2029) ihren Höhepunkt und danach sinkt die Zahl schnell wieder ab und hat in den folgenden acht Jahren (bis 2037) den Stand von 2019 erreicht. Es ist „müßig“, über diese realen Zahlen zu reden. Die Fakten zeigen, das „Problem“ ist temporär und durchaus im Rahmen der Umlagefinanzierung beherrschbar. Das wird seit etlichen Jahren von der Deutschen Rentenversicherung erklärt und mit sehr validen Daten belegt. Wie hoch wären denn nun die „nicht finanziabaren“ Kosten, über die zu sprechen nach „allgemeinem Konsens“ ja „müßig“ ist? Mit dem Gesetzentwurf zum Rentenpaket II rechnete das Sozialministerium vor: Würde das Rentenniveau bis 2040 auf 48 Prozent (netto vor Steuern) gehalten, würde das 39,6 Milliarden Euro mehr kosten gegenüber dem geltenden Recht. Diese Mehrkosten sollten dann ausschließlich über eine Beitragssatzerhöhung um 2 Prozentpunkte erfolgen.

Alternative Finanzierungswege wurden nicht in Erwägung gezogen und auch nicht öffentlich diskutiert. Auch die Reduzierung der Bundesmittel für die DRV in den vergangenen Jahren wurde von den jetzt auf

Anregung der Jungen Union in Wallung geratenen Medien verschwiegen.

Was macht man bei einem Menschen, dem man den Schlund zudrückt und der nach mehr Luft zum Atmen ruft? Man drückt stärker zu! Kriminell? Die Scholz- und Merz-Regierungen finden das nicht, denn sie machten/machen genau das mit der Rentenversicherung. Die Arbeitsministerin Andrea Nahles hatte 2017 noch angekündigt, die DRV solle Ende der 20er-Jahre einen steuerfinanzierten Boomer-Zuschuß erhalten. Die Ampelregierung machte genau das Gegenteil: Die Bundesmittel für die DRV werden in mehreren Schritten bis 2027 um 9 Milliarden Euro gekürzt. Daran will die gegenwärtige Regierung auch nichts ändern.

Auch die Tatsache, daß die Bundesregierung der Rentenversicherung gigantische Beträge für die Bezahlung nicht beitragsgedeckter (versicherungsfremder) Leistungen, vorenthält, wird bestenfalls als Randnotiz präsentiert. Man kann das als staatliche Zechprellerei bezeichnen. Die von der DRV vorgerechnete Summe betrug allein im Jahr 2023 unglaubliche 40 Milliarden Euro. Würde der Staat endlich diese Fehlbeträge ausgleichen, wäre die Haltelinie von 48 Prozent vollständig finanziert. Es bliebe noch einiges, z.B. für Rentenerhöhungen, übrig, weil die Mehrkosten der Haltelinie ja erst im Jahr 2039/2040 den maximalen Betrag ausmachen.

Von all diesen Fakten keine Silbe in den Mainstreammedien. Stattdessen wird die umlagefinanzierte Rente als unzuverlässig und unbezahlbar dargestellt, bei gleichzeitigem Verschweigen, daß die Privatisierungsstrategie der vergangenen 25 Jahre (Riesterrenten; Betriebsrenten auf Basis von Entgeltumwandlung) kraschend gescheitert ist. Im Gegenteil wird das viel stärkere Abführen von Lohnanteilen an Versicherungen und Finanzkonzerne als das Allheilmittel propagiert. Getreu der Therapie: Wenn das Medikament die Krankheit verschlimmert, muss man die Dosis erhöhen ...

Beitragen kann dieser Kurs zur Finanzierung der Renten in den nächsten 30 bis 40 Jahre gar nichts. Das Ganze wird zu einem weiteren Absenken des Rentenniveaus führen. Dem Wirtschaftskreislauf wird in riesigem Umfang Konsumnachfrage entzogen und damit werden Konjunkturkrisen provoziert. Als einziger Zweck dieses desaströsen Kurses bleibt, die Profitinteressen der Finanzkonzerne zu bedienen. Das gilt es zu verschleiern und dafür, davon muß man ausgehen, werden erhebliche Mittel eingesetzt, um die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Reiner Heyse

Redaktionell gekürzt

Quelle: NachDenkSeiten, 25.11.2025

Kommentar der Bewegung „23. September“¹

Probleme und Hintergründe der Massenproteste in Bulgarien

Am 11.12.2025 gab die bulgarische Regierung ihren Rücktritt bekannt. Vorausgegangen waren zwei Massendemonstrationen in allen größeren Städten. Diese Regierung hatte eine konsequente Politik des Andienens an EU, NATO und USA (wie fast alle Regierungen der letzten 35 Jahre) betrieben und alles ihr Mögliche unternommen, um das Land in die Eurozone zu bringen, was ab dem 1. Januar 2026 auch eintrat. Festgehalten wurde an der Konfrontation mit Rußland und der militärischen Unterstützung der Ukraine. Nach innen wurde die Linie der letzten 35 Jahre im Interesse der heimischen Kompradorenbourgeoisie und des internationalen Kapitals auf Kosten der Arbeiter fortgesetzt. Gleichzeitig wurden wie unter den vorangegangenen Regierungen erhebliche Mittel für Polizei und Armee aufgewendet, um sich gegen künftige Proteste und Aufstände zu wappnen.

Ursprünglicher Anlaß für die Proteste war, daß der Entwurf des Staatshaushalts 2026 in Euro ausgewiesen wurde. Seine ersten Kritiker kamen von rechts. In der Opposition befindliche proeuropäische und proamerikanische Parteien starteten eine Kampagne gegen den Haushaltsentwurf. Ihnen war der Haushalt zu „linkslastig“, zum Beispiel durch die Anhebung der Dividendensteuer. Gegen den Haushaltsentwurf sprachen sich ebenfalls die Arbeitgeberverbände aus und boykottierten den „Trilateralen Rat“ von Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und des Staates.

Losgetreten wurde eine massive Kampagne zur Teilnahme am Protest gegen den Haushalt am 1. Dezember. Die Mehrheit der großen Fernsehsender machte regelrecht Reklame für dieses Ereignis. Alle mit den George Soros Fonds, der Demokratischen Partei der USA und der Europäischen Union in Verbindung stehenden Personen, Medien und Organisationen wurden angehalten, diesen Protest zu unterstützen. Zugleich nutzte man die gravierenden sozialen Probleme, um die Menschen gegen die Regierung auf die Straße zu bringen. Gerade in den Monaten vor der Einführung des Euro erreicht

die Inflation erhebliche Ausmaße. Täglich steigen die Preise. In der Bevölkerung herrscht massenhafte Unzufriedenheit mit dem, was heute Leben in unserem Land bedeutet.

Das Ausmaß der Demonstration am 1. Dezember hat sogar deren Veranstalter in Erstaunen versetzt. Insgesamt beteiligten sich über 100 000 Personen – eine Größenordnung, die man in Bulgarien selten erlebt. Den Protesten schlossen sich viele junge Menschen an, die letztlich auch die Zielgruppe waren. Bedauerlicherweise zeigte sich aber auch, wie gering in den letzten Jahren das politische Bewußtsein geworden ist. Die Lösungen verlangten in der Mehrzahl nicht den Rücktritt der Regierung oder führender Politiker. Bei den Protesten traten Redner der liberalen, proamerikanischen Opposition, aber auch halbfaschistisches Personal auf. Offen wurde zum Verbot der kommunistischen Ideologie (in deren Sprachgebrauch Forderung nach „Lustration“), sowie zur „Verfolgung der Agenten Rußlands“ und „Majdanisierung Bulgariens“ aufgerufen. Obwohl sich den Protesten unterschiedliche Menschen anschlossen, so auch Gegner des Kapitalismus, der europäischen Integration und der Einführung des Euro, war auf der Demonstration in Sofia der Grundton doch nach dem Geschmack rechter, antikommunistischer Kräfte. Die rechte, proamerikanische, proeuropäische Regierung wurde von der rechten proamerikanischen, proeuropäischen Opposition dafür attackiert, daß sie nicht genügend den „Euroatlantismus“ und das Regime in der Ukraine unterstützen würde. Schließlich kam es auch zu Provokationen und Gewaltszenen. Strittig ist unter verschiedenen, sich gegenseitig beschuldigenden Kräften die Frage, wer diese Unruhen provoziert, organisiert und bezahlt hat.

Außerhalb der Hauptstadt, wo die Rechte nicht über solche starken Positionen verfügt, stellte sich die Situation etwas differenzierter dar. An verschiedenen Orten wurden politisch kluge Forderungen erhoben, so gegen den Beitritt des Landes zur Eurozone. Die größte Resonanz fanden jedoch die Ereignisse in Sofia. Die Veranstalter waren vom Erfolg der Demonstration berauscht und änderten ihre Forderungen nach Zurückziehen des Staatshaushalts in die nach Rücktritt der Regierung.

Vor den Kommunisten und weiteren antiimperialistischen Kräften steht nunmehr die Frage, wie auf diese Ereignisse zu reagieren ist: Bei den Demonstrationen war eine große Anzahl einfacher Menschen anwesend, die nicht den Händen der Rechten überlassen werden dürfen. Von einer Unterstützung der Regierung kann wegen ihres zutiefst volksfeindlichen Charakters keine Rede sein. Einige Parteien riefen ihre Anhänger auf, sich den gegen die Regierung gerichteten Protesten anzuschließen. Andere, wie die Bewegung „23. September“, versuchten bis zum Schluß, Mehrheiten für den Kampf gegen die Einführung des Euro in Bulgarien und die imperialistische Abhängigkeit des Landes zu gewinnen. Vor dem zweiten Protest am 10. Dezember kam es zu Drohungen, (hauptsächlich im Internet) in denen aufgerufen wurde, keine Gegner von NATO und EU auf den Demonstrationen zu dulden. Erneut sammelten sich so viele Teilnehmer wie beim ersten Protest. Die Lage in Sofia war wie zuvor durch die Teilnahme unterschiedlicher Gruppierungen charakterisiert, jedoch bestimmten reaktionäre Kräfte die Szene. Neofaschisten trugen ein großes Transparent mit der Aufschrift „Hier ist nicht Moskau“. Antiimperialistische Kräfte waren mit ihrem eigenen Block präsent. In anderen Städten wurden wieder Forderungen nach Beibehaltung der nationalen Währung laut.

Am Folgetag der zweiten Demonstration trat die Regierung zurück. Manche erklärten dies zum „Sieg des Volkes“, andere sahen den Grund dafür in Auseinandersetzungen zwischen den führenden politischen Kräften. Diese Ereignisse sollen als Volksaufstand gegen die politischen Eliten hingestellt werden, als „Farbenrevolution“ beziehungsweise „Majdan“. Anzeichen dafür waren durchaus auf den Straßen und Plätzen zu beobachten. Der Rücktritt der Regierung in diesem Moment bedeutet zugleich, daß niemand die politische Verantwortung für die erdrückende Inflation übernehmen wird, die wir mit der Einführung des Euro zu erwarten haben.

Bernhard Schwarz

¹ Die bulgarische Bewegung „23. September“ versteht sich als marxistisch-leninistische Organisation. Sie entstand in den Protesten gegen den Krieg gegen Jugoslawien 1999 und die bulgarische Beteiligung an ihm durch Öffnung des Luftraumes für US-Kampfflugzeuge.

Der lachende Mann

Vor 60 Jahren sendete das Fernsehen in der DDR einen außergewöhnlichen Film

Die DDR-Dokumentaristen Walter Heynowski und Gerhard Scheumann verdanken ihre Popularität und große Wertschätzung unter anderem einem Interview, daß sie vor laufender Kamera mit einem Mörder führten, der „ungezählte Menschen mit eigener Hand getötet oder durch die Hände seines ‚Kommandos 52‘ (hat) töten lassen.“ Als Söldner war dieser an der Niederschlagung der sogenannten Simba-Rebellion beteiligt. Dieser bewaffnete Aufstand in den Jahren 1964 bis 1967 im Kongo wurde vor allem von Unterstützern des 1961 ermordeten Premierministers Patrice Lumumba, einem Vorkämpfer der afrikanischen Freiheitsbewegung, geführt. Der 1920 geborene Siegfried Friedrich Heinrich Müller erlangte auf diese Weise selbst traurige Berühmtheit. Unter dem Namen Kongo-Müller ging er in die Geschichte ein. Während der Nazizeit gehörte Müller zunächst der Hitlerjugend an und später der Wehrmacht. Nach der Zerschlagung des Faschismus diente er sich den Amerikanern an. 1962 übersiedelte Müller nach Südafrika. Ab 1964 war er als Söldner für Moïse Tschombé im Kongo eingesetzt. Dort baute er das sogenannte Kommando 52 auf, daß vor allem durch grausame Gewalttaten an der einheimischen Bevölkerung weltweit auf sich aufmerksam machte. An seiner negativen Popularität in jenen Tagen hatte vor allem auch der Stern-Reporter Gerd Heidemann Anteil, der sich knapp 20 Jahre später mit gefälschten Hitler-Tagebüchern eine blutige Nase holte. Seine Fotos führten dem bundesdeutschen Leser vor Augen, was Müller und Konsorten im Kongo anrichteten.

Heynowski und Scheumann, die später viele sehr interessante Dokumentarfilme und Bücher veröffentlichten, gelang es, Siegfried Müller vor die Kamera zu bekommen und ihn mehr als eine Stunde zu befragen. Müller machte keinen Hehl daraus, daß er fanatischer Antikommunist ist und bezeichnete sich selbst als „Krieger des freien Westens“. Nach einer Kontaktaufnahme über die Ehefrau von Müller war es schließlich am 10. November 1965 soweit. In einem Münchener Studio gab Müller bereitwillig bei einem mehrstündigen Gespräch, wo er auch reichlich Alkohol zu sich nahm, Auskunft über seine Gedankenwelt und sein grauenhaftes Handeln im Kongo. Natürlich kam er in Tarnflecken-Uniform mit dem Eisernen Kreuz an der Brust. Mit keiner Silbe nahm Müller an, daß seine Gesprächspartner aus dem Osten Deutschlands, der DDR, kommen könnten. Er fühlte sich gebauchpinselt und nutzte die Gelegenheit, im Mittelpunkt zu stehen. So unterschrieb er auch anstandslos den vorbereiteten Vertrag, der H & S sämtliche Rechte zur Auswertung des gedrehten Materials übertrug.

Am 9. Februar 1966, vor 60 Jahren, strahlte der Deutsche Fernsehfunk das auf rund eine Stunde reduzierte Interview unter dem Titel „Der lachende Mann – Bekenntnisse eines Mörders“ aus. Das damit ausgelöste große Aufsehen und die Abscheu reichte weit über die Grenzen der DDR hinaus. Auch in der Volksrepublik Polen und in Jugoslawien wurde der Film gezeigt. In der Bundesrepublik überschlugen sich die Journalisten, daß Müller seinen Interviewern auf den „roten Leim gegangen“ sei. Es meldeten sich auch

zeitweilige frühere Weggefährten von Müller und berichteten über ihre Erlebnisse mit ihm. Wenige Tage nach Ausstrahlung des Films erstattete Rechtsanwalt Professor Dr. Kaul im Auftrag der Witwe von Patrice Lumumba Strafanzeige gegen Müller und einen ehemaligen Fähnrich der Bundeswehr wegen Mordes und besonders schweren Raubes bei der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt am Main. Die daraufhin eingeleiteten Ermittlungen wurden bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt geführt. Siegfried Müller hatte in deren Amtsbezirk, nämlich in Langen, einen deutschen Wohnsitz. In den folgenden zwei Monaten ging es zunächst um die Frage, ob die Journalisten Heynowski und Scheumann dem zuständigen Ermittlungsrichter als Zeugen zur Verfügung stehen könnten. Mit Müller selbst beschäftigte man sich zunächst nicht. So konnte sich der am 18. April 1966 wieder nach Südafrika absetzen. Auf diese Weise entzog er sich dem Zugriff der bundesdeutschen Justiz, die nach dem Legalitätsprinzip auch für seine Untaten im Kongo zuständig gewesen wäre, da Müller die deutsche Staatsbürgerschaft besaß. Am 1. September 1966 stellte die Staatsanwaltschaft Darmstadt das gegen ihn laufende Ermittlungsverfahren vorläufig ein, da er als unbekannten Aufenthalts galt. Etwa um das Jahr 1976 herum hörte man von ihm nochmals kurz, daß er auch für einen Einsatz in Namibia zur Verfügung stehen würde. Müller starb unbekleidet im April 1983.

Die journalistische Leistung der beiden DDR-Dokumentaristen, die sich sorgsam auf das Fernsehinterview mit ihm vorbereitet hatten, bleibt unvergessen.

RA Ralph Dobrawa

Rußland hat das Feindbild zu sein

Es ist offenbar die größte Bedrohung für den Westen, wenn Russland seine Sicherheit an seinen Grenzen einfordert, was für jeden westlichen Staat Selbstverständnis ist.

Man könnte sich der russischen Geschichte erinnern, an das Russland, welches bereits 1918 von der Allianz westlicher Staaten militärisch angegriffen wurde, von Staaten, die im Ersten Weltkrieg noch Feinde gewesen sind. Wer weiß davon? Wer weiß heute noch, wer den Zweiten wie den Ersten Weltkrieg ganz offen vom Zaune gebrochen hat, immer gegen Russland? Mit dem Feindbild und gesteuerte Bevölkerung funktioniert es, wie es ein Goebbels und Göring schon

propagierten. Das Volk kann mit oder ohne Stimmrecht immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.“ (Göring am 18.4.46 vor dem Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg)

Propagandagrundregel Nummer eins: Das Volk nie mit komplizierten Vielfronten- und Feindbildern verwirren, ihm immer nur einen einzigen, einprägsamen Feind zeigen und ihm dieses Feindbild beharrlich und

emotional klarmachen. Es funktioniert, und die Bevölkerung glaubt mehrheitlich, in Demokratie und Freiheit zu leben.

Über das imperialistische Streben nach Weltmacht müssen wir uns nicht wundern und daß die aggressivsten, kriegerischsten Mächte bei Strafe des eigenen Untergangs eskalieren, wissen wir aus der Geschichte und bestimmt nicht der Geschichte Russlands. Aber beunruhigen müßte uns, wenn die deutsche Bevölkerung mehrheitlich mit in das Putingeschrei verfällt und sich alle westlichen Kriege als reine Verteidigung einreden läßt.

Roland Winkler
Aue

Fritz Giga ist nicht vergessen

Beginnen wir mit einem Zitat des bekannten deutschen Schriftstellers Alfred Kantorowicz, Presseoffizier im „Tschapajew-Bataillon“ im Spanischen Bürgerkrieg, der folgende Begegnung in einer Kampfpause festhielt:

Wir hörten dem General Gomez zu. Er erzählte uns von den Kämpfen der Arbeiter im Ruhrgebiet gegen die nationalistischen Freikorps, die Vorläufer der Hitlerschen SA-Horden waren. Seit jenen Tagen sind viele Jahre vergangen. Aber unter uns deutschen Spanienkämpfern waren einige, die unseren General aus jener Zeit kennen. Der ehemalige kaiserliche Offizier hatte sich im Weltkrieg schon zur Sache des Volkes bekannt. Als es galt, die deutsche Republik gegen den ersten offenen Schlag der Konterrevolution, den Kapp-Putsch im Frühjahr 1920, hatten die Arbeiter des Rheinlandes zu den Waffen gegriffen; er wurde einer ihrer militärischen Organisatoren.

Der Brigadekommandeur mit dem Kampfnamen „Gomez“ war Wilhelm Zaisser (1893–1958) aus Gelsenkirchen, später, in den Anfängen der DDR, erster Minister für Staatssicherheit und Mitglied des Politbüros der SED.

Er und Fritz Giga, um den es in diesem Beitrag geht, waren Kämpfer der Roten Ruhrarmee. Beide lernten sich im Rathaus Oberhausen kennen, das Fritz Giga mit einer Hundertschaft gegen die Feinde der Republik verteidigte und später feststellen mußte, daß diese Republik gar nicht verteidigt werden wollte.

Fritz Giga, 1899 in Mülheim geboren und Mitbegründer der KPD Oberhausen 1919, war einige Jahre jünger als Wilhelm Zaisser und konnte sich nicht mehr genau an die Begegnung während der Kämpfe um das Oberhausener Rathaus erinnern. Was Fritz Giga im Polizeipräsidium Oberhausen widerfuhr, läßt sich mit Blick auf den Chronisten Alfred Kantorowicz wie folgt erzählen:

Am 13. November 1934 wurde Giga festgenommen, der Vorwurf lautete wie bei fast allen Antifaschisten „Vorbereitung zum Hochverrat“. Er schwieg zu allen Vorwürfen und gab die Namen seiner Genossen nicht preis. Mit Peitschen, Ledriemen und Koppeln wurde er bewußtlos geschlagen. Zum Abschluß der Folter brannten ihm die SA-Schergen ein Hakenkreuz auf den Bauch und warfen ihn aus dem Fenster.

Fritz Giga überlebte die Tortur mehr tot als lebendig und erlangte im Oberhausener Josefs-Hospital wieder sein Bewußtsein. Eine mutige Krankenschwester pflegte und schützte ihn vor den

SA-Folterknechten. Der fast wieder genesende Patient wurde in einer tollkühnen Aktion von seinen als SA-Leute verkleideten Genossen befreit und nach Holland in Sicherheit gebracht.

Später schloß er sich den Internationalen Brigaden im Spanischen Krieg gegen den faschistischen General Franco an.

Im Juli 1936 putschten Generäle und Garnisonen der spanischen Armee gegen die demokratisch gewählte Regierung. Große Teile des Volkes formierten sich gegen die putschenden Legionäre und Militärverbände, aus aller Welt eilten Freiwillige ins Land, um die Republik in den Internationalen Brigaden zu verteidigen. Tausende deutsche Antifaschisten waren dabei, die oft direkt aus der Emigration auf abenteuerlichen Fluchtrouten über Amsterdam nach Spanien gelangten.

General Franco und seine Helfer aus Großgrundbesitz, Finanzoligarchie, Klerus und Armee sowie Söldner aus Nordafrika wurden von Adolf Hitler und Benito Mussolini unterstützt. Für beide Diktatoren war der Krieg in Spanien eine willkommene Generalprobe für den geplanten eigenen Krieg.

Neben zahlreichen Kriegsverbrechen in Spanien war die Legion Condor verantwortlich für die Zerstörung des Dorfes Guernica und den Tod fast der kompletten Einwohnerschaft. Hier fand das erste Flächenbombardement der Kriegsgeschichte statt. Pablo Picasso hat den Opfern in einem Gemälde ein beeindruckendes Denkmal gesetzt.

Der bekannte Arbeiterschriftsteller Hans Marchwitza berichtet über seinen Mitkämpfer Fritz Giga:

Ich habe ihn schon früher wo gesehen, in Essen, Bochum, Mülheim oder wo, mit seinem Tambourstab vor einer Trommelschar, bei Demonstrationen. Mag sein, daß er mal neben mir gekniet in einem Kohlenschacht. Fritz Giga hieß er und trug zwei goldene Streifen am Rock und an seiner Mütze. Seine Schulter zuckte von einem Nervenzerren. Erst später vernahmen wir die Ursache seines Leidens. Wir wurden Freunde. Ach, wer war ihm nicht in Liebe zugetan. Sein steter Wunsch, von glühendem Haß getragen, der war, die Bitterzeit der Haft im offenen Kampf zu rächen. Denn in den Dörfern, die die 13. Brigade erstürmte, fand man in reichen Faschistenhäusern auch Fahnen mit dem Hakenkreuz und neben Francos Bild das Bild Adolf Hitler.

Als Oberleutnant einer Pionierkompanie fiel Fritz Giga am 11. Juli 1937 in diesem Kampf in der Ortschaft Villanueva de la Canada nahe dem Kloster Romanillos.

In zahlreichen Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte wird in Oberhausen an Fritz Giga erinnert. Historische Stadtrundgänge zum Polizeipräsidium und zum Josefs-Hospital halten die Erinnerung ebenso wach wie ein Stolperstein an seinem letzten Wohnort in der Lothringer Straße 169. Die Bezirksvertretung Alt-Oberhausen entschied im Sommer 2014 – auf Antrag von Thomas Haller (Linke Liste Oberhausen, VVN-BdA) – eine Straße nach dem Freiheitskämpfer zu benennen. Seitdem gibt es im Oberhausener Stadtteil Alstaden die „Fritz-Giga-Straße“.

In dem 2018 in Oberhausen aufgeführten Theaterstück „Das dritte Leben des Fritz Giga“ spielt die Schauspielerin Anna Polke die Krankenschwester Martha, die Giga's Leben im Krankenhaus schützte. Als passender Ort für diese Aufführung erwies sich die ehemalige Kantine des Rathaus Oberhausen, das Fritz Giga mit Kämpfern der Roten Ruhrarmee im März 1920 gegen die rechtsradikalen Putschisten verteidigte. „Das dritte Leben des Fritz Giga“ ist ein beeindruckendes Stück gegen Gewalt und Krieg, das auch im Jahr 2026 nicht an Aktualität verloren hat, im Gegenteil. Auch ein weiteres Kriegsjahr 2026 wird die Profite der Rüstungsindustrie in schwindelnde Höhen treiben. Waffenlieferungen aus Deutschland steigern die Dividenden von Rheinmetall, Heckler und Koch und Co. – politisch unterstützt und abgesichert durch die gegenwärtige Regierung aus CDU/CSU und SPD, während in zahlreichen Kriegsgebieten Menschen zu Tausenden umgebracht oder ins Elend gestürzt werden.

Aus der Geschichte von Fritz Giga ergeben sich Fragen an uns heute: Wie stellen wir überhaupt Frieden in Europa wieder her? Und wie sichern wir die gebotene Friedenserziehung der jüngeren Generation, angesichts der geplanten Einführung der Wehrpflicht, der Remilitarisierung und „Kriegserüchtigung“ unserer Gesellschaft – ohne Reaktivierung historischen Wissens um die verheerende Vorgeschichte von Weltkriegen und um mutige Menschen, die um Kriegsverhinderung gerungen und gegen angeheizte Kriege gekämpft haben? In Oberhausen könnten wir einiges mehr dazu beitragen.

Es gibt in allen Stadtteilen Orte, die den Terror der Faschisten und ihrer willigen Helfer belegen, auch der Widerstand dagegen ist dokumentiert. Es gilt heute mehr denn je, sie im Sinne einer antifaschistisch-demokratischen Gedenkkultur zu nutzen.

Klaus Oberschewen
Oberhausen

Der Kodex von Nürnberg ist Völkerrecht

Vom 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946 verhandelte der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg gegen die Hauptkriegsverbrecher.

Es war einer der bedeutendsten Strafprozesse des 20. Jahrhunderts. Die neunzehn Beschuldigten waren die Exponenten der barbarischsten Herrschaftsform des deutschen Monopolkapitals. Auf ihr Konto ging der Tod von sechzig Millionen Menschen, davon knapp die Hälfte unschuldige Zivilisten.

Schon einmal wollte man Kriegsverbrecher vor Gericht bringen. Der Versailler Vertrag sah vor, Wilhelm II. wegen schwerster "Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge" vor ein Gericht der imperialistischen Siegermächte zu stellen. Am 10. November 1918 floh er nach Holland, genau einen Tag vor Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens. Außerdem war geplant, solche illustren Leute wie den deutschen Kronprinzen, Hindenburg und Ludendorff wegen der Verschleppung französischer Zivilisten, Verbrechen gegen französische Kriegsgefangene und Zivilisten sowie ungerechtfertigte Verwüstungen Nordfrankreichs anzuklagen. Es kam zu keinem einzigen Prozeß. Deutschland lieferte die Angeklagten nicht aus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist das anders. Hauptgeschädigter ist die UdSSR und die bestand auf einer Aburteilung aller Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dazu tagten bereits schon im Oktober 1943 in Moskau die Außenminister der alliierten Mächte. Wie sich zeigte, war der Westen ganz offensichtlich an so etwas nicht interessiert. Herr Cordell Hull brachte es auf den Punkt (Zitat): „Wenn es nach mir ginge, würde ich mit Hitler, Mussolini und Tojo und mitsamt ihren Erzkomplizen vor einem Standgericht kurzen Prozeß machen.“ Ja klar doch, Prozesse hätten dann auch die Hintermänner, deren Interessen und wahren Absichten zu Tage gefördert. Für das Finanz- und Monopolkapital grottenschlecht. Die UdSSR beharrte auf ihrem Standpunkt. Schließlich war sie Hauptgeschädigter.

Die Grundsätze des IMT sind aktueller denn je. Man kann das tagtäglich an den Vorgängen der imperialistischen Welt sehen. Haben sich Repräsentanten des Westens, darunter jener, die mit am Nürnberger Richtertisch saßen, im Spiegel des Urteils nicht schon längst als maßlos erwiesen? Robert H. Jackson, der US-amerikanische Chefankläger von Nürnberg, mahnte „Denn wir dürfen niemals vergessen, daß nach dem gleichen Maß, mit dem wir die Angeklagten heute messen, auch wir morgen

von der Geschichte gemessen werden. Diesen Angeklagten einen vergifteten Becher reichen bedeutet, ihn an unsere eigenen Lippen zu bringen.“ Für die westlichen Apologeten waren und sind all diese Erkenntnisse irrelevant. Das Ringen um die Wahrung der Grundsätze von Nürnberg war schon immer bedeutend, sollte es doch die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Staaten gewährleisten. Und nicht zuletzt gebietet es der Respekt den Millionen von Opfern gegenüber.

Das IMT kam auf Grund des Londoner Viermächte-Abkommens vom 8. August 1945 zustande und bezog sich explizit auf die

Versklavung, Deportation oder anderer unmenschlicher Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung, begangen vor oder während des Krieges ... Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen ...“

Die Nürnberger Rechtsgrundsätze sind mittlerweile mehrfach durch UN-Vollversammlungen bestätigt worden, unter anderem die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit am 26. November 1968.

Um jeden Widerstand in der Bevölkerung zu brechen, stand ganz am Anfang die Kommunistenverfolgung. Göring



US-Ankläger Robert H. Jackson im Nürnberger Prozeß

Bestimmungen der Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943, betreffend deutsche Grausamkeiten im besetzten Europa. Artikel 6 des Statuts legt die abzuurteilenden Verbrechen fest:

- (a) Verschwörung – Verbrechen gegen den Frieden, Verschwörung zum Angriffskrieg oder zu anderen Verbrechen.
- (b) VERBRECHEN GEGEN DEN FRIEDEN: nämlich Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführungen eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen;
- (c) KRIEGSVERBRECHEN; nämlich Verletzung der Kriegsgesetze, Mord, Mißhandlung, Sklavenarbeit ...
- (d) VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT; nämlich Mord, Ausrottung,

leugnete in seinem Schlußwort vor dem Kriegsverbrechertribunal: „... ich habe niemals, an keinem Menschen und zu keinem Zeitpunkt einen Mord befohlen und ebenso wenig sonstige Grausamkeiten angeordnet oder geduldet ...“. Sage und schreibe 56 Stunden sprach er vor dem Tribunal. Als Göring am 27. Februar 1933 den Reichstag in Brand setzen ließ, waren die Listen der „gefährlichsten“ Funktionäre, Abgeordnete und KPD-Mitglieder schon längst zusammengestellt. Die Verfolgung von Kommunisten stand ganz am Anfang der faschistischen Verbrechen. Mit der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 hatte man faktisch die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt. Noch vor Prozeßbeginn offenbarte der Reichsmarschall von Hitlers Gnaden dem US-amerikanischen Chefankläger Robert H. Jackson im Verhör zu den

Massenverhaftungen von Kommunisten in der Nacht des Reichstagsbrandes: „Ich betone noch einmal, der Entschluß ihrer Verhaftung stand schon tagelang vorher fest, nur der Zeitpunkt der sofortigen Verhaftung erfolgte in dieser Nacht.“ Der Mitangeklagte Alfred Rosenberg, NSDAP-Parteiphilosop, forderte schon 1923 „in der roh materialistischen marxistischen Weltanschauung ... erblickt der Nationalsozialismus seinen Todfeind ... Diese Weltanschauung zu überwinden und sie zu vernichten, ihre Hauptvertreter ... unschädlich zu machen, ist das wichtigste Ziel der NSDAP.“ Den reaktionärsten Kreisen des deutschen Finanz- und Monopolkapitals war Hitlers Antikommunismus willkommen. Es verwundert daher nicht, daß sie als Steigbügelhalter Hitlers fungierten. Sofort nach der Machtübernahme erhob das Hitlerregime den Antikommunismus zur Staatsdoktrin. Abertausende Kommunisten ließen Hitler und seine Kumpane in Kerkern und Konzentrationslagern erniedrigen, mißhandeln, hungern und ermorden, darunter Ernst Thälmann. Ebenso traf es Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Demokraten und Christen. Darunter Künstler, Akademiker, Sinti und Roma und Juden.

Nur drei Jahre nach Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes war es dann schon wieder obsolet. Sie begannen erneut mit der Kommunistenverfolgung. Auch vor Friedenskräften und Antimilitaristen machten sie nicht halt. Das erste Opfer war die FDJ, die Freie Deutsche Jugend. Sie wurde deshalb verboten, weil sie sich gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands wandte und obendrein hierüber eine Volksbefragung vorbereitete. Ab September 1950 kam es zu ersten Berufsverboten gegen FDJ-Mitglieder und Kommunisten. Der Vorwurf: Sie seien Mitglieder oder Sympathisanten der KPD. Im gleichen Jahr stellte Adenauer den Verbotsantrag gegen die KPD. Sie verfolgten und verfolgen Mitglieder einer regulären Partei. Im antifaschistischen Widerstand zahlten die Kommunisten den höchsten Blutzoll. Noch immer gibt es in Europa Länder, die Kommunisten verfolgen und wieder verfolgen. Von der westdeutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, die Inbesitznahme Ostdeutschlands verbunden mit der Abwicklung der wissenschaftlich, technischen und künstlerischen Intelligenz der ehemaligen DDR. „Systemnähe“ waren die Vorwürfe gegen Lehrer, Wissenschaftler und Künstler. Man warf ihnen vor, Kommunisten zu sein. Enteignungen, verbunden mit gerichtlichen Unrechtsentscheidungen, ganz nach kolonialer Art. Dem ging natürlich eine bis heute andauernde Hetze gegen alles, was DDR ist, voraus. Während Julius Streicher wegen seiner Hetzschriften im Stürmer für schuldig befunden und zum Tode verurteilt wurde,

haben sie Hans Fritsche freigesprochen. Dieser Herr Fritsche konnte dann alsbald seine antikommunistische Hetze fortführen. Hans Fritsche war Chefkommentator im Großdeutschen Rundfunk und mit dem „Goebbels-Ministerium“ eng verbunden. Streicher versuchte, seine Leser von der Notwendigkeit der „Reinheit der Rasse“ zu überzeugen und schilderte in an pornografische Weise grenzende und frei erfundene Sachverhalte, wie Juden, unschuldige reinrassige deutsche Frauen vergewaltigen würden. Seine Artikel resultierten aus Denunziationen von Lesern und enthielten die vollen Namen der jüdischen Beschuldigten. In der Rubrik „Am Pranger“ hat er denunziert und die Bestrafung gefordert. Tatsächlich führte das vermehrt zu Pogromen und Lynchjustiz.

Die Nürnberger Ankläger wiesen dem Beschuldigten Julius Streicher eine Verschwörung zur Vernichtung der Juden nach. Julius Streicher wurde im Punkt 4 schuldig gesprochen und hingerichtet. Man schaue seine Hetzblätter und Schmähsschriften an. Lehren aus Nürnberg? Fehlanzeige.

Für das Monopolkapital war Nürnberg ein Alptraum. Die Herrschaften von Industrie und Wirtschaft sollten ebenso auf die Anklagebank. Waren sie doch die eigentlichen Hintermänner der deutschen Aggressionen. Aber hier machten sich schon erste Intrigen der „Westalliierten“ bemerkbar. Krupp war auf der Liste der Hauptkriegsverbrecher benannt. Die Protektion der britischen Anklagevertreter und wohlwollende Ärzte ersparten ihm die Verhandlung vor dem IMT. Anstatt seiner sollte nun sein Sohn auf die Anklagebank. Großbankier von Schröder orchestrierte zahlreiche Treffen mit hochrangigen Naziführern, Vertretern des Monopolkapitals und der Industrie. Röchling war einer der raubgierigsten Exponenten aus der Stahlindustrie. Gegen die Direktoren der IG Farben lag umfängliches Beweismaterial vor. Doch es findet kein Prozeß gegen die Industriebosse und Kriegsgewinner statt. Sämtliche Proteste des sowjetischen Chefanklägers Rudenko verhallten ungehört.

In Nürnberg und Dachau verurteilten amerikanische Militärgerichte während der ersten Nachkriegsjahre 1814 Personen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Darunter SS-Führer, Ärzte, Generale und Juristen. 806 Todesurteile, von denen tatsächlich 486 vollstreckt wurden. Verbrecher mit weißem Kragen hingen faßte man mit Glacehandschuhen an. Eichmann und dem KZ-Arzt Mengele gelingt die Flucht. Bereits ab dem Jahr 1950 beginnen die Westmächte, abgeurteilte und in Haft befindliche NS-Verbrecher zu amnestieren. Am 31. Januar 1951 verfügt der US-Hochkommissar McCloy einen umfassenden Gnadenentlass, und so

haben sie beispielsweise aus dem Krupp-Verfahren abgeurteilte Kriegsverbrecher auf freien Fuß gesetzt. Alfred Krupp erhält sein Vermögen zurück. Der Gnadenentlass rettet zehn zum Tode verurteilten SS-Verbrechern der Einsatzgruppen das Leben. Schon 1951, im sogenannten 131er Gesetz vom Mai, dürfen dann wieder Beamte, Polizisten, Juristen und Lehrer des Dritten Reiches in Amt und Würden zurückkehren. Blutrichter und Staatsanwälte streifen ihre Roben über. Wieder stehen deutsche Kommunisten und Antifaschisten ihren früheren Peinigern gegenüber. Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 wird von der Bonner BRD mit Füßen getreten. Schon 1952 erhebt sich die BRD gegenüber der internationalen Gemeinschaft zum Lehrmeister im Völkerrecht. Das Nürnberger Recht sei „Sonderrecht“ und mit dem Völkerrecht nicht vereinbar, erklärt man der staunenden Welt. Die wenigen NS-Prozesse der Bonner BRD finden nur statt, wenn es gar nicht anders geht. Und die gehen stets glimpflich für die Angeklagten aus. Im Jahre 1964 beispielsweise kommt es im Westen zum Prozeß gegen den Abteilungsleiter der Kindereuthanasie des Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung von Mißbildungen, Dr. Hans Hafelmann. Er trägt Verantwortung für mindestens 5000 minderjährige Mordopfer. Es waren mißgebildete, geistig behinderte oder sogenannte verwahrloste Kinder. Sie haben sie mit Luminalspritzen, Tabletten oder Kohlenmonoxid ermordet. Der Kindermörder verteidigt sich mit dem Argument, aus „Barmherzigkeit“ gehandelt zu haben. Und das noch im Jahre 1961!

Rainer Hesse
Dresden



„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht

Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Grenzübergangsstelle Check-Point „Charlie“

In Erinnerung an den langjährigen Kommandeur OSL Horst Scholz und sein Kollektiv

Wenn jemand, was allerdings recht unwahrscheinlich ist, noch nie von der Grenzsicherung der DDR gehört haben sollte, so ist ihm doch sicher der Begriff Check-Point Charlie ein Begriff. Dabei ist das genau genommen nur der US-amerikanische Teil jenes legendären Grenzübergangs. Warum das Ding auf der US-Seite Charlie hieß und alle Westsozialisierten nur diesen Namen kannten, hängt nicht nur mit der sperrigen DDR-Abkürzung für unsere Seite des Übergangs zusammen. Bei uns hieß er GÜSt als Abkürzung für Grenzübergangsstelle. Typische Behördenabkürzung. Die US-Amerikaner haben für das Militär quasi eine eigene Sprache erfunden. Am lustigsten sind die Zeitangaben. Da heißt es z. B. nicht Zwölf Uhr Dreißig, sondern (Twelve one hundred thirty) Zwölfeinhundert Dreißig. Das hat mit den Zahlen zu tun, die geschrieben eben 1230 ergeben. Das soll nicht nur Legasthenikern helfen, sondern auch zur besonderen Verständlichkeit unter Streß und Gefechtslärm führen. Bei der Bezeichnung von Einheiten oder militärischen Einrichtungen werden deswegen keine Zahlen verwendet, sondern Buchstaben, die allerdings immer entsprechend des NATO-Alphabets ausgesprochen werden, als da wären: *Alfa, Bravo, Charlie, Delta, Echo, Foxtrot, Golf, Hotel, India, Juliett, Kilo, Lima, Mike, November, Oscar, Papa, Quebec, Romeo, Sierra, Tango, Uniform, Victor, Whiskey, Xray, Yankee, and Zulu*. Die Schreibweise im Englischen wurde dabei an die Aussprache angepaßt und entspricht nicht bei allen Namen den englischen Regeln. Dieselben Buchstabenbezeichnungen werden übrigens auch in der zivilen Luft- und Schifffahrt verwendet. Deswegen erhielten die Grenzübergänge von Westberlin in die DDR-Hauptstadt keine Nummern, sondern Buchstaben und der Übergang „C“ hieß dann eben „Charlie“.

An welchen Stellen Übergänge zwischen den zukünftigen Besatzungszonen sein sollten, wurde bereits im Umfeld der Jalta-Konferenz vor dem Kriegsende in Europa festgelegt und im Sommer 1945 nur noch hier und da angepaßt. Die Reihenfolge verlief hierbei von Nord nach Süd. Das „Charlie“, der bedeutendste Übergang im Berlin Stadtgebiet, so hieß, hing also nur mit der geografischen Lage zusammen. Die Besonderheit Ost war hierbei, daß an

den Übergangsstellen zwar alle Grenzer- oder Zolluniformen trugen, jedoch die meisten dem MfS, der dortigen HA VI angehörten und in PKE (Paßkontrolleinheiten) organisiert waren. Um zu erklären, warum es zu dieser Besonderheit kam, muß ein kleiner Exkurs in die Geschichte sozialistischen Grenzschutzes unternommen werden. Der sowjetische Grenzschutz deswegen,

einem Rätesystem und schließlich zur sozialistischen Entwicklung, ein schlechtes Beispiel für alle unmittelbar angrenzenden Länder, aber auch gerade die entwickelten imperialistischen Staaten dar, denn es zeigte, wie man Arbeiter und Bauern einbinden kann in eine Staatsentwicklung, wo nicht mehr wenige über viele, sondern viele über wenige bestimmen können. Hinzu kam, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen hatte, daß Frieden wichtiger war, insbesondere nach fünf langen, mörderischen Kriegsjahren. Das ließ Sowjetrußland für einige innere und äußere Feinde schwach erscheinen.

So funktionierte zwar halbwegs der Frieden von Brest-Litowsk, doch an allen Ecken und Enden verbündeten sich innere und äußere Feinde, um den jungen neuen Staat zu bekämpfen. So schien es nur folgerichtig, die Sicherheit des jungen neuen Staates in einer Behörde zu konzentrieren. Am 24. November 1920 wurde der Grenzschutz an die Tscheka (eigentlich WTscheka, russisch ВЧК, das ist die Abkürzung für *Allrussische au*

ßerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage), die zum Schutz des Staates am 20. Dezember 1917 gegründet wurde, übertragen. Um diese Aufgaben leisten zu können, war es notwendig, innere Truppen, die sowohl für den Kampf gegen Banditen im Inneren als auch zur Verstärkung der Grenztruppen an den Grenzen tätig wurden, aufzustellen. Und die Angriffe auf das junge Sowjetrußland und später auf die Sowjetunion waren vielfältig. Verschiedene politische und ökonomische Kräfte im Land selbst meinten, den Räten die Macht streitig machen zu können. Darüber hinaus gab es marodierende, kriminelle Banden in vielen Teilen des Landes, die bekämpft werden mußten und religiöse Eiferer, denen die Entwicklung nicht paßte. Wie erinnern uns an die Lehrerinnen Mittelasiens, die gemeuchelt wurden, um Bildung für alle zu verhindern. Hinzu kam die Bedrohung von außen. Im Westen hatten sich die ehemaligen Verbündeten aus dem Weltkrieg mit den ehemaligen Feinden, den deutschen Freikorps, zusammengeschlossen und ließen Polen und die Deutschen gegen Sowjetrußland antreten (sowjetrussisch-polnischer Krieg).



Berlin, 27. Oktober 1961: Sowjetische und US-Panzer am Checkpoint Charlie

weil Sowjetrußland (ab 1922 UdSSR, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, auch Sowjetunion) das erste Land war, das versuchte, einen Sozialismus aufzubauen. Mit dem sozialistischen Aufbau bekam der Schutz des Landes an den Staatsgrenzen auch einen anderen Charakter. Und doch wurden die ersten Grenztruppen Sowjetrußlands, nach gut bürgerlichem Muster, am 30. März 1918 dem Volkskommissariat für Finanzen unterstellt. In bürgerlichen Staaten dienten Grenzschutz und Zoll vor allem der Sicherung der eigenen Ökonomie und des Finanzwesens. Daß Sowjetrußland darüber hinaus an den Grenzen nicht nur seine Souveränität, sondern seine blanke Existenz schützen mußte, wurde jedoch schnell ruchbar. Dazu sollte man bedenken, daß Sowjetrußland mehr als 19 000 km Landgrenzen und weitere tausende Kilometer Seegrenzen (die Ostsee, Barentsee, Karasee, Laptewsee, Ostsibirische See, Tschuktschensee, das Behringmeer, den Pazifischen Ozean, das Ochotskische Meer sowie das Japanische Meer) zu schützen hatte. Dabei stellte die gesellschaftliche Entwicklung weg von feudalistischen und kapitalistischen Produktionsformen hin zu

Der führte dazu, daß große Teile der heutigen Ukraine und Belorusslands von Polen okkupiert wurden. Im Norden nahm sich Finnland, das gerade erst aus dem Zarenreich entlassen worden war, Teile Kareliens. Über das Schwarze Meer kamen britische und französische Truppen, die dann ihrerseits freigelassene Kriegsgefangene z. B. aus der Slowakei und Ungarn gegen die Sowjetmacht rekrutierten. Im Kaukasus wehrten sich die Clans mit kleinen oder großen Streitmächten gegen die russische Räterepublik, und im Osten versuchten japanische und chinesische bewaffnete Banden ihr Glück. Für die Seegrenzen wurden entsprechende Grenzschutzflottilen geschaffen. Die bewaffneten Auseinandersetzungen im Innern und an den Grenzen der UdSSR (ab 1922) zogen sich durch die 20er und 30er Jahre, und selbst nach dem 8. Mai 1945 gingen die Kämpfe im Baltikum, Weißrussland und in der Ukraine weiter, diesmal gegen ehemalige Helfer der Faschisten und Nationalisten, die ihrerseits von westlichen Ländern und der OG (Organisation Gehlen, Vorläufer des BND) kräftig unterstützt wurden. Diese ständigen Kämpfe wurden mit großer Härte geführt und führten auch zu einer gewissen Paranoia bei den Verantwortlichen in der Sowjetunion. Welche schlimmen Auswüchse letzteres hatte, ist allen bekannt und sollte nicht als Bestandteil sozialistischer Frühentwicklung fehlinterpretiert werden. Daß die Bedrohung der alternativen Gesellschaftsentwicklung von innen und außen permanent war, ist jedoch ebenso unbestritten. Neben wirtschaftlichen Würgeisen aller Art wurden auch ständig Pläne zur militärischen Erledigung des jungen Sozialismus ersonnen. Das alles führte dazu, daß die Grenzsicherung der jungen Volksrepubliken nach dem 2. Weltkrieg, sich ebenfalls auf Versuche von außen, die Staaten zu bedrängen, einstellen mußten. Da waren die sowjetischen Erfahrungen hochwillkommen.

Die Entwicklung in Deutschland nach 1945 lief etwas komplizierter ab. Bis zum Ende des Krieges gegen die Faschisten in Europa (8./9. Mai 1945) und die japanischen Militaristen in Asien (2. September 1945) kämpften Westalliierte und Sowjetunion noch Seite an Seite. Doch schon während der Kriegshandlungen traten im Nachdenken über die Zeit nach dem Krieg sehr unterschiedliche Vorstellungen zu Tage. Auf Konferenzen in Teheran (1943) und Jalta (auch Krimkonferenz im Februar 1944) wurden extrem gegensätzliche Meinungen darüber, wie mit Deutschland nach dem Krieg zu verfahren sei, diskutiert. Eigentümlicherweise waren die Rachephantasien der westlichen Delegationen viel ausgeprägter als die der sowjetischen, obwohl die Sowjetunion einen viel höheren Blutzoll als die anderen Länder gezahlt hatte (z. B. Frankreich 360 000 Tote, Großbritannien 333 000 Tote, USA 443 000 Tote, UdSSR 27 000 000 Tote). Man einigte sich

letztendlich darauf, Deutschland in drei (UdSSR, USA, Großbritannien), später in vier (Frankreich) Besatzungszonen aufzuteilen. Nach sowjetischen Vorstellungen sollte Deutschland nach der Entnazifizierung zu einem friedlichen, demokratischen Staat werden. Den Westalliierten, darunter besonders Großbritannien und nach Roosevelts Tod auch die USA, dämmerte langsam, daß ihre heimliche Annahme, Hitler würde die Sowjets erledigen oder wenigstens soweit schwächen, daß sie weltökonomisch und -politisch keine Rolle mehr spielten, sich nicht erfüllt hatte. Seit jener Zeit wabert der unbewiesene Churchill zugeschriebene Spruch: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet!“ durch die Welt. Nun mag der kleine dicke Zigarrenraucher das tatsächlich nicht so gesagt haben. Allerdings deuten sowohl die Handlungsweisen seiner Nachfolger im Amt als auch die der US-amerikanischen Verbündeten darauf hin, daß dieses „Zitat“ die Denkweise dieser Staatenlenker ziemlich genau wiedergibt. Neben einer lustlos und wenig enthusiastischen Entnazifizierung in den Westzonen rekrutierte man ohne Verzug die alten Feinde, um gegen den ehemaligen Waffenbruder in der einen oder anderen Art aktiv zu werden. So wurden u.a. Schnellboote der Nazikriegsflotte samt Besatzungen eingesetzt, um über den Seeweg all jene Kämpfer gegen die Sowjetmacht im Baltikum, Weißrussland und Polen und über andere Wege in der Ukraine mit Menschen und Material zu unterstützen. Dabei kam die Hilfe des Nazi-Generalmajors und Chefs Fremde Heere Ost, Reinhard Gehlen, der sich den US-Amerikanern mit all seinem Wissen und Material angedient hatte, gerade recht. So wurde dann Anfang 1946 die OG (Organisation Gehlen), Vorläufer des BND, mit tatkräftiger Unterstützung der US-Armee gegründet. Und, obwohl die deutsche Bevölkerung angesichts der Trümmerlandschaften und einem untergegangenen Staat viele andere Sorgen hatte, sorgsam darauf geachtet, das eigene Tun in ein gutes moralisches Licht zu stellen. So wurde massiv die Bedrohungslegende von der kommunistischen Weltrevolution, die auch mit Gewalt gegen andere Länder durchgesetzt werde und auf die alles Tun und Handeln der Sowjetunion ausgerichtet sei, und gegen die man sich wehren muß, um die Freiheit zu verteidigen, kolportiert und in die Köpfe der Menschen gepflanzt. In den USA war der Antikommunismus immer besonders groß. Unter anderem wurde deswegen schon im Jahr 1938 der Foreign Agents Registration Act in Kraft gesetzt, der bestimmte, daß sich im Interesse einer ausländischen Macht Tätige registrieren lassen mußten. Und kommunistische Organisationen galten als besonders unamerikanisch, quasi als trojanische Pferde der Sowjetunion in Gottes eigenem Land, in Amerika (richtiger USA,

denn Amerika ist ja viel mehr als die USA). Bereits Anfang 1945 entstanden daraus ein Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeiten, der sich fast ausschließlich gegen fortschrittliche Intellektuelle, viele waren vor den Nazis aus Europa geflohen, und Kommunisten richtete. Seinen Höhepunkt erreichten die Hexenjagden Ende 1946/Anfang 1947 und sind untrennbar mit dem Wirken des Senators McCarthy verbunden.

Ich erläutere die weltpolitischen Umstände deswegen so breit, weil sie unmittelbare Auswirkungen auf das Grenzregime zwischen den westlichen und östlichen Besatzungszonen hatten. Es waren die US-Amerikaner und auch die Briten, die die Linie zwischen der sowjetischen und den westlichen Besatzungszonen als Trennlinie zwischen guter westlicher Lebensweise und den asiatisch-kommunistischen Horden und ihren deutschen Helferlein ansahen, als Eisernen Vorhang im beginnenden Kalten Krieg. Stalin und andere sowjetische Politiker versuchten noch bis weit in die 50er Jahre, Möglichkeiten für ein einiges Nachkriegsdeutschland auszuloten. Recht frühzeitig setzte man in den USA und Westeuropa (allerdings anfangs auch gegen den Widerstand der Franzosen) darauf, lieber das „halbe“ Deutschland als Bollwerk gegen den Kommunismus auszubauen, als einen deutschen Gesamtstaat zuzulassen, in dessen einer Zone Antikapitalisten gestärkt wurden. Und mit der Einführung des westlichen Separatwährung am 20. Juni 1948 war die Teilung des Landes zementiert. Einen Monat danach übergaben die westlichen Militärgouverneure den Ministerpräsidenten in den Westzonen Dokumente, in denen ihre Vorstellung von einem zukünftigen Weststaat standen, und am 23. Mai 1949 wurde das vorläufige Grundgesetz in den Westzonen in den Verfassungsrang erhoben und damit die BRD de facto gegründet.

Die politischen Entwicklungen in der BRD bestimmten den Aufbau der Grenzsicherungsorgane in der SBZ, später DDR. Bis fast zum Ende 1946 sicherten die sowjetischen Truppen die Demarkationslinien zu den Westzonen. Ab dem 1. Dezember 1946 übernahm dann die Deutsche Grenzpolizei die Sicherung. Ging es am Anfang vor allem darum, Schmuggler, Schwarzhandler und nach Westen flüchtende alte Nazis aufzuhalten sowie Saboteure aus den Westzonen festzusetzen, erweiterten sich die Aufgaben schnell dahingehend, die Wirtschaft und die neuen demokratischen Verhältnisse gegen allerlei Akteure zu schützen. Das galt dann erst recht nach Gründung des westdeutschen Separatstaates und der DDR. Nun bildete jedoch die ehemalige Zonengrenze West die Staatsgrenze der DDR und zugleich die Nahtstelle zwischen den beiden Blöcken im Kalten Krieg. Und weil in den 50er Jahren von den Westmächten kräftig Pläne geschmiedet wurden, die DDR,

notfalls auch mit militärischen Mitteln, aus dem Ostblock herauszubrechen und an das kapitalistische Westdeutschland anzugliedern, wurde die Grenzpolizei auch mit schweren Waffen, wie Schützenpanzern, Panzerabwehrkanonen usw. ausgerüstet. Die Führung erfolgte bis 1955 formal über die Polizeichefs der Ostländer und ab 1952 den Chef der Deutschen Grenzpolizei der DDR. Das Ministerium für Staatssicherheit übernahm bereits ab 1952 bestimmte Verantwortlichkeiten beim Grenzschutz, z. B. durch Aufklärung im Vorfeld als auch in der Ermittlungsarbeit bei Grenzverletzungen. Als dann 1961 die Westgrenze stark mit Grenzzaun und Sicherungsanlagen ausgebaut und in Berlin die Grenze durch eine Mauer befestigt wurde, wurde ab September 1961 die Grenzpolizei zu den Grenztruppen der DDR. Die Berliner Einheiten wurden dann später den Grenztruppen unterstellt. Durch diese Grenzsicherungsmaßnahmen sollten mehrere Probleme gelöst werden. Zu allererst sollte es NATO-Truppen im Fall des Falles schwerer gemacht werden, die Grenze zu überwinden. Dann sollte natürlich der Exodus von gut ausgebildeten Fachkräften in den „Goldenem Westen“ gestoppt werden. Vor allem aber sollte allen Saboteuren, Agenten, Provokateuren, heute hießen sie wohl Terroristen, also allen, die, von diversen Diensten geschickt, der kleinen DDR schaden sollten, draußen gehalten werden. Gleichzeitig galt es jedoch, den normalen Grenzverkehr von Waren und berechtigten Personen schnell und servicefreudlich abzuwickeln. Und dieser Grenzverkehr fand nun über die Grenzübergangsstellen (GÜSt) statt. Sie waren damit nicht nur Tore zu anderen Ländern, sondern auch Öffnungen im Eisernen Vorhang, an denen es mit ganzer Aufmerksamkeit galt, die Feinde des Staates draußen zu halten. Deswegen wurde 1962 beschlossen, die GÜSt ab 1962, neben Zollmitarbeitern und Grenzsoldaten, mit Mitarbeitern einer Behörde zu besetzen, die für den Schutz des Staates zuständig war, dem MfS. Zuerst betraf das die GÜSt in Berlin und am Flughafen Schönefeld. Ab 1970 waren dann alle GÜSt der Hauptabteilung VI unterstellt. Bis 1989 erhöhte sich so die Zahl der Mitarbeiter dieser HA von ca. 800 Ende der 50er Jahre auf über 2000¹. Die GÜSt an der Berliner Zimmerstraße (Checkpoint Charlie) war eine der bedeutendsten Landübergangsstellen, die der Westen auch immer wieder für spektakuläre Aktionen auswählte. Die GÜSt Zimmer-/Friedrichstraße wurde ausschließlich vom alliierten Militär, Diplomaten sowie ausländischen Bürgern benutzt. Für berechtigte DDR-, BRD- und Westberliner Bürger war dieser Übergang

nicht vorgesehen, wenn sie nicht eine spezielle Genehmigung für diesen Übergang hatten (z. B. Politiker). Um sich eine Vorstellung zu machen, wieviele Personen zu Fuß, in PKW oder Bussen den Übergang passierten, notierte Horst Scholz, 18 Jahre Kommandeur der PKE (PaßKontrollEinheit) in seinen Erinnerungen²: „... In den 70er und 80er Jahren sind jährlich etwa 1,5 Millionen Bürger ein- und ausgereist. Das entspricht einem Tagesvolumen von etwa 3500 Personen. ... Darunter befanden sich um die 500 Diplomaten und fast genau so viele alliierte Militärs in Uniform oder Zivil. Hinzu kommen 1500 Reisende aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Kultur und weitere 1000 „Touristen“, meist Gastarbeiter.“ Diese Zahlen macht die große Verantwortung der Mitarbeiter, der Grenzer, der PKE und des Zoll deutlich.

Natürlich wurde dieser prominente innerstädtische Grenzübergang auch gern für Demonstrationen und Provokationen genutzt. Um nichts zu verpassen und es propagandistisch nutzen zu können, waren auf der westlichen Seite Kameras und Filmgeräte fest installiert und wenn es paßte, kamen so Fotos und Filmchen quasi in Echtzeit in die Abendschau oder die „BILD-Zeitung“. Am bekanntesten, auch weil darüber 2007 ein zweiteiliger, rührseliger TV-Film gedreht wurde, ist wohl die „Frau vom Checkpoint Charlie“. Um zu verdeutlichen, welchen Faktenwert solche „Märchenfilme“ haben, sei hier nur die Wikipedia-Seite zitiert:

„Abweichungen der Handlung von der historischen Vorlage:

- Der Vater von Jutta Gallus ist nicht wie im Film verstorben.
- Die Kinder hatten nicht unter Benachteiligungen im schulischen und sportlichen Umfeld zu leiden.
- Die Person des Peter Koch, der geheiratet werden sollte und für die „Stasi“ wirkte, hat es nicht gegeben.
- Die Wohnung von Jutta Gallus war nicht durch die „Stasi“ verwanzt.
- Die Kinder wurden nicht, wie im Film dargestellt, zwangsadoptiert, sondern nach einem sechs Monate dauernden Heimaufenthalt in einem Heim für schwererziehbare Kinder dem leiblichen Vater übergeben, dem das Sorgerecht übertragen wurde.
- Jutta Gallus reiste nicht nach Helsinki, sondern zum 10. Jahrestag der Helsinki-Schlusssakte nach Wien. Ein Mordanschlag wurde dort nicht auf sie verübt.
- Die Ausreise der Kinder 1988 wurde nicht durch das Erbarmen der Pflegemutter ausgelöst, die es in Wirklichkeit ja nicht gab, sondern durch die Initiative der Kinder, die sich im jugendlichen Alter an den Rechtsanwalt Wolfgang Vogel wandten.

Die Ausreise erfolgte auch nicht über den Checkpoint Charlie, der zu diesem Zeitpunkt nur von nichtdeutschen Staatsangehörigen benutzt werden durfte, sondern im Auto von Wolfgang Vogel über den Grenzübergang Invalidenstraße.

- Den Kindern gegenüber wurde nie behauptet, wie im Film dargestellt, daß ihre Mutter bei einem Autounfall gestorben wäre. Die Kinder standen mit Erlaubnis des Vaters in brieflichem Kontakt zur Mutter.³

In Wirklichkeit hatte die Frau die Kinder im Stich gelassen, der Vater und die staatlichen Stellen kümmerten sie gut um sie. Die Frau wurde jedoch von westlichen Stellen und Medien überzeugt, tagelang am Checkpoint Charlie anklagend gegen die DDR zu demonstrieren mit dem Effekt, daß die wirklichen Ereignisse heute kaum bekannt sind. Bei diesen und anderen Gelegenheiten haben sich die DDR-Grenzsoldaten und Kontrolleure nicht provozieren lassen. Horst Scholz notiert dazu, daß er stolz darauf ist, daß während der ganzen Zeit seines Dienstes niemals Waffengewalt eingesetzt werden mußte. Und weil das so war und auch weil Politiker und hohe Militärs ein bißchen mediengeil sind, gaben sich kurz vor Schließung der GÜSt der US-Stadtkommandant nebst britischem Pendant, sowie jede Menge Westberliner als bundesdeutsche Politiker fast wöchentlich die Klinke in die Hand, um den DDR-Beamten für ihre verantwortungsvolle und korrekte Arbeit zu danken und sich dabei ablichten zu lassen. Zu guter Letzt wurde die gesamte Belegschaft der GÜSt am letzten Arbeitstag vom Leiter des Museums Checkpoint Charlie auf der gegenüberliegenden Seite nach Dienstschluss zu einer kleinen Feier eingeladen. Dazu schreibt Hptm. Heinrich Burghart, einer der Stellvertreter von Horst Scholz in seinen Erinnerungen: „... Dr. Hildebrandt stellte uns dann in der Cafeteria den anderen, die der Einladung gefolgt waren, vor und dankte in bewegten Worten, daß wir seiner Einladung gefolgt waren. Er dankte uns auch für die Besonnenheit, die wir in unserer Dienstdurchführung immer an den Tag gelegt haben, er dankte uns auch dafür, daß es an dieser Grenzübergangsstelle zu keinen Konflikten gekommen ist.“⁴ Dem kann man nur noch hinzufügen, daß alle DDR-Bürger sich dem Dank für die Arbeit an den Grenzen der DDR nur ganzen Herzens anschließen können, denn sie bewahren durch ihr Tun auch den Frieden, egal ob sie den 28. August (Zoll), den 1. Dezember (Grenztruppen) oder den 8. Februar (MfS) als ihren Feiertag begangen haben!

Uli Jeschke

1 Siehe Monika Tantscher: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2005. <http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421300731>

2 Persönliche Notizen und Aufzeichnungen zur Arbeit der PKE Zimmer/Friedrichstraße von Horst Scholz. Fragmente im Archiv des Autors.

3 Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Frau_vom_Checkpoint_Charlie

4 Persönliche Notizen von Heinrich Burghardt vom 15. Januar 1991, als Kopie im Archiv des Autors

Zu rechtlichen Hintergründen im Verlauf der „Wiedervereinigung“

Die folgenden Ausführungen sollen belegen, daß die Art der erfolgten „Wiedervereinigung“ eher einer Vereinnahmung der DDR durch die BRD gleichkam. Die Bürger hatten erwartet, daß sich die Vereinigung beider deutscher Staaten auf der Grundlage des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 vollziehen würde. Die beiden führenden Akteure der dann erfolgten „Zusammenführung“, Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, verfuhr jedoch auf ihre ganz eigene Weise. Zu diesem Konsortium gehörte auch der Justizminister, Klaus Kinkel, der die Aufgabe übernommen hatte, die „Rechtsprechung“ entsprechend auszurichten. Er formulierte diese Orientierung auf dem 15. Deutschen Richtertag 1991 vor den dort versammelten Juristen so: „... Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren...“ Ihre Vorgehensweise war dann wie folgt geprägt: Zunächst wurden große Teile der Bevölkerung durch materielle Zuwendungen und vollmundige Versprechungen in eine Hoffnungs- und Erwartungsstimmung versetzt und über die Absichten und Folgen der „treuhänderischen Maßnahmen“ hinweggetäuscht. Der im Zuge dieser Aktivitäten erfolgende katastrophale Rückgang der Wirtschaftskraft der DDR innerhalb weniger Monate wurde populistisch immer als Folge der bankroten Situation der DDR und ihrer Leistungsschwäche dargestellt. Egon Krenz hat das in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR widerlegt und sich zu diesem Problem auf einen Bericht der Deutschen Bank bezogen, der ja eine unbestritten authentische Quelle darstellt. In dem Bericht wird u. a. ausgeführt, daß die DDR 1989 eine Nettoverschuldung von 9,8 Milliarden Euro hinterlassen hätte. Allein diese Aussage führt jedes Gerede von einem Staatsbankrott der DDR, was westliche Propagandisten immer wieder als Begründung für das Abwracken des DDR-Wirtschaftssystems ins Feld führen, ins Absurde. Wenn man sich im Vergleich dazu die heute übliche Verschuldungshöhe der BRD vergegenwärtigt, sind 10 Milliarden einfach lächerlich „von denen kein Staat bankrott geht.“ Die Akteure der „Wiedervereinigung“ brauchten aber eine Art „Untergangsstimmung“ in der Bevölkerung, um in einem Anschluß an die BRD die „Errettung“ zu sehen, auf die man ja bereits Jahrzehnte propagandistisch hingearbeitet hatte. Während man die wirtschaftliche Leistungspotenz der DDR in einem Maße niedergedreht hatte, bis selbst gutgläubige Bürger das Vertrauen in die eigene Kraft zu bezweifeln begannen, hatte man mithilfe der „treuhänderischen“ Einrichtungen vollendete Tatsachen geschaffen. „Man hatte das Volkseigentum der DDR bereits weithin verscherbelt. 85 % davon

erhielten private Eigentümer aus dem Westen, 10 % gingen ins Ausland und knappe 5 % blieben im Osten.“ (Rede E.K.) Damit waren die Weichen für das Schicksal der DDR gestellt und die Grundlagen für das Fortbestehen erhaltenswert gewesener Verhältnisse innerhalb einer vereinten deutschen Bundesrepublik weithin zunicht gemacht. Es ging den Gestaltern dieser Art der „Wiedervereinigung“ aber nicht allein nur um die Zerstörung des DDR-Wirtschaftssystems. Ihnen ging es vor allem um die komplette Ausschaltung der staatsrechtlichen Wirklichkeit der DDR mit all ihren rechtlichen Folgen. Das geschah in der Weise, kapitalistische Rechtsverhältnisse, wie sie in der BRD bestanden und die man dort „Demokratie“ nennt, auch im Gebiet der DDR herzustellen. Die sozialistischen Gesellschaftsformen der DDR, wie das Volkseigentum, wurden rückgängig gemacht und dieses an die früheren Eigentümer zurückgegeben. Das Makabere bestand aber darin, daß die in der DDR erworbenen Rechtsansprüche aus Arbeitsverhältnissen oder Renten rechtlich nicht anerkannt wurden. Man tat so, als wäre die DDR nach westlicher Lesart ein „rechtloser“ Raum gewesen, in dem man auch keine persönlichen Rechtsansprüche erwerben konnte. Daher wählte man für die Berechnung der Rentenansprüche aus der DDR-Zeit einen „Rechtsbehelf“ und legte Normen nach eigenen Vorstellungen fest. Man verfuhr dabei nach dem Prinzip „teile und herrsche“ und unterteilte die „zugebilligten Rechte“ nach unterschiedlichen Erwerbs- und Verantwortungsgruppen. Während Löhne und Gehälter für Beschäftigte aus dem wirtschaftlichen Produktionsbereich noch hinnehmbar waren, trugen die „Abzüge“ für ehemalige Angehörige des Staats- und Sicherheitsapparates und der Armee eindeutig „strafrechtsähnlichen Charakter“. Durch eine solche Abstufung sollte dem Entstehen von größeren Gemeinschaften entgegengewirkt werden, um keinen Widerstand gegen diese Maßnahmen aufkommen zu lassen. Neben diesen „Kürzungen“ für bestimmte Berufs- und Verantwortungsgruppen wurden darüber hinaus für alle ehemaligen DDR-Bürger, wie es hieß, „zur Angleichung der Wirtschaftskraft zwischen Ost- und Westdeutschland“, Einkommenskürzungen vorgenommen. Daß aber selbst nach 30 Jahren nach der „Vereinigung“ die Lohn- und Gehaltszahlungen im Osten unter gleichen Lebensbedingungen wie im Westen, mit negativen Auswirkungen auf die Rentenansprüche, immer noch um etwa 20 % niedriger lagen, hätte zunächst niemand für möglich gehalten. Innerhalb von 30 Jahren der „Vereinigung“ sind das etwa

200 000 Euro die jedem ostdeutschen Bürger an dem Lohn oder Gehalt eines westlichen BRD-Bürgers fehlen. Das erklärt, warum so viele Vermögenswerte im Osten von westdeutschen Bürgern aufgekauft werden. Von gleichgestellt und gleichbehandelt kann angesichts solcher Unterschiede wohl kaum die Rede sein. Aber nicht nur das. Die Ungleichbehandlung in diesem Ausmaß trägt ohne Zweifel „strafähnlichen Charakter“, der schon lange einer rechtlichen Prüfung bedurft hätte. Daß diesem Umstand nicht schon früher abgeholfen wurde, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß es dafür keinen rechtstaatlichen Interessenvertreter für die betroffenen ehemaligen DDR-Bürger mehr gab, der auf prozessualen Weg eine abschließende rechtliche Klärung hätte herbeiführen können. Man hatte solche Einrichtungen ja schon lange vorher „abgeschafft“. Es wird nun gesellschaftspolitischen Vereinen und Parteien vorbehalten sein, notwendige Schritte zu unternehmen. Mit welcher Nonchalance im Prozess der „Vereinigung“ internationale und nationale Rechtsprinzipien mißachtet wurden, ist einfach grotesk. Um die mit dem Sachverhalt verbundenen vielfältigen rechtlichen internationalen und nationalen Rechtsprobleme auch nur annähernd verständlich und überzeugend darzulegen, würde es einer wissenschaftlichen Aufarbeitung bedürfen. Es muß daher in diesem Rahmen genügen, auf die Vielfalt der in der Argumentation zu nutzenden Rechtsprinzipien hinzuweisen. In internationaler Hinsicht müßte von der Tatsache ausgegangen werden, daß beide deutschen Staaten, die BRD und die DDR gleichberechtigt, Mitglied der UN und von den Staaten der Welt anerkannt waren. Wenn nun von der BRD die Aktivitäten ausgingen, die Vereinigung beider Staaten zu betreiben, so wäre die Beibehaltung der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten und ihrer Bürger die entscheidende Voraussetzung zu einer Vereinigung gewesen. Ausschließlich nur die westliche Sichtweise gelten zu lassen, als hätte es die DDR nie gegeben, ist eine arrogante Anmaßung. Das Sein oder Nichtsein eines Staates ist außerdem von so grundsätzlicher Bedeutung, daß dazu eine Volksentscheidung erforderlich gewesen wäre. Zur Verblüffung aller Beteiligten erfolgten Aktivitäten, die in dieser hektischen Phase der Übergangszeit weder in ihrer Auswirkung vorausgesehen noch rechtsverbindlich beurteilt werden konnten. Das bezog sich auch und vor allem auf die Wahlergebnisse zum gemeinsamen Bundestag, die die Akteure für alle Entscheidungen dieser Zeit wie eine Art „Patentlösung“ zur Rechtfertigung ihres Handelns nutzten. Der

ehemalige Direktor der Verwaltungsakademie in Speyer, Prof. Dr. Dr. Merten, und andere bedeutende Rechtswissenschaftler, wie der Rechtsanwalt und letzter Innenminister der DDR, Dr. Peter Michael Diestel, haben die Unvollkommenheit und Widerrechtlichkeit des Vorgehens schon nach den ersten Entscheidungen immer wieder öffentlich verurteilt. In nationaler Hinsicht muß davon ausgegangen werden, daß das erlebte und zuvor dargestellte Geschehen allein wegen seiner massiven belastenden persönlichen Folgen für die DDR-Bürger „strafrechtsähnlichen“ Charakter trägt. Wenn auch die genannte Belastung unzulässiger Weise über sozialrechtliche Bestimmungen erfolgt ist, verliert sie damit nicht ihren strafenden Charakter. Sie unterstreicht nur die irreführende und täuschende Art des Vorgehens. Daher sind auch strafrechtliche Normen und Prinzipien zum Vergleich in Betracht zu ziehen. Dabei handelt es sich um solche weltweit gültigen und Jahrhunderte alten Rechtsprinzipien wie: „Keine Strafe ohne Schuld“ - nulla poena sine culpa: Schuld versteht sich prinzipiell als Einzeltatsschuld, und daß die Strafbarkeit vor allem vor der Begehung der Tat gegeben war. Da beide zwingenden Voraussetzungen nicht gegeben waren, kann auch rechtlich keine Schuld vorliegen. Jedem Bürger der DDR müßte man seine ganz persönliche Schuld an einer Straftat

nachweisen. Auch eine „Kollektivschuld“ wie sie hier praktiziert wird, ist ohnehin rechtswidrig. Ein weiterer vergleichender Faktor ist das geltende Rechtsprinzip. „Keine Strafe ohne Gesetz“ – nulla poena sine lege. Wenn dem ostdeutschen Bürger unter gleichen Lebensbedingungen über Jahrzehnte die Lohnzahlung in dieser Höhe vorenthalten wird, ist das eine Belastung, die strafähnlichen Charakter trägt. Wenn auch diese „Bestrafung“ nicht auf der Grundlage eines Straf- sondern Sozialgesetzes vorgenommen wurde, so ändert es nichts an seinem Charakter. Es bleibt eine Strafe. Auch damit handeln die westdeutschen „Rechtswahrer“ gegen ein uraltes internationales Rechtsprinzip: „Falsa demonstratio non noctet.“ (eine unrichtige Erklärung schadet nicht) Entscheidend ist der Fakt, das Geschehen und nicht die Bezeichnung. Es wird endlich Zeit, die Bürger über diese Entstellungen und Verwicklungen aufzuklären und eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. Das erspart dann auch das sich ständig wiederholende „Rätseln“ darüber, warum die DDR-Bürger „immer noch so unzufrieden“ sind und zunehmend links oder AfD wählen.

Ein weiterer bedeutender Faktor, der auch in diesem Zusammenhang zu denken geben sollte, ist die Tatsache, daß gemäß § 185 BGB die regelmäßige Verjährungsfrist

30 Jahre beträgt und selbst das Strafgesetzbuch bezüglich der Verfolgungsverjährung „günstigere“ Bedingungen vorsieht. Oder sollte für die Ost-Bürger entgegen geltenden Rechtsnormen ein „Dauerstrafatbestand“ fortbestehen? Angebracht wäre sicher auch zur Lösung des genannten Problems, darüber nachzudenken, wie das bisherige Verhalten der verantwortlichen Instanzen mit den Bestimmungen des Grundgesetzes wie mit Art. 3 - Gleichheit vor dem Gesetz, Art 14 Eigentumsschutz, oder Art. 19 Garantie der Grundrechte mit dem gegebenen Zustand zu vereinbaren ist. Wie sich zeigt, beruht der ganze bisherige Prozeß der Wiedervereinigung auf einem Gerüst sehr zweifelhafter und rechtswidriger Maßnahmen. Wenn das Problem nicht bald zu einer einvernehmlichen Lösung gelangt, wird es, statt zu wünschenswerter Harmonie und Eintracht zwischen Ost und West, zu ständigem Mißtrauen, zu Zwittertracht und Unzufriedenheit führen. Mich reizt, unter diesem Eindruck eine Bemerkung von Theodor Storm zu zitieren, die er 1867 nach der Einverleibung Schleswig-Holsteins durch Preußen formuliert hat. „Wir können nicht erkennen, daß man uns wie einen besiegt Stamm behandelt. Auf diese Weise einigt man Deutschland nicht.“

Doz. Dr. sc jur. Heinz Günther, Berlin

Die NVA der DDR – eine Friedensarmee

Der 70. Jahrestag der Gründung der NVA steht vor der Tür und er veranlaßt mich, über die Zeit und das eigene Tun erneut nachzudenken.

Im März 1952 besuchte ich als 19-Jähriger die Kreisparteischule und zur gleichen Zeit wurden im FDJ-Aufgebot junge Menschen für den Dienst in den bewaffneten Organen geworben. Zu dieser Zeit war ich nicht für den Dienst als Berufssoldat bereit, ich war Bauernförster im Verantwortungsbereich der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft Pollitz/Altmark und sah meine Zukunft in der Forstwirtschaft.

Meine Mutter, eine überzeugte Sozialistin, erklärte auf dem 4. Bundeskongress des Demokratischen Frauenbundes, welcher vom 16. bis zum 19.5.1952 in Berlin stattfand: „Mein Sohn geht zu den bewaffneten Kräften der DDR und folgt damit dem FDJ-Aufgebot!“ Was blieb mir anderes übrig, als dem zu folgen. Jedoch liebäugelte ich mit einer Dienstzeit von drei Jahren. Das war für mich eine Zeit, die mir eine spätere berufliche Entwicklung ermöglichen sollte. Aber es kam anders. Nicht drei Jahre diente ich in den bewaffneten Organen, sondern 38 Jahre! Der moralische Zwang, den mir meine Mutter auferlegte, und ein Ereignis in den ersten Wochen als Soldat in Burg trugen dazu bei, daß sich meine Sicht über den Dienst veränderte. Ein Kommissar hielt eine

Politinformation, in der eine Aussage meiner Meinung nach nicht stimmte. Das sagte ich dem Kommissar und er reagierte unsanft: „Woher wollen Sie das wissen?“ Ich konterte mit den Worten: „Das habe ich anders gelernt und zwar auf der Bezirksjugendschule der FDJ (14 Tage) auf einem vierwöchigen Lehrgang für Pionierleiter und einem sechswöchigen Lehrgang auf der Kreisparteischule.“ Er: „Dann wissen Sie tatsächlich mehr als ich und deshalb schlage ich Sie zur Ausbildung als Politoffizier vor!“ Und so kam es dann auch. Und wenn ich über meine Dienstzeit – vom Soldaten bis zum General – nachdenke (ich bin 92) lautet mein Fazit: Der Schritt, den ich gegangen bin, war richtig!

Die bewaffneten Kräfte der DDR haben mit dazu beigetragen, daß aus dem kalten Krieg kein heißer geworden ist. Wir waren nicht in anderen Ländern oder Krisengebieten im Einsatz. Die NVA war im wahrsten Sinne des Wortes eine Friedensarmee. Unsere Aufgabe war es, die DDR und andere, mit uns verbündete, Staaten zu schützen. Diese Aufgabe haben wir erfüllt. Die Aufrechterhaltung der ständigen Gefechtsbereitschaft hat viel gefordert und oft wurde die Leistungsgrenze der Soldaten ausgereizt. Aber es hat sich gelohnt. Kriege sind für die Menschen das Schlimmste, was es im Leben geben kann. Deshalb muß alles getan werden, um Kriege zu verhindern! Diese Erkenntnis fußt auch aus

dem Erlebten als Kind: Alle Bombenangriffe auf Magdeburg, vom ersten bis zum letzten, habe ich ängstlich miterleben müssen. Am Krieg verdient nur die Rüstungsindustrie.

Im Mai 1990 ließ ich mich auf eigenen Wunsch aus der NVA entlassen. Ende September, Anfang Oktober 1990 wurde die NVA liquidiert und die allermeisten Berufssoldaten entlassen. Nach dem Dienst stand nun auch bei mir die Frage: Wo finde ich Arbeit? Für das Rentnerleben war ich noch zu jung und als ehemaliger Politoffizier wurde man auch nicht gerade mit offenen Armen empfangen. Ich hatte Glück und bekam eine ehrenamtliche Aufgabe bei der BA als Versicherungsaufseher. In dieser Tätigkeit konnte ich vielen Bürgern, ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR und zivilen Mitarbeiter helfen, mit dem neuen Rentensystem klar zu kommen. In Beratungen, mit Vorträgen in Frankfurt/Oder, Magdeburg, Stendal, Rostock, Görlitz, Kamenz und Strausberg sowie in sehr vielen Gesprächen habe ich versucht, den Fragernden und Verunsicherten hilfreich zur Seite zu stehen.

Bald wird sich auch mein Leben vollenden und ich kann aus voller Überzeugung sagen: Ich hatte ein erfülltes Leben und ich habe nichts zu bereuen!

Generalmajor a.D. Gerd Weber, Strausberg

Ein bemerkenswertes Zeitdokument

Katrin Rohnstock hat unter dem Titel „Der Große Schock“ ein Buch über die Treuhand geschrieben, in dem jene zu Wort kommen, die hautnah die Auswirkungen des unsäglichen Wirkens der Treuhand erfahren mußten. Am Beispiel von sechs ehemaligen großen und bekannten Betrieben der DDR, die gnadenlos abgewickelt wurden, wird gezeigt, was die Beschäftigten an der betrieblichen Basis erleiden mußten.

Da sind der Bohrwagenfahrer des Kalibergwerkes Bischofferode, die Bilanzbuchhalterin aus dem Textilbetrieb, die Kernformerin von Henneberg Porzellan und 30 weitere, die unmittelbar in Produktion und Verwaltung tätig waren.

Sie alle schildern ihre bitteren Erfahrungen, die sie im Ergebnis des Wirkens der Treuhandanstalt machen mußten. Sie erzählen ungeschminkt, niemand korrigiert sie, einfach so, wie sie es ganz persönlich und gezwungenermaßen erlebt und erlitten haben. Wie ihre Welt zusammengebrochen ist, nicht nur die materielle, sondern auch die menschliche. Wie plötzlich ihr Betrieb, der für sie viel mehr als nur Arbeit war, aufhörte zu existieren. Wie sie die sozialen Bindungen in der Brigade und die daraus erwachsende gegenseitig Hilfsbereitschaft und

Kameradschaft verloren. Arbeitslosigkeit traf so viele. Fürchterlich das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, die unwürdigen Gänge zum Arbeitsamt, das Durchhangeln von einer zur nächsten befristeten Stelle, die von vornherein aussichtslose Qualifizierung für einen neuen Beruf, für den es doch keine Stellen gab. Oder die zumeist perspektivlose Tätigkeit in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder im 1-Euro-Job.

Vorher war doch alles ganz anders. Da waren sie gefragt, wenn es galt, den Plan unbedingt zu erfüllen, wenn plötzliche und immer wieder neue oder alte Schwierigkeiten auftauchten, die am Ende aber meist immer erfolgreich überwunden wurden.

Manche der Protagonisten des Buches schildern, wie sie im Betrieb aufstiegen, vom Facharbeiter zum Ingenieur und wie sie der Betrieb beim Studium unterstützt hat. Aber für viele hat sich das in der „Marktwirtschaft“ nicht mehr gelohnt; auch sie wurden arbeitslos.

Zu Bischofferode gibt es eine besonders bemerkenswerte Passage. Ein erfolgreicher mittelständischer Unternehmer aus den alten Bundesländern beabsichtigte, den über gute Markchancen verfügenden Kalibergbau zu erwerben, die vorhandenen Arbeitsplätze sogar zu erhalten und so dem Betrieb eine

dauerhafte Perspektive zu eröffnen. Doch die politisch jetzt das Sagen hatten, schoben seinen Aktivitäten einen Riegel vor, weil sie der Entwicklung eines Großkonzerns zuwiderließen. Selbst ein Hungerstreik konnte die Schließung des Betriebes nicht verhindern. An vielen Stellen könnte man so auch interpretieren, wie „Volkseigentum“ doch die Verhaltensweisen der Eigentümer maßgeblich mit beeinflußt hat. Dieses Buch ist ein Zeitdokument, das für die Erfahrungen von Millionen, die gleiches erlebt haben, steht. Es ist ein repräsentativer Erfahrungsbericht, der von einer großen Zahl Betroffener geschrieben sein könnte. Aber die Enkelgeneration weiß heute nur sehr wenig über die damaligen Ereignisse. Das Buch von Katrin Rohnstock gibt ihnen einen Einblick darin, was die Großelterngeneration in damaliger Zeit erdulden mußte. Die Wunden, die in jener Zeit geschlagen wurden, mögen verheilt sein. Die Narben aber sind geblieben und schmerzen immer noch. Und erklären vieles, was heute im Osten charakteristisch ist.

Uwe Trostel

Katrin Rohnstock, Der große Schock, BeBra Verlag, Ostdeutsche erzählen von den Folgen der Treuhand-Politik, 22 €, ISBN 978-3-89809-279-1

Ekelhafte Korruption

Immer wieder einmal wartet man mit „Enthüllungen“ auf – Enthüllungen über Bestechende, Bestochene und Bestechlichkeit. Skandale eben und manchmal auch nur Skändelchen. In der Regel gibt es so etwas in Deutschland ja nicht. Anderswo schon. In der Ukraine vielleicht, wenn man gerade mal einen anderen Politiker die Drecksarbeit machen lassen will, in der Türkei oder in den arabischen Staaten, wo Bakschisch eigentlich auch ganz niedlich klingt. Aber in Deutschland? Hier doch nicht! Oder vielleicht doch, denn im weltweiten Ranking der Saubermanns rangierte die BRD 2024 nicht auf dem ihr zustehenden Platz 1, sondern erst auf Rang 9. Und das, obwohl doch die entsprechenden Aufgaben des Schmierens und Geschmiertwerdens ganz offiziell möglich sind, also überhaupt nicht in die Statistik einfließen. In Deutschland heißt das nämlich „Lobbyismus“ und ist damit etwas Grundserioses und Anständiges. Lobbyisten dürfen offiziell den Bundestag oder Regierungsgebäude betreten, notfalls auch mal Gesetze schreiben oder umschreiben. Manchmal sogar direkt an Verhandlungen teilnehmen. Vor allem, wenn es um Industrieinvestitionen oder um neue Aufträge im Rüstungssektor geht. Auch die Finanz- und Versicherungswirtschaft hat ausreichend durchsetzungsfähige Kader im

Einsatz. Die weitere Ruinierung des Gesundheits- und Pflegebereiches gelingt selbstverständlich auch nicht ohne kräftige Lobbyarbeit. Man munkelt, daß allein in Berlin etwa zehntausend Menschen in dieser offensichtlich so wichtigen Branche arbeiten. Aber mit Bestechung hat es natürlich überhaupt nichts zu tun, wenn man zu Präsentationen und Konferenzen einlädt, zu Veranstaltungen im Ausland oder dem einen oder anderen Bankett.

Korruption – das hat man uns beigebracht – ist natürlich eklig. Empörend. Unser Auftrag: Wir sollen uns empören. Zum Beispiel dann, wenn wieder einmal gezielt aufgedeckt wurde, daß einer, der in Ungnade gefallen ist, geschmiert wurde. Notfalls kann man so sogar jemanden entfernen, der eigentlich eine blütenweiße Weste hat. Der reine Verdacht reicht ja in unserem Land inzwischen bereits aus, um jemanden „neutralisieren“ zu können. Was sich beim Ausschalten unbequemen Gedankenguts und seiner Träger aus der öffentlichen Diskussion bewährt hat, kann schließlich auch in ganz anderen Fällen nützlich sein.

Allerdings sind wir in einer Gesellschaft zu Hause, in der das Kaufen und Verkaufen, also auch das Gekauftwerden, zu den natürlichen Sachen gehören, die man sich überhaupt vorstellen kann. Alles ist käuflich, dafür hat

der Kapitalismus ausreichend gesorgt. Für Geld kann man alles kaufen: Eine Yacht etwa oder die Arbeitskraft seiner Mitarbeiter, das Gewissen seiner leitenden Angestellten, Nachsicht bei Gericht, wenn man die passenden Anwälte bezahlen kann, adrette Frauen, eine Insel im Meer, die eigentlich allen gehört, Kunst, von der man nichts versteht, eine Theorie, die Reichtum für wichtig und Armut zu einer individuellen Schuld erklärt und vieles andere mehr.

Ist es nicht seltsam, daß eine Gesellschaft, die so voll aufgeht im Kaufen und Verkaufen, ab und zu bewußt die Moralkeule herausträumt? Könnte es nicht sein, daß man uns dann nur dazu bringen will, den Ekel über das allgemeine Geschachere für eine gewisse Zeit hinunterzuschlucken, indem man uns eben mal einen Brocken hinwirft? Einen Brocken, über den wir uns empören sollen und dürfen. Damit wir in unserer Empörung vergessen, daß dergleichen im Kapitalismus stinknormal ist. Diese Gesellschaft kennt keinerlei moralische Hemmungen, wenn nur der Profit hoch genug ist. Sie ist korrupt bis ins Mark und möchte, daß wir uns über fremde Korruption aufregen. Müssen wir da wirklich mitspielen, wenn versucht wird, uns den Blick auf die generelle Korruption der gesellschaftlichen Verhältnisse zu nehmen?

a.s.

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Erziehung der Gefühle – Die Dorfeschullehrerin

Mark Donskoi ist in Deutschland durch seine Gorki-Trilogie, die Filme „Gorkis Kindheit“, „Unter fremden Menschen“ und „Meine Universitäten“, bekannt geworden. Mit seinem neuen Film „Erziehung der Gefühle“ („Die Dorfeschullehrerin“) hat Mark Donskoi bewiesen, daß er zu den wenigen großen Regisseuren zählt, denen es gelang, wahrer Menschlichkeit ein unvergeßliches Denkmal zu setzen. „Der Mensch ist das Wertvollste und das Vollkommenste auf dieser Welt! Für mich als Regisseur ist dies der Hauptgesichtspunkt des Films“, erklärte Mark Donskoi vor Beginn des ersten Drehtages. Die Erziehung der Jugend im Geiste wahrhaft fortschrittlicher Ideen der Menschheit – das ist gleichsam der rote Faden, der sich durch die Handlung dieses Films zieht.

In der Rolle der Warwara Wassiljewna Martynowa, der Lehrerin eines kleinen sibirischen Dorfes, zeigt Vera Marezkaja über eine Zeitspanne von mehr als 40 Jahren den Ablauf eines ganzen Menschenlebens. Vera Marezkaja – wir sahen sie in Deutschland zuerst in der Hauptrolle des Films „Der Kampf ums Glück“ und später in der Rolle der Natalia in dem Film „Das Werk der Artamanows“, der nach Maxim Gorkis gleichnamigem Roman gedreht wurde – Vera Marezkaja lebt ihre Rolle, sie spielt nicht, sie ist; sie glaubt an das, was sie darstellt, und deshalb hinterläßt der Film einen so tiefen, nachhaltigen Eindruck. Der Film beginnt um die Jahrhundertwende im zaristischen Petersburg mit dem festlichen Abschluß der Ausbildungszeit in einem Mädcheninternat. Auf dem Ball, der aus diesem Anlaß stattfindet, begegnet Warwara zum ersten Male dem jungen Studenten Martynow. Die Kamera folgt ihnen auf ihrem Spaziergang durch das nächtliche Petersburg. Es entstehen Bilder, die in ihrer realistischen Form, in der Ausnutzung von Licht und Schatten an die strenge Wahrheit eines Rembrandt erinnern. Als Warwara die Nachricht von der Verhaftung des Studenten erhält, faßt sie den Entschluß, als Lehrerin nach Sibirien zu gehen. Im Vorraum der Schule zeigt eine altägyptische Uhr die neunte Stunde. Vereinsamt steht Warwara im leeren Klassenzimmer. „Guten Tag, liebe Kinder. Ich heiße Warwara Wassiljewna Martynowa. Sagt guten Tag!“ Ohne Widerhall verklingen die Worte im Raum – doch da kommt zaghaft von der Tür her das Echo. „Guten Tag, Warwara Wassiljewna.“ Verlegen staunend stehen vier Jungen und ein Mädchen im Vorraum. Plötzlich ist es hell geworden im Schulzimmer; alle Dinge, eben noch tot, scheinen jetzt mit Leben erfüllt. Die Dorflehrerin gibt ihre erste Unterrichtsstunde, und

sehr bald schon sind es zehn, fünfzehn und mehr Kinder, deren fröhliches „Guten Morgen, Warwara Wassiljewna“ täglich, sobald der Zeiger auf neun gerückt ist, ihr entgegenschallt. Bezaubernde Kindergesichter, keines ist dem anderen ähnlich, jedes mit dem Ausdruck seiner eigenen kleinen Welt; in jedem dieser Gesichter wird das Typische sichtbar, und durch diese Erfassung der wesentlichen Züge gelingt es Mark Donskoi, das Volk blutvoll und lebendig darzustellen. In eindrucksvollen Szenen wird gezeigt, wie die seelische Kraft und Reinheit, wie das liebevolle Herz Warwaras ihr die Verehrung der Kinder er-



obern; wie sie mutig und entschlossen gegen Rückständigkeit und Unbildung, gegen Gewinnsucht und Geldgier kämpft und wie es ihr gelingt, die Liebe und das Vertrauen auch der Erwachsenen des Dorfes zu gewinnen. Der Film zeigt schonungslos die zaristische Beschränktheit, die auf dem Grundsatz fußt: „Je dümmer das Volk, um so besser ist es zu regieren.“ Die Vermögenslage der Eltern und nicht die Fähigkeit der Kinder bestimmt über deren Entwicklungsgang, und Prow, dem besten Schüler Warwaras, bleiben die Tore des Gymnasiums verschlossen. „Ein Dorfjunge unter Millionärssöhnen schädigt das Ansehen der Schule!“ Als Martynow nach drei Jahren Verbannung zurückkehrt, werden Kirschblüten eingeblendet, und an diesem Meer von Blüten ist nichts Alltägliches. Sie gehören jener lichten Welt an, für die Warwara und Martynow gemeinsam kämpfen wollen. Warwaras Schüler – plattgedrückte

Kindernasen hinter kleinen Fensterscheiben – verfolgen von der Straße her das Hochzeitsfest „ihrer“ Lehrerin. Doch in der gleichen Nacht wird Martynow erneut verhaftet.

Kriegsausbruch 1914. Dunkler Aufruhr und fieberhafte Erregung liegen über dem Platz, auf dem die Männer des Dorfes sich zum Aufbruch versammeln.

Schließlich kommt der Tag der befreien Oktoberrevolution. Martynow kehrt zurück. Mit tiefer Bewunderung spricht er von Lenin und Stalin, und in seinen Worten liegt der Stolz eines Mannes, der für eine gerechte Sache, für das Glück der Menschheit, für den Frieden und für die Freiheit der Völker kämpft.

Er geht zurück, nach Petersburg. Die alten morschen Mauern des Zarenreiches stürzen. Weit öffnen sich die Tore für die werktätigen Massen. In der Sprache des Bildes wird über Wälder und Seen, über Wiesen und Felder, in die Städte und Dörfer, in das ganze weite Land mit den Klängen der Internationale die Revolution getragen.

Als Symbol der dahineilenden Zeit tickt leise die alte Uhr im Vorraum zum Schulzimmer. In dem jetzt ausgebauten und neu eingerichteten Schulzimmer steht Warwara vor ihren Schülern, die inzwischen erwachsene Menschen geworden sind. Das Vertrauen in die Zukunft leuchtet aus ihren Augen. Endlich ist ihre Zeit gekommen, die Zeit des arbeitenden Volkes. Prow, der Dorfjunge, wird studieren; Warwara begleitet ihn in die neue Schule. Auf dem Heimweg begegnet sie einem Wagen, auf dem sterbend ein bolschewistischer Kommissar liegt, und bald bezeichnet ein schlichtes Grabkreuz die Stelle, an der Martynow – der Kämpfer für die Freiheit der werktätigen Massen – gestorben ist.

Auf dem Strom – Symbol des fließenden Lebens – treiben Baumstämme flußabwärts. Auch für Warwara geht das Leben weiter; Erzieherin und Menschenbildnerin zugleich, wächst sie mit den Menschen, deren Entwicklung sie fördert.

Freude und Glück beschleunigen den Lauf der Zeit. Eine neue Generation ist herangewachsen. Fünfjahrespläne haben das ganze Land von Grund auf verändert. Das einfache Denkmal für Martynow, den Helden der Revolution, ist durch einen würdigen Gedenkstein ersetzt worden. Anstelle des alten Schulhauses erhebt sich ein prächtiger Bau, und für die inzwischen ergraute Warwara wird ihre einstige Schülerin Dunja deren Werk fortsetzen.

Doch noch einmal übernimmt Warwara während des Großen Vaterländischen Krieges die Pflichten einer Erzieherin der

Jugend; einer Jugend, die zu selbständigen, verantwortungsbewußten Menschen erzogen, fähig und bereit ist, sich voll in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Viele ihrer ehemaligen Schüler – gewandelt und gewachsen, zusammen mit den großartigen Reformen, die das Antlitz ihres Landes so grundlegend verändert haben – gehen an die Front. Ruhmbedeckt kehren sie nach der siegreichen Beendigung des Kampfes

gegen den Faschismus in ihr sozialistisches Vaterland zurück.

In der Verschmelzung des persönlichen Schicksals einer Frau mit dem Schicksal ihres Volkes wird über eine Zeitspanne von mehr als 40 Jahren das machtvolle Werden eines ganzen Landes gezeigt.

Mark Donskoi schuf mit der „Dorflehrerin“ einen Film, in dessen Handlung sich der hohe ethische Wert widerspiegelt, der jedes

positive Streben erfüllt, einen Film, von dem er selbst sagt, daß er „dem Zuschauer das großartige Werk jener Anderthalbmillionen von ‚Erziehern der Gefühle‘, von sowjetischen Lehrern vor Augen führt, die in ihrem Herzen die goldenen Worte Maxim Gorkis tragen: ‚Ein Mensch – wie stolz das klingt!‘“

Erika Hirsch

„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 3-1948 (2. Jahrgang)

Herbert Hörz zu: Der Marxismus als umfassende Weltanschauung

Lenin befaßte sich mit dem Wesen des Marxismus als einer umfassenden Weltanschauung. In seiner Arbeit von 1913 „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ schrieb er: „Die Geschichte der Philosophie und die Geschichte der Sozialwissenschaft zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der Marxismus nichts enthält, was einem Sektierertum im Sinne irgendeiner abgekapselten, verknöcherten Lehre ähnlich wäre, die abseits von der Heerstraße der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden ist. Im Gegenteil: Die ganze Genialität Marx‘ besteht gerade darin, daß er auf die Fragen Antwort gegeben hat, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit bereits gestellt hatte. Seine Lehre entstand als direkte und unmittelbare Fortsetzung der Lehren der größten Vertreter der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus. Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung einrichten läßt. Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat.“ Anstoß erregte bei manchen Kritikern die Bemerkung, die Lehre von Marx sei allmächtig, weil sie wahr ist. Man kann das jedoch aus den weiteren Überlegungen Lennins so verstehen, daß der Marxismus eine umfassende Welterklärung gibt, da er eine Einheit von Philosophie, Ökonomie und politische Theorie ist und sich zugleich von anderen Lehren abgesetzt, die Teilwahrheiten oder Mythen verbreiten. So betont er für die Philosophie, daß Marx als wichtige Errungenschaft der Philosophie den Materialismus mit der Dialektik verband. Die materialistische Dialektik verstand er als „die Lehre von der Entwicklung in ihrer vollständigsten, tiefstgehenden und von Einseitigkeit freiesten Gestalt, die Lehre von der Relativität des menschlichen Wissens gibt. Die neuesten Entdeckungen der Naturwissenschaft – das Radium, die Elektronen, die Verwandlung der Elemente – haben

den dialektischen Materialismus von Marx glänzend bestätigt, entgegen den Lehren der bürgerlichen Philosophen mit ihrer ständig ‚neuen‘ Rückkehr zum alten und faulen Idealismus.“ (Lenin 1977, S. 3 ff.) Die materialistische Dialektik ist auch heute ein aktuelles Denkinstrument zur humanen Zukunftsgestaltung. (Hörz, H. 2009) Für die Ökonomie und die politische Theorie betonte Lenin, Marx habe auf die Beziehungen von ökonomischer Basis und ideo-logischem Überbau verwiesen und in der Ökonomie die Warenproduktion als Verhältnis zwischen Menschen enthüllt. Im Unterschied zum utopischen Sozialismus zeigt er einen Ausweg aus der Ausbeutung der Menschen und ihrer Unterdrückung. In dem 1913 geschriebenen Artikel „Karl Marx“ ging Lenin auf die Entwicklung von Marx und das Wesen des Marxismus ein. Dem Abschnitt „Die Marxsche Lehre“ schickte er folgende Bemerkungen vor: „Der Marxismus ist das System der Anschauungen und der Lehre von Marx. Marx war der Führer und geniale Vollender der drei geistigen Hauptströmungen des 19. Jahrhunderts in den drei fortgeschrittensten Ländern der Menschheit: der klassischen deutschen Philosophie, der klassischen englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus in Verbindung mit den französischen revolutionären Lehren überhaupt. (...)“

Lenin geht dann auf die Entwicklung des Materialismus und der Dialektik bis zur materialistischen Dialektik ein und zeigt deren Anwendung auf die Gesellschaft in der materialistischen Geschichtsauffassung. Die Ausführungen dazu sind ausführlicher zu zitieren, da sie einen der wichtigsten Punkte der marxistischen Weltanschauung betreffen. Er führte aus: „Die Entdeckung der materialistischen Geschichtsauffassung oder richtiger: die konsequente Fortführung, die Ausdehnung des Materialismus auf das Gebiet der gesellschaftlichen Erscheinungen hat zwei Hauptmängel der früheren Geschichtstheorien besiegt. Diese hatten erstens im besten Falle nur die ideellen Motive des geschichtlichen Handelns der Menschen zum Gegenstand der Betrachtung gemacht, ohne nachzuforschen, wodurch diese Motive hervorgerufen werden, ohne die objektive

Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung des Systems der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erfassen, ohne die Wurzeln dieser Verhältnisse im Entwicklungsgrad der materiellen Produktion zu erblicken; zweitens hatten die früheren Theorien gerade die Handlungen der Massen der Bevölkerung außer acht gelassen, während der historische Materialismus zum ersten Mal die Möglichkeit gab, mit naturgeschichtlicher Exaktheit die gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Massen sowie die Veränderungen dieser Bedingungen zu erforschen. Die ‚Soziologie‘ und die Geschichtsschreibung vor Marx hatten im besten Fall eine Anhäufung von fragmentarisch gesammelten unverarbeiteten Tatsachen und die Schilderung einzelner Seiten des historischen Prozesses geliefert. Der Marxismus wies den Weg zur allumfassenden, allseitigen Erforschung des Prozesses der Entstehung, der Entwicklung und des Verfalls der ökonomischen Gesellschaftsformationen, indem er die Gesamtheit aller widerstreitenden Tendenzen untersuchte, diese auf die exakt bestimmbar Lebens- und Produktionsverhältnisse der verschiedenen Klassen der Gesellschaft zurückführte, den Subjektivismus und die Wurzel ausnahmslos aller Ideen und aller verschiedenen Tendenzen im gegebenen Stand der materiellen Produktivkräfte aufdeckte. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; aber wodurch die Motive der Menschen und namentlich der Massen der Menschen bestimmt, wodurch die Zusammenstöße der widerstreitenden Ideen und Bestrebungen verursacht werden, was die Gesamtheit aller dieser Zusammenstöße der ganzen Masse der menschlichen Gesellschaften darstellt, was die objektiven Produktionsbedingungen des materiellen Lebens sind, die die Basis für alles geschichtliche Handeln der Menschen schaffen, welcherart das Entwicklungsgesetz dieser Bedingungen ist – auf all dies lenkte Marx die Aufmerksamkeit und wies so den Weg zur wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte als eines einheitlichen, in all seiner gewaltigen Mannigfaltigkeit und Gegensätzlichkeit gesetzmäßigen Prozesses.“ (Lenin 1960, S. 45 f.)

Aus: Herbert Hörz, Ist Marxismus noch zeitgemäß?, Erfahrungen, Analysen, Standpunkte, trafo Verlagsgruppe 2016

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat Februar 2026

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 4. Februar, um 18 Uhr spricht Julian Lämmrich (Leipzig), Vorstandsmitglied der Marx-Engels-Stiftung, zum Thema: **500 Jahre Bauernkrieg – Bedeutung für künftige Klassenkämpfe**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 17. Februar, um 16 Uhr, Veranstaltung unter dem Motto „**Schön ist der Frieden, wenn du seiner sicher bist**“ – Ein Friedensprogramm in Liedern und Texten von und mit dem Liedermacher und Verfasser politischer Songs Dr. Hartmut König

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 17. Februar, um 18 Uhr spricht Dr. Andre Holm, Stadtsoziologe, Humboldt Universität Berlin, zum Thema: **Klassenkampf ums Wohnen?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 19. Februar, um 15 Uhr spricht der Militärhistoriker Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Was beinhaltet die neue Stufe der Militarisierung unserer Gesellschaft?**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 19. Februar 2026, um 16 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel **zur aktuellen politischen Lage und den daraus abgeleiteten Bildungsaufgaben**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 20. Februar, um 14 Uhr spricht Dr. Ing. Wolfgang Beck(Blankenburg) zum Thema: **Veränderung ist das Gesetz des Lebens – 2500 Jahre Entwicklungsgeschichte und kein Ende?**

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 21. Februar, um 10 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Wie kann es gelingen, die Kriegsgefahren zu begrenzen?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 21. Februar, um 10 Uhr spricht der Autor Joachim Behl zu seinem Buch „**Die Ostseezeitung – ein Lügenblatt? – Kritische Auseinandersetzung mit Presse und Medien**

Ort: Mehrgenerationenhaus In Via, Danziger Straße 45 D (Straßenbahnhaltestelle Rügener Straße), 18107 Rostock

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 21. Februar, um 15 Uhr: **Filmvorführung „Die Staatsfeinde“.** Erhellendes zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit anschließendem Gedankenaustausch

Ort: Saal 3, Treff 23, Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Dresden

Am Dienstag, dem 24. Februar, um 12 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellvertretender Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins zum Thema: **Die Positionen des „RotFuchs“-Fördervereins zu den brennenden politischen Fragen;** anschließend Beratung mit den Mitgliedern des Vereins

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenaу

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 24. Februar, um 16.30 Uhr Diskussion zum Thema: **Demokratie für wen – gegen wen?**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Mittwoch, dem 25. Februar, um 17 Uhr stellt Dr. Hartmut König sein neues Buch „**Stalin, Dulles und der Galgen in Prag**“ sowie seine jüngste CD „**Warum ich nun mal Ossi bin“ vor.**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 25. Februar, um 18 Uhr spricht Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Die russische Gefahr – Realität oder Mythos?**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Februar!

Zum 99. Geburtstag

Hans Prüfer (Berlin) am 26. Februar

Zum 97. Geburtstag

Armin Lufer (Oranienburg) am 11. Februar

Zum 96. Geburtstag

Hans Seliger (Schwarzenberg) am 18. Februar

Zum 95. Geburtstag

Marga Ranga (Zwickau) am 4. Februar

Rudolf Krause (Berlin) am 8. Februar

Joachim Herfurth (Raguhn) am 17. Februar

Dr. Gerhard Ferchland (Ahrensfelde) am 24. Februar

Zum 93. Geburtstag

Herbert Steinbrecher (Leipzig) am 3. Februar

Arno Feige (Berlin) am 13. Februar

Zum 92. Geburtstag

Eberhardt Steinhäuser (Görlitz) am 17. Februar

Zum 91. Geburtstag

Johanna Mothes (Erlau) am 10. Februar

Fritz Pommer (Prödel) am 19. Februar

Brigitte Kopprasch (Berlin) am 26. Februar

Zum 90. Geburtstag

Arno Gentzmann (Berlin) am 3. Februar

Rudolf Paas (Wermelskirchen) am 12. Februar

Zum 85. Geburtstag

Anita Mikolajetz (Jena) am 8. Februar

Rainer Albert (Zwickau) am 15. Februar

Rainer Kersten (Wichmar) am 21. Februar

Zum 80. Geburtstag

Peter Berger (Berlin) am 1. Februar

Rainer Wefel (Dresden) am 4. Februar

Heinz-Dieter Leißner (Leipzig) am 10. Februar

Dieter Bartsch (Berlin) am 13. Februar

Zum 70. Geburtstag

Gerald Schröder (Magdeburg) am 4. Februar

Ulrich Wolf (Schwerin) am 5. Februar

Reiner Waldukat (Berlin) am 17. Februar

Karl-Heinz Grempler (Güstrow) am 20. Februar

Gerhard Weber (Frankfurt am Main) am 26. Februar

Matias Völker (Berlin) am 29. Februar

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



LESERBRIEFE

Wild West in Amerika

Der Bittsteller um den Friedensnobelpreis Donald Trump zeigt einmal mehr, wie verwirrt seine Vorstellungen von Frieden und Völkerrecht sind. Er kann einfach nicht verstehen, daß die Rohstoffe in der Erde Venezuelas auch diesem Staat gehören und noch schwieriger wird das Verständnis, wenn Staaten darauf verzichten wollen, sich den segensreichen Restriktionen US-amerikanischer Regierungen zu unterwerfen. EU-Europa ist da deutlich gehorsamer. Nun will aber Präsident Trump dem Volk Venezuelas „helfen“, die richtige Regierung zu wählen. Schließlich haben sich die weltweit aktiven Vasallen der US-amerikanischen Regierung stets als Leistungsfaktor im Sinne von „Great America“ bewährt. Wie könnte man nun Trumps Willkürakt bewerten, wenn man nicht seiner hegemonischen Logik folgt? Die Aktionen seiner Kriegsflotte vor Venezuelas Küste sind einfach nur Piraterie. Das Töten von unbewaffneten Zivilisten in ihren Booten durch den Einsatz hochwirksamer Militärtechnik ist Terror. In diesen Fällen wäre auch der Sachstand des Staatsterrors zu prüfen. Über die internationale Rechtsnorm der Unschuldsvermutung für die ermordeten Zivilisten, die bis zu einem rechtskräftigen Gerichtsbeschuß gilt, setzt sich dieser Präsident hinweg. Es scheint, er fungiert lieber als Ankläger und Richter in einer Person, aber ohne die Mühen einer Beweisführung. Was dann mit Präsident Maduro und seiner Frau geschah, erinnert sehr stark an das Agieren krimineller Banden zu Zeiten von Al Capone. Nur, daß Trump hier nicht die Rolle des Chefs einer kriminellen Bande spielt, sondern Präsident der USA ist. Aus diesem Land wurde einst der Begriff der „Achse des Bösen“ postuliert (George W. Bush 2002). Gehören nun die USA auch zu dieser Achse?

Einen friedlichen Akt kann ich in diesem bewaffneten Angriff auf den souveränen Staat Venezuela in Tateinheit mit

Kidnapping seines Präsidenten, samt Ehefrau, nicht erkennen.

Ich habe Probleme zu glauben, daß die USA immer noch als eine der ältesten Demokratien der Welt gelten sollen. Oder ist es viel wahrscheinlicher, daß die USA nun, der griechischen Mythologie entsprechend, die „Büchse der Pandora“ geöffnet haben?

Jürgen Barz, Wismar

Deutsche Wirtschaft am Abgrund?

Bei den von Kanzler Merz sehr allgemein benannten kritischen Bereichen geht es um die wichtigsten und strukturbestimmenden Teile der deutschen Wirtschaft. Es handelt sich um die Autoindustrie, die Chemieindustrie, den Maschinenbau und die Energiewirtschaft. Gerade in diesen Bereichen sind seit 2019 über 400 000 Arbeitsplätze abgeschafft worden, allein 2025 haben 1600 Firmen Insolvenz anmeldet. Fast jeden Tag kommen neue Hiobsbotschaften dazu, wie jetzt wieder die Schließung der „Eberswalder Fleischwaren“, von der 500 Beschäftigte betroffen sind. Das Unternehmen Tönnies, zu dem dieser Betrieb aus DDR-Zeiten gehört, will den bekannten Namen natürlich weiter vermarkten. Den entlassenen Werktätigen wird das nicht viel nutzen. Sie stehen nach Jahrzehnten fleißiger Arbeit auf der Straße. In Anbetracht der kritischen Lage in der Wirtschaft hört man vom Bundeskanzler nichts als allgemeines Geschwafel, aber nichts mit Substanz. Steuergeschenke an die Industrie sollen es richten. Ein Hohn für die Steuerzahler.

Herrn Merz sollte eigentlich bewußt sein, warum die deutsche Wirtschaft mindestens seit 2022 rasant an Substanz verliert. Schuld daran trägt nicht unwe sentlich die auf Eskalation ausgerichtete Außenpolitik. Statt den Krieg in der Ukraine zu beenden, wird er gemeinsam mit den sogenannten Willigen weiter befeuert. Nach vier Jahren Krieg und Dutzenden Sanktionspaketen, deren Wirkung vor allem auf die Verursacher und deren Wirtschaft zurückfällt, sollte man eigentlich klüger geworden sein. Aber eine solche, auf Deeskalation gerichtete Politik gehört nicht zum ange strebten Ziel deutscher Außenpolitik. Anders ist das Ergebnis des jüngsten Treffens mit den Willigen zur Unterstützung der Ukraine nicht zu bewerten. Es ist doch ein Irrtum zu erwarten, daß Putin sich auf einen Waffenstillstand einläßt. Putin will einen Friedensvertrag und das mit der Unterschrift einer rechtskräftigen ukrainischen Regierung. Nur dafür sollte sich eine deutsche Regierung einsetzen. Das allein würde das Tor für eventuell neue wirtschaftliche Beziehungen mit dem größten Land der Erde ermöglichen und der deutschen Wirtschaft eine erfolgreiche Zukunft sichern.

Ralf Kaestner, Bützow

Weltgendarm USA

Warum sollte das Jahr 2026 friedlich verlaufen, wenn es im alten schon nicht gelungen ist?

Es sind dieselben politischen Akteure geblieben. Die USA, jetzt unter Trump, schalten und walten nach Belieben und andere Meinungen sind für sie feuchter Kehricht. Der 26. US-Präsident Th. Roosevelt erweiterte am 6.12.1904 in seiner Rede die Monroe-Doktrin, in der er mit dem Isolationismus in der US-Außenpolitik brach und die Polizeigewalt der Staaten als expansi onistisches Mittel seiner Politik festlegte (Roosevelt-Corolary-Zusatz). Und Trump ist voll drin: Wer sich dem Willen der USA nicht fügt, wird bekämpft und wenn es nicht anders geht mit Waffengewalt.

Rußland wird der größten Verbrechen bezichtigt und die USA bombardieren ohne Kriegserklärung den Iran (den sie wegen seines Ölreichtums ebenso im Visier haben wie Venezuela) und nun Venezuela selbst. Immer deutlicher und auch zugegeben wird, daß harte wirtschaftliche Interessen der USA im Vordergrund stehen. Den Panamakanal wollen sie unter ihre Kontrolle bringen und Gaza als Bade-Idylle für das US-Establishment herrichten. Aus „nationalen Sicherheitsinteressen“ soll Grönland vereinahmt werden, nur weil dort russische und chinesische Schiffe internationale Seewege nutzen. Da wird moniert, daß sich die russische Marine auf der Ostsee breitmacht und geflissenlich vergessen, daß Russland An rainer ist und die NATO (incl. Manöver und Marine-Stützpunkt in Rostock-Warnemünde) inzwischen die Ostsee beherrscht. Das wird mit keinem Wort erwähnt.

Und wenn die derzeitige Übergangschefin Venezuelas nicht lieb und brav ist (und Öl liefert), wird die zweite militärische Welle der USA den Rest besorgen. Und die EU äußert nur zaghafte Kritik. Merkt denn niemand, daß wir alle nur und ausschließlich von US-Interessen abhängig sind, uns jegliche Souveränität fehlt und wir mit 11 (elf!!) militärischen Stützpunkten der USA in Deutschland das Zentrum eines möglichen Schlachtfeldes sein könnten? Die ersten Bomben fallen hier und nicht in den USA! Die USA interessieren sich nur so lange für uns, solange wir ihnen dienstbar sind. Die europäischen Politiker sollten aus der Historie eines nicht vergessen: Man sollte sich Russland nie zum Feind machen (das hat schon der alte Bismarck gewußt), zumal es die größte Atommacht der Welt ist.

Wolfgang Mengel, Stralsund

Ukraine-Konflikt eskaliert!

Ukraine und NATO haben nur ein Ziel: Russland strategisch zu besiegen. Dafür wird gigantisch aufgerüstet! Der kollektive Westen zeigt kein Interesse, mit Ukraine und Russland Sicherheitsgarantien zu vereinbaren. Dieser Konflikt hat weder dem Westen noch der Ukraine einen militärischen

Vorteil gebracht. Bürgerrechtlerin Daria Kaleniuk geht davon aus, daß Rußland mit westlicher Hilfe besiegt wird, ohne Friedenslösung. Die Exilpolitologin hält einen „Ewigen Krieg“ für möglich. Sie erwartet, daß Rußland geschwächt aus dem Krieg hervorgeht, Geld knapp wird, die Wirtschaft zusammenbricht und Putin an Macht verliert. Wieviel Dummheit und Realitätsverlust ist da noch zu ertragen? Tatsächlich tobt ein Stellvertreter-Krieg, Raketen und Drohnen dringen tief in russisches Gebiet. Rußland antwortet mit vielfacher Vergeltungskraft und besetzt weitere ukrainische Gebiete. Das Rußland keine Kriegsbedrohung durch NATO an seinen Grenzen duldet, war nie ein Geheimnis. Jetzt wird auf den Rücken der Ukrainer eine Eskalationsstufe von globaler Tragweite zugelassen.

Ernst Jager, Panketal

Kann man Bestialität steigern?

Als ein Verwandter, der Soldat der Wehrmacht war, mir damals 14-Jährigen, von den Greueltaten der ukrainischen SS-Division und den Bandera-Faschisten erzählte, war ich sehr betroffen. Ich konnte damals nicht verstehen, daß Menschen willkürlich andere Menschen umbrachten, nur weil sie Polen, Juden, Partisanen oder Kommunisten waren. „Sie schossen auf alles, was sich bewegte und schauten dann, wen sie getötet hatten“, so seine Aussage. Diese Bestialität, dieses unmenschliche Verhalten ukrainischer Menschen sei einmalig, den geschichtlichen Umständen geschuldet, glaubte ich viele Jahre.

Ich hatte Freunde in der Ukraine, war Gast der Stadtschulrätin von Kiew, Rufina Krzischanskaja, wir halfen nicht wenigen jungen Ukrainern in der Not nach 1991. Es war für uns nicht vorstellbar, daß einfache, sympathische ukrainische Menschen in sehr kurzer Zeit dem nazistischen Banderismus der Selenskyj-Clique erliegen konnten.

Obwohl mir die Grausamkeit und Menschenverachtung ukrainischer und deutscher Faschisten bei Babi Jar kaum steigerbar schien, wurde ich am Morgen des Neujahrstages erneut eines Besseren belehrt.

Deutsche Politik und Medien schweigen über das entsetzliche Verbrechen des ukrainischen staatlichen Terrorismus in der Neujahrsnacht. Menschenverachtend, total zynisch wurden feiernde, friedliche Menschen in dem kleinen Ort Choldy am Schwarzen Meer mit Drohnen ermordet, die mit chemischen Brandstoffen beladen waren, die Anwesende bis zur Unkenntlichkeit verbrannten.

Wer sich mit Terroristen gemein macht, wie deutsche Politiker und Journalisten, hat jeden Anspruch auf Menschlichkeit verloren. Herr Kanzler, Sie sponsern mit unserem Steuergeld ukrainische Nazi-Verbrecher. Es ist einfach abscheulich.

Edmund Peltzer, Leipzig

Machtkampf um Vorherrschaft in der Welt

Es erhebt sich die Frage, wie die Erklärung der DKP zum militärischen Angriff der USA gegen Venezuela hervorhebt, wo denn aus der politischen Welt der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Parteien die vergleichbaren heftigen, lautstarken, aggressiven, drohenden und haßerfüllten Reaktionen bleiben, die es bis heute zum militärischen Eingreifen Rußlands in der Ukraine tagtäglich gibt. Nichtssagende, lapidare Verurteilungen und das war es dann. Beweist sich an diesen Reaktionen nicht mehr als deutlich, was von deutschem und westlichem Angriffskriegsgeschrei, der Heuchelei, Verlogenheit und Verfuscung der eigenen aggressivsten Ziele gen Osten wirklich zu halten ist?

Es sollte an der Zeit sein, daß es allen Friedenskräften in Deutschland allmählich dämmert, wo und wer die größte Gefahr für den Frieden in der Welt ist. Die weltpolitische Lage stellt sich uns als Machtkampf um Vorherrschaft in der Welt dar. Zeigen die westlichen imperialistischen Mächte nicht allein in der Haltung zu der Aggression gegen Venezuela, daß von einer Staatengemeinschaft nie die Rede sein kann, die westlichen Staaten sich mißtrauisch belauern, mit den Alleingängen der USA hadern, nach Vorherrschaft streben?

Wie liebend gern würden die westlichen Staaten, die von einem gemeinsamen Europa träumen, nicht ebenso wie Trump in gleicher Weise mit unliebsamen Staaten verfahren und umgehen, die sich ihren Interessen in den Weg stellen?

Der Drang nach einem Krieg ohne Ende in der Ukraine und der Hoffnung, endlich Rußland zur Strecke zu bringen, sind das keine deutlichen imperialistischen Merkmale?

Was wir mit dem sozialistischen Versuch aufgegeben oder verloren haben, das spüren wir heute täglich auf allen Gebieten. Heute müssen und können wir uns nur den Kräfteverhältnissen zuwenden, sie beurteilen und analysieren, in ihrer Entwicklung und ausgeprägtem Drang nach höchster Aggressivität gegenüber allen Konkurrenten. Mit entsprechender Stärke darf keine Illusion darüber bestehen, daß ebenso wie die USA auch westliche und EU-Staaten es als ihr legitimes Recht sehen, jeden Staat, der ihren Interessen im Wege steht, wegzuputschen, militärisch anzugreifen und IHRE Regierungen zu installieren. Der Widerstand dagegen wird wachsen und damit die Kriegsgefahr sich nicht verringern. Interventionskriege der USA in Mittelamerika haben mehr als hundert Jahre Tradition. Am 26. Oktober 1913 heißt es in einem Instruktionstelegramm des Staatssekretärs des Äußeren an die Botschafter der USA, „daß die Regierung der Vereinigten Staaten nun zu Mitteln greifen müsse, die zur Herbeiführung dieses Erfolges (Entfernung Huertas von der Regierung Mexikos) erforderlich erscheinen“.

Von Präsident Wilson ist aus dieser Zeit der Satz bekannt: „Ich will die südamerikanischen Republiken lehren, sich brave Leute zu wählen.“

Unverändert und in tiefstem Selbstverständnis handelt heute Trump. Es sind die Vertreter von Staaten, die sich bis heute als Hüter des Selbstbestimmungsrechts der Nationen aufspielen und nichts anderes meinen, als das Recht, zu bestimmen, was wo auf IHRER Welt Recht ist und sein darf.

Roland Winkler, Aue

„RotFuchs“ wird gebraucht

Vielen Dank für die Übersendung der aktuellen Ausgabe des „RotFuchs“. Einige Bekannte und Freunde, die ich regelmäßig mit der Zeitschrift versorge, hatten schon darauf gewartet und waren – mich eingeschlossen – auf die Artikel in der ersten Ausgabe 2026 sehr gespannt.

Viele Journalisten verarbeiten oftmals nur Agenturmeldungen. Die Tageszeitungen repräsentieren in der Regel das politische Meinungsspektrum der Partei, der sie nahestehen.

Um so wichtiger und bedeutender sind Zeitschriften wie der „RotFuchs“, der aktuelle Themen aufgreift und wissenschaftlich aufbereitet. Er fördert die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse in besonderem Maße.

Eine solche hochwertige Berichterstattung brauchen wir besonders in herausfordernden Zeiten wie diesen.

Es wäre nett, wenn Sie mir noch fünf Exemplare zusenden könnten. Mit einer Spende werde ich Ihre Arbeit unterstützen.

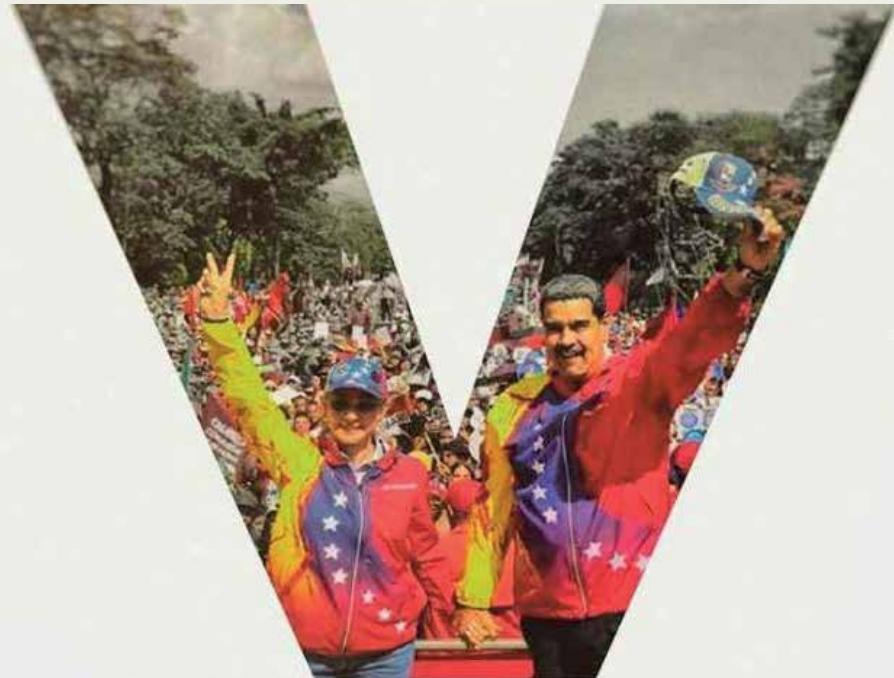
Marina Maser, Berlin

Antikommunismus a la Adenauer

Im österreichischen „Linzer Volksblatt“ vom 19.6.1951 fand ich ein aufschlußreiches Zitat vom ersten Bundeskanzler der BRD, Konrad Adenauer, der seinerzeit vor Pressevertretern erklärte, daß die extremen Rechtsparteien in Westdeutschland keine Gefahr darstellen: „Wir werden alles unternehmen, damit sie auch in Zukunft zu keiner Gefahr werden.“ Er fuhr fort: „Wir Deutschen kennen den Kommunismus und die Sowjets besser als irgendein anderes Volk. Wir kennen sie durch die Leiden der deutschen Bevölkerung, als die Russen bei Kriegen die einrückten. Wir kennen sie aus den Berichten der deutschen Soldaten, die Kriegsgefangene in der Sowjetunion waren, und aus den Berichten der in der Sowjetzone lebenden Deutschen. All dies ist eine sehr wirksame Abschreckung, und ich kann erklären, daß 95 Prozent aller Deutschen, die in der Sowjetzone leben, Anti-Kommunisten sind.“

Johann Weber, Niederbayern

Ein dringender Appell: Zur Verteidigung von Frieden und Souveränität unseres Amerikas



Un llamado urgente: en defensa de la paz y la soberanía de Nuestra América

casa de las américa

Casa de las Américas, Havanna, 8. Januar 2026

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Papier Berlin GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für das März-Heft
ist der 30.1.2026.**

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin	Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Matin Baraki	Prof. Dr. Anton Latzo
Ralph Dobrawa	Dr. Holger Michael
Dr. Peter Elz	Reiner Neubert
Peter Franz	Horst Neumann
Dr. h.c. Gerhard Giese	Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Georges Hallermayer	Hans Schoenefeldt
Dr. Ralf Hohmann	Dr. Joachim Seider
Lutz Jahoda	Johann Weber
Rico Jalowitzki	Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Uli Jeschke	

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulffes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
10123 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.